

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **2./3. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 27. Mai 2019

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 2. Sitzung: F. Albanese (SVP)  
2./3. Sitzung: A. Erismann (SP)

### Traktanden

| Trakt.<br>Nr. | Ge-<br>sch.<br>Nr. | Geschäftstitel   | Referent/in         |
|---------------|--------------------|--|---------------------|
| 1.*           |                    | Protokolle der 26./27. Sitzung des Amtsjahres 2018 / 2019 und der 1. Sitzung des Amtsjahres 2019 / 2020  |                     |
| 2.*           | 19.49              | Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle des zurücktretenden Th. Leemann (FDP)                        | <b>S. Stierli</b>   |
| 3.*           | 19.50              | Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle der zurücktretenden K. Cometta-Müller (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022     | <b>S. Stierli</b>   |
| 4.*           | 19.51              | Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022                 | <b>S. Stierli</b>   |
| 5.            | 19.54              | Wahl eines Mitgliedes in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gygax-Matter (GLP)                         | <b>S. Stierli</b>   |
| 6.*           | 19.17<br>(DB)      | Kredit von Fr. 920'000 für das Pilotprojekt Elektro-Sammelfahrzeug für den Entsorgungsdienst, Projekt-Nr. 20754                                    | <b>R. Heuberger</b> |
| 7.*           | 19.18<br>(DB)      | Kredit von Fr. 370'000.-- für den Bau einer neuen Annahmestelle und einer Radwaschanlage auf der Deponie Riet in Oberwinterthur, Projekt-Nr. 20750 | <b>R. Heuberger</b> |

|      |                 |   |                    |
|------|-----------------|---|--------------------|
| 8.*  | 19.46<br>(DSU)  | Kredit von Fr. 490'000 für neue Polizeiuniform  | <b>B. Helbling</b> |
| 9.*  | 19.47<br>(DSS)  | Kredit von Fr. 1'983'200 für die Erstellung eines Kunst-<br>rasenfeldes auf der Fussballanlage Talgut im Sportpark<br>Deutweg   | <b>G. Gisler</b>   |
| 10.* | 19.37<br>(DSS)  | Zentralschulpflege Winterthur; Legislaturziele 2018 -<br>2022   | <b>M. Steiner</b>  |
| 11.* | 19.42           | Begründung der Parlamentarischen Initiative B. Huizinga-Kauer (EVP)<br>und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Sammelantrag Interpellationen  |                    |
| 12.* | 19.40<br>(DKD)  | Begründung des Postulats M. Steiner (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP)<br>und K. Gander (Grüne/AL) betr. aktiv über die Einbürgerung informieren   |                    |
| 13.* | 17.10<br>(DSO)  | Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und<br>J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren  |                    |
| 14.* | 17.23<br>(DSO)  | Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP)<br>betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich  |                    |
| 15.* | 16.20<br>(DSO)  | Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber<br>(BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg<br>(Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vier-<br>ten Lebensalter                        |                    |
| 16.* | 16.59<br>(DSO)  | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP),<br>B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg<br>(Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichti-<br>gung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» |                    |
| 17.  | 16.82<br>(DTB)  | Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt<br>(SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende<br>Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften   |                    |
| 18.  | 17.97<br>(DTB)  | Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter<br>(GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand  |                    |
| 19.  | 17.98<br>(DTB)  | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und<br>S. Gygax-Matter (GLP) betr. Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen  |                    |
| 20.  | 17.121<br>(DTB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP)<br>betr. Insektizide in der Stadt Winterthur  |                    |

*\* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

## Mitteilungen

**Ratspräsident A. Geering:** Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur heutigen Sitzung, der 2./3. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020.

Ich möchte zuerst die Entschuldigungen erwähnen: Entschuldigt für beide Sitzungen hat sich Astrid Erismann. Etwas verspätet kommen Franco Albanese, Carola Etter-Gick und Felix Steger.

Dann habe ich die Mitteilungen: Heute ist eine Fotografin im Saal, die neue Aufnahmen machen wird für den Header der Website des Grossen Gemeinderates. Wir haben das per Mail

angekündigt. Ich habe schon die einen gesehen: Wer sich noch die Haare richten muss oder so, das wäre jetzt der Moment dazu. Dann weise ich bei dieser Gelegenheit auch wieder mal darauf hin, dass Bild- und Tonaufnahmen im Grossen Gemeinderat grundsätzlich möglich sind, wenn man das bei der Ratsleitung anmeldet, damit ich dann am Anfang der Sitzung auch entsprechend informieren kann. Von Marc habe ich heute nichts gehört, entsprechend gehe ich davon aus, dass Du keine Aufnahmen machst.

**M. Wäckerlin (PP):** Ich hatte das mit Annetta mal abgemacht, aber ich hätte es wohl mit Dir nochmals vereinbaren müssen, dass es grundsätzlich gilt.

**Ratspräsident A. Geering:** Marc macht in dem Fall Audioaufnahmen von seinen eigenen Voten.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsident A. Geering:** Ich komme zu den Fraktionserklärungen. Wir haben zwei Fraktionserklärungen und eine persönliche Erklärung angemeldet. Ich gebe das Wort für die Fraktionserklärung der SP Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Der Klimawandel führt auch in der Politik zu ungewohnten Bewegungen. Fast täglich hören wir von politischen Kurswechseln und Kehrtwenden. Über das Wochenende konnte man lesen, dass der Bundesrat seinen bisherigen Widerstand gegen Klima-Abgaben bei Flugtickets in einer «spektakulären Kehrtwende» offenbar aufgegeben hat. Letzten Freitag hat der Winterthurer Stadtrat ebenfalls einen markanten Kurswechsel in seiner Energiepolitik vollzogen, und zwar mit seiner Antwort auf ein Postulat, das Alternativen für die Einstellung des Quartierwärmeverbundes Aquifer verlangt hat.

Das ist bemerkenswert, denn am Anfang ist vor fast drei Jahren ein mutloser Entscheid gestanden, den der Stadtrat in der alten Zusammensetzung gefällt hat, abgelöst von einer grossen Warteschlange und langen Abklärungen. In der neuen, grün-sozialen Zusammensetzung hat dann der Stadtrat den Mut wiedergefunden und präsentiert dem Parlament jetzt eine Auslegeordnung, die die Entwicklung von Wärmeverbänden endlich wieder vorwärts orientiert. Wir werden bald Gelegenheit haben, diese Auslegeordnung ausführlich zu diskutieren. Die SP-Fraktion nimmt den klaren Schritt hin zu Lösungen mit Freude zur Kenntnis. Der Stadtrat weiss ja genau, dass Quartierwärmeverbände zu den wirksamsten lokalen Klimaschutzmassnahmen gehören. Er akzeptiert neu aber auch, dass sie in der heutigen Situation der Energiepreise eine Anlauffinanzierung benötigen. Die SP findet es richtig und nötig, zumindest in einer Startphase dafür auch Steuermittel zur Verfügung zu stellen und damit auch Leistungen, die klimapolitisch bestellt werden, zu finanzieren. Wir fordern den Stadtrat auf, weitere Projekte zügig zu prüfen, zum Beispiel in Gebieten mit hohem Potential für solche Verbände. Wir stärken dem Stadtrat, wenn nötig, auch gerne den Rücken mit weiteren Vorstössen, die in diese Richtung zielen.

**Ratspräsident A. Geering:** Der Stadtrat möchte replizieren?

**Stadtrat St. Fritschi:** Danke vielmals, Benedikt Zäch, dass Du uns da unterstützt. Aber ich muss Dir leider ein bisschen Wind aus Deiner Wahlkampfwerbesalve wegnehmen, denn es ist kein Kurswechsel, was der Stadtrat machte. Es ist einfach eine zusätzliche Finanzierungslösung gefunden worden, die wir jetzt dann dem Parlament beantragen wollen. Wenn die gleiche Vorlage jetzt wiederkäme, würde der Stadtrat gleich entscheiden wie damals. Aber es war damals eine Finanzierungsvorlage, bei der man wirklich sagen musste, das können wir so nicht auf den Weg schicken. Aber ich bin froh, wenn Du das unterstützen kannst, was wir jetzt in der Postulatsantwort geschrieben haben. Und ich freue mich natürlich, wenn das auch andere unterstützen – nicht nur von Euch, das reicht nicht, es braucht Mehrheiten; nicht nur

hier drinnen, sondern auch vom Volk – damit wir am Schluss zusätzliche Quartierwärmeverbünde haben.

**Ratspräsident A. Geering:** Danke vielmal. Es gibt eine weitere Fraktionserklärung, von der GLP: Katrin Cometta.

**K. Cometta (GLP):** Es ist zwar schon fast kalter Kaffee, aber ich möchte trotzdem noch ganz offiziell über die Personalien der GLP-Fraktion informieren. Bekanntlich durfte ich am 6. Mai mein Mandat in den Kantonsrat antreten. Doppelmanate finde ich etwas sehr Suboptimales, aus verschiedenen Gründen: Es gibt terminliche Kollisionen (man sieht, zwei Kantonsräte fehlen bis jetzt) – ich mache lieber eine Sache richtig als zwei Sachen halb.

Ich möchte auch gerne Platz schaffen für neue Kräfte und deshalb werde ich aus dem Gemeinderat zurücktreten. Auf dem ersten Ersatzplatz bei uns Grünliberalen ist Monica Della Vedova. Sie wird das Amt gerne übernehmen, ist aber jetzt noch in der Schulpflege tätig und wir haben im Sinne der Sache entschieden, dass sie das Schuljahr noch fertig machen kann. Diese Ämter sind ja unvereinbar und wir fänden es ungünstig, wenn sie mitten im Schuljahr aufhören müsste. Deshalb habe ich das Entlassungsgesuch auf den Sommer eingereicht und entsprechend die Verfügung auch schon erhalten. Nach den Ferien wird Monica uns Grünliberale vervollständigen.

Ab sofort (eigentlich ab Beginn des Amtsjahres) leiten Silvia Gygax-Matter und ich zusammen unsere Fraktion im Co-Präsidium. Wir sind überzeugt, dass eine Co-Leitung ein gutes Modell ist. Es reduziert nicht nur unsere Arbeitslast, sondern es wirft eine mathematische Grundregel über Bord: Bei uns ist nämlich 1+1 mehr als 2. Wir finden diese Zusammenarbeit sehr inspirierend und es tut uns gut. Und selbstverständlich funktioniert ein Co nur, wenn es auch passt zwischen den zwei Personen. Aber wir sind sicher, dass es noch ganz viele andere Möglichkeiten gäbe, bei denen man Jobsharing oder Co-Leitungen fördern könnte, sei das bei den Jobs bei der Stadtverwaltung, sei das aber auch in der Politik. Wir haben zusammen ja auch schon mal einen Vorstoss gemacht, dass man das Gemeinderatspräsidium im Co machen könnte - ich würde es persönlich auch cool finden, wenn man bei den Stadträten andere Arbeitszeitmodelle diskutieren könnte. Wir sind überzeugt, dass nur wenn wir auch da Flexibilität ermöglichen, wird es einfacher fallen, den Spagat zwischen Familie, Beruf und Politik zu schaffen. Und am Schluss des Tages sind wir alle daran interessiert, dass eine möglichst breite politische Partizipation möglich sein kann.

Gut, das wäre mein Statement gewesen. Der langen Rede kurzer Sinn: Geballte Ladung Frauenpower bis im Sommer, und danach übernimmt Monica.

**Ratspräsident A. Geering:** Danke vielmal. Es gibt eine persönliche Erklärung von Zeno Dähler.

**Z. Dähler (EDU):** In meiner persönlichen Erklärung geht es um eine Klarstellung zum Landboten-Artikel vom vergangenen Samstag. In diesem Artikel hat mich der Landbote faktisch auf das Thema der gleichgeschlechtlichen Beziehung, die Annetta Steiner als Lebensgemeinschaft lebt, reduziert. Wer mich kennt und sich nicht von Vorurteilen leiten lässt, weiss, dass das, was im Landboten geschrieben steht, nicht stimmt. Hätte der Landbote geschrieben, was ich zu dieser Frage geantwortet hätte, wäre die Länge dieses Interviews mindestens um die Hälfte länger gewesen.

Für mich ist klar: Bei den grossen lokalpolitischen Themen, die uns da in der nächsten Zeit beschäftigen werden, unterscheidet sich meine politische Haltung in vielen Bereichen klar von der SP. Und vielleicht in etwas weniger vielen Bereichen von der der GLP. Ich kandidiere für den Stadtrat, um diese bürgerliche Sicht im Wahlkampf um den Sitz im Stadtrat einzubringen. Danke.

**Ratspräsident A. Geering:** Danke Zeno Dähler.

## Traktandenliste

**Ratspräsident A. Geering:** Ich habe mir vorgenommen, jeweils zu sagen, wann wir zur Traktandenliste kommen. Einfach um uns zu spiegeln, wie viele Erklärungen wir am Anfang der Sitzungen haben. Nicht, dass man nichts sagen dürfte. Aber das Thema Effizienz ist auch ein Thema, das wir heute Abend besprechen werden. Heute sind wir relativ gut unterwegs - es ist 16.26 Uhr und wir kommen zur Traktandenliste.

Es wurde angekündigt, dass das Traktandum 5 abgesetzt worden ist, weil es noch nicht behandlungsreif ist. Das Traktandum 7 ist wie angekündigt ohne Beratung. Traktandum 8 haben wir als ohne Beratung angekündigt, da ging aber der Wunsch ein von Martin Zehnder von der GLP, dass wir dazu eine Diskussion führen. Deshalb werden wir das Traktandum 8 mit Beratung abhandeln. Ansonsten werden wir mit der Traktandenliste so verfahren, wie es vorgesehen ist.

Gibt es zur Traktandenliste Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

### 1. Traktandum

#### **Protokolle der 26./27. Sitzung des Amtsjahres 2018 / 2019 und der 1. Sitzung des Amtsjahres 2019 / 2020**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 1, zur Abnahme der Protokolle der 26. und 27. Sitzung des Amtsjahres 2018/2019 und zur 1. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020. Gibt es Wortmeldungen zu diesen beiden Protokollen? Das ist nicht der Fall. Damit sind diese Protokolle genehmigt. Danke vielmals, Andrea, für das Verfassen dieser Protokolle.

### 2. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2019.49: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) anstelle des zurücktretenden Th. Leemann (FDP)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 2: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur aufgrund des Rücktritts von Thomas Leemann. Das Wort hat Silvio Stierli, Präsident der IFK.

**S. Stierli (IFK):** Die IFK schlägt für die BSCK vor: Yvonne R. Gruber (FDP).

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Vermehrungen dieses Vorschlages? Dann ist Yvonne Gruber gewählt und ich wünsche Dir ein gutes Schaffen in der BSCK.

### 3. Traktandum

**GGR-Nr. 2019.50: Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle der zurücktretenden K. Cometta-Müller (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 3: Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle der zurücktretenden Katrin Cometta-Müller für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat Silvio Stierli, Präsident der IFK.

**S. Stierli (IFK):** Die IFK schlägt als Delegierten für den Zweckverband RWU vor: Martin Zehnder (GLP).

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Vermehrungen dieses Vorschlages? Das ist nicht der Fall. Damit ist Martin Zehnder gewählt. Ich wünsche Dir gutes Schaffen in der RWU.

### 4. Traktandum

**GGR-Nr. 2019.51: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 4: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen Florian Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Ich gebe das Wort dem Präsidenten der IFK, Silvio Stierli.

**S. Stierli (IFK):** Die IFK schlägt für die Sozialhilfebehörde vor: Cristine Knebel (Grüne), Kerstin – wie es auf dem Blatt steht – ist der Rufname. Cristine Kerstin Knebel.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Vermehrungen dieses Vorschlages? Das ist nicht der Fall. Damit ist Cristine Kerstin Knebel in die Sozialhilfebehörde gewählt für den Rest der Amtsdauer.

### 5. Traktandum

**GGR-Nr. 2019.54: Wahl eines Mitgliedes in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gyax-Matter (GLP)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Das Traktandum 5 ist noch nicht behandlungsreif und wurde abgesetzt.

### 6. Traktandum

**GGR-Nr. 2019.17: Kredit von Fr. 920'000 für das Pilotprojekt Elektro-Sammelfahrzeug für den Entsorgungsdienst, Projekt-Nr. 20754**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir sind damit beim Traktandum 6: Kredit von Fr. 920'000 für das Pilotprojekt Elektro-Sammelfahrzeug für den Entsorgungsdienst, Projekt-Nr. 20754. Romana Heuberger wird dieses Geschäft vorstellen.

**R. Heuberger (BBK):** Ich freue mich, Euch diese Vorlage präsentieren zu dürfen.

Wir haben eine Flotte von 13 Sammelfahrzeugen bei der Entsorgung. Sammelfahrzeuge haben eine Transportleistung von ca. 170'000 km im Jahr. Sie verbrauchen (und das ist eine relativ wichtige Zahl) 80 – 95 Liter pro 100 km und haben einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 2,25 kg pro km. Geplant ist jetzt die Anschaffung eines Elektro-Sammelfahrzeugs. Dieses Sammelfahrzeug seht Ihr da. Es insofern nicht ein ganz neues Pilotprojekt, als dass bereits 4 dieser Elektro-Fahrzeuge ausgeliefert worden sind. Der erste an ein privates Unternehmen, die anderen drei auch an Städte. Wir haben einen Pressmüllaufbau wie gehabt, wir haben LKW-Chassis, eigentlich wie gehabt. Was neu ist bei unserem Projekt, ist eine intensive, umfassende Sensorik im Fahrzeug, damit zwei Jahre lang Daten gesammelt werden können, wie das Fahrzeug da in der Stadt Winterthur im Einsatz ist, insbesondere auch, wie oft und wie schnell es wieder geladen wird. Die Idee dahinter ist insbesondere, dass man die Batterien dieses Fahrzeuges so klein wie möglich und so gross wie nötig machen kann. Die Batterie soll reduziert werden auf die kleinstmögliche Grösse. Was auch neu ist, ist dass man ein Schnellladegerät an Bord dieses Lastwagens hat.

Das Spannende an diesem Projekt ist auch, dass wir einen lokalen Partner haben: Designwerk aus Winterthur. Ich habe da einige Projekte aufgelegt, die sie schon umgesetzt haben. Wie gesagt, der erste Lastwagen mit einem Elektroantrieb wurde 2017 ausgeliefert. Ein sehr innovatives KMU in der Stadt Winterthur, das macht sicher Freude bei diesem Projekt.

Und wie sieht es aus mit dem ökologischen Aspekt? Der Stromverbrauch ist 125kWh auf 100 km, das entspricht einem Dieseläquivalent von 30 – 40 Liter, d.h. die Hälfte von dem, was bei unserer aktuellen Flotte der Fall ist. Auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss wird deutlich geringer, und da ist bereits die Produktion der Batterien und der gesamte Chassisaufbau, den es braucht, miteingerechnet. Wir kommen auf 0,5 kg pro km – im Vergleich zu 2,25 kg pro km. Also deutliche Unterschiede auch im CO<sub>2</sub>-Ausstoss.

Wichtig ist aber auch, dass dieses Gefährt deutlich leiser sein wird im Einsatz als die bisherigen Lastwagen, was gerade im Bereich Altstadt sicher auch ein wichtiger Aspekt ist.

Wie sieht es aus mit den Kosten? Das Ganze kostet genau doppelt so viel wie ein normales Sammelfahrzeug. Das Chassis ist eigentlich ein Standardchassis, ist aber etwas teurer, weil es anders konzipiert werden muss. Dann brauchen wir Batterien, das ist klar. Der Aufbau kostet gleich viel. Es hat noch eine Projektleitung, das ist klar bei einem solchen Pilotprojekt. Und dann sind noch relativ grosszügige Reserven eingerechnet von 80'000, das gibt 920'000 Fr. 20'000 Fr. bekommen wir vom Klimafonds, also kostet es 900'000 Fr. Wenn man das Ganze aber auf die Gesamtzeitlaufzeit dieses Fahrzeuges anschaut, ist es so, dass die Kosten, die wir am Anfang mehr investieren müssen, sich im Gesamten wieder aufheben. Wir haben bereits 450'000 Fr. als Ersatzbeschaffung im Budget 2019 eingestellt. Die Kosten für die Beschaffung gehen zu Lasten der Gebührenrechnung.

Für die, die es genau interessiert, hier der Vergleich der Fahrzeuge pro Jahr: Der Diesel kostet 174'000 Fr. und das Elektrofahrzeug rund 77'000 Fr. Der grosse Unterschied ist: Wir zahlen keine LSWA und der Strompreis ist deutlich billiger als es Gas oder Diesel als Antriebsstoffe wären. Ob die LSWA so bleiben wird, wissen wir alle nicht, und deshalb sind in der Vorlage 100'000 Fr. eingestellt als zukünftige Kosten für dieses Fahrzeug.

Die Entsorgung bekommt ein Fahrzeug, das grösstenteils erprobt ist, zukunftsorientierte Technologie. Der KVA-Strombezug ist vor Ort möglich, sie laden dort draussen ab und können gleich laden, und es ist sicher ein Vorzeigeprojekt. Für die Stadt Winterthur hat der Pilot den Nutzen, dass wir ein optimiertes Fahrzeug bekommen – und die Förderung eines lokalen KMU, das sehr innovativ unterwegs ist, ist sicher ein positiver Nebeneffekt. Und Designwerk kann für sich und ihre Lastwagen Schlüsse ziehen aus den Daten.

Die BBK hat mit 9:0 Stimmen der Anschaffung dieses Fahrzeuges zugestimmt.

**M. Bänninger (EVP):** Wir von der EVP stimmen dem Kredit zu.

Es ist an der Zeit die neuen Technologiemöglichkeiten auch in Winterthur in der Praxis einzusetzen. Aus einer lokalen Perspektive ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

Vielleicht lohnt es sich aber doch kurz darüber nachzudenken, ob es wirklich der richtige Schritt ist, um einen optimalen Beitrag an die CO<sub>2</sub>-Reduktion zu leisten. Bei uns in der

Schweiz ist der Blick geschärft, wenn es um das Thema CO<sub>2</sub>-Reduktion geht und man erarbeitet wichtige Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit. Das Klima und die Auswirkungen sind aber global und unser Konsum ist das auch - aber unsere Investitionen sind es noch nicht. Klar, man kann sagen die Stadt Winterthur schaut für sich und alle anderen Städte und Länder ebenso. Dann kommt es schon gut.

Aber eigentlich könnten wir heute ein Zeichen setzen.

Was wäre, wenn wir an Stelle der 920'000 Fr. für ein Fahrzeug auf Elektrobasis zwei Diesel Fahrzeuge an je 450'000 Fr. beschaffen würden? Die Technologie von unseren neuen Dieselfahrzeuge ist sehr weit fortgeschritten und "umweltfreundlicher" als vor 15 Jahren. Warum nicht eines dieser neusten Fahrzeuge an eine andere Stadt auf der Welt spenden oder sehr, sehr günstig weiterverkaufen, damit diese ihr noch älteres Fahrzeug ersetzen könnten? Hätten wir mit dem nicht einen grösseren Klimabeitrag geleistet, als wenn wir unsere Flotte von Sammelfahrzeugen auf Elektro umstellen?

Selbstverständlich wären zwei Elektro-Sammelfahrzeuge, eines für uns, eines für eine andere Stadt, die noch bessere Lösung. Aber klar, das würde auch mehr kosten.

Das Klima ist global, unser Konsum auch, so sollte auch unser Handeln global ausgerichtet sein. Das als ernst gemeintes Gedankenspiel...

Wie aber bereits eingangs erwähnt wir stimmen dem Kredit zu, um wenigstens lokal einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen.

**M. Gross (SVP):** Vielen Dank an Romana Heuberger für die sehr gute Präsentation, die sie uns gerade gezeigt hat. Wir haben das Geschäft in der BBK ausführlich diskutiert und haben uns einstimmig für den Kredit und für das Pilotprojekt ausgesprochen. Es war uns jedoch wichtig, dass dieses Geschäft trotz der Einstimmigkeit im Rat diskutiert wird.

Der Kredit ist unserer Ansicht nach exemplarisch, wie die Stadt Winterthur sinnvoll Umwelt- und Klimaschutz betreiben kann. Hauptsächlich deshalb ist unseres Erachtens diese Diskussion im Rat angezeigt.

Die heutigen Diesel-Kehrrichtsammelfahrzeuge müssen nach zirka 14 Jahren ersetzt werden. Jedes Jahr wird ein neues beschafft. Momentan verbraucht ein solches Fahrzeug, Romana hat es gesagt, knapp 100 Liter Diesel auf 100 Kilometer, was doch eine ziemliche Menge ist. Auch die Lärmemissionen sind beträchtlich. Der Umstieg oder Versuch mit Hybrid-Fahrzeugen hat sich aus technischer Sicht nicht bewährt.

Neu gibt es jetzt die Alternative mit Elektro-Sammelfahrzeugen, die bereits in anderen Schweizer Städten, auch das hat Romana erwähnt, erfolgreich getestet wurden. Selbstverständlich ist diese Technologie aber noch am Anfang und wird weiter optimiert. Der Winterthur Hersteller hat uns versprochen, dass die Lebensdauer der Batterien für ca. 2 Millionen Kilometer reichen. Wir hoffen, dass das in Zukunft natürlich noch viel mehr ist. Und auch Romana hat uns gezeigt, dass wir schon jetzt, wenn man die Lebensdauer anschaut, eigentlich ein gleich teures Fahrzeug hat, wie man vorher mit dem Dieselfahrzeug gehabt hat. Und wenn sich das noch verbessert, wird sich die neue Technik insbesondere lohnen.

Man muss auch sehen, dass ein Elektro-Antrieb eigentlich viel weniger anfällig ist auf Technik: Es gibt kein Getriebe, es gibt keine Gangschaltung, das fällt alles weg. Oder man könnte es ganz einfach ausdrücken: Wenn es vor etwas mehr als hundert Jahren bereits solche leistungsstarken Batterien gegeben hätte, wäre der Verbrennungsmotor wahrscheinlich gar nie erfunden worden.

Auf den ersten Blick sind die Beschaffungskosten hoch. Doppelt so hoch wie bei einem normalen Fahrzeug. Aber, da der Unterhalt wegfällt, müssen wir am Schluss nicht mehr zahlen als für ein normales Fahrzeug und wir können die Umwelt maximal schonen.

In der BBK haben wir beschlossen, dass wir nicht 2 – 3 Jahre warten, bis wir die Ergebnisse dieses Pilots anschauen, sondern schon im 1. Jahr die Ergebnisse sehen wollen. Wir wollen nämlich verhindern, dass man unterdessen noch Dieselfahrzeuge kauft. Wenn sich die Resultate so zeigen, wie man es uns versprochen hat, soll man in Zukunft voll auf Elektro umstellen.

Für die SVP steht dieses Geschäft beispielhaft für einen sinnvollen Klima- und auch Umweltschutz. Natürlich ist das Risiko dieser neuen Technologie nicht ganz ohne und es ist kein normales Auto, sondern es ist ein Kehricht-Sammelfahrzeug. Diese haben natürlich andere Anforderungen als normale Autos oder Lastwagen. Aber in diesem Fall ist für uns das Risiko kalkulierbar und der Nutzen scheint in mehrfacher Hinsicht gegeben.

Persönlich freut es mich sehr, dass eine Winterthurer Firma in diesem Bereich so erfolgreich forscht und geschäftet. Für die Stadt Winterthur ergibt sich dadurch mehr als nur eine win-win-Situation.

Ich bitte Sie alle, dem Kredit über Fr. 920'000 zuzustimmen.

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich danke auch vielmals für die Vorstellung des Geschäftes. Es gibt aus unserer Sicht, Grüne/AL, eigentlich wenig zu ergänzen, es wurde fast alles gesagt. Das neue Sammelfahrzeug mit dem Elektro-Power-Pack, das wir von der Firma Designwerk bekommen, ist wirklich so etwas wie ein Quantensprung, vorwärts in eine neue Zukunft - in eine Zukunft, die erneuerbar ist. Da schliesse ich mich natürlich dem an, das schon gesagt wurde. Wir sahen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen können damit um  $\frac{3}{4}$  reduziert werden. Und spannend ist, dass das tatsächlich sogar einigermaßen kostenneutral herauskommt. Wir müssen – und das ist auch typisch für diese Situation, in der wir heute überall stehen, auch bei den Wärmeverbänden – nach vorne schauen, wir müssen eine langfristige Optik einnehmen. Wenn man den ganzen Lebenszyklus eines solchen Gerätes anschaut, dann sieht man: Man wird in etwa bei den gleichen Kosten landen. Wenn man jetzt schaut, wie sich die Energieträger entwickeln: Wie man bei den fossilen sieht, sind die immer schwieriger zu ernten, die werden also auch teuer werden. Es werden möglicherweise dort auch noch weitere Steuern dazukommen, Lenkungsabgaben. Da kann man mit ziemlich grosser Zuversicht sagen: Vorwärts in die Zukunft. Wir werden mit grosser Wahrscheinlichkeit sogar unter der Prognose der finanziellen Abschätzung bleiben.

Es ist doch davon auszugehen, dass das tatsächlich der Schritt ist, den wir in die Zukunft gehen müssen. Da bin ich auch mit der SVP einig: Das ist eine gute Lösung, um praktisch die Klimaziele umsetzen zu können. Und für uns Grüne ist völlig klar und unmissverständlich hier nochmals gesagt: Wir erwarten, dass keine weiteren Fahrzeuge mehr auf der Basis von Diesel und fossilen Energien beschafft werden, sondern dass wir (sobald wir sehen, das Teil läuft – und eigentlich wissen wir das ja schon) wenn die Resultate da sind, die nächsten Ersatzbeschaffungen wirklich auch wieder so machen. Wenn man nicht ganz massive Widerstände oder Argumente dagegen hätte, würden wir nie mehr eine andere Beschaffung unterstützen.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich danke meinen Vorrednern für die ausführliche Kommentierung dieses Geschäftes. Ich möchte auch noch auf die Innovation hinweisen, die in diesem Projekt steckt. Das ist etwas, das die Stadt Winterthur auszeichnet. Schon die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik hat in diesem Bereich eine Innovation hervorgebracht, sie hat nämlich eine sogenannte Hochdruck-Dampfspeicherlokomotive zum Rangieren gemacht. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sie nur zum Anfahren Energie braucht. Und das ist genau das, was wir hier eben auch haben. Wir haben einen Lastwagen, der im Stop-and-Go-Verkehr durch die Stadt fährt, zum Anfahren Energie braucht und nachher läuft der Motor und verschwendet diese Energie. Darum sind auch wir von der CVP/EDU-Fraktion dafür, dass bei der Beschaffung von Sammelfahrzeugen alternative Energieantriebe geprüft werden. Und da muss sichergestellt werden, dass die Bremsenergie wiederverwendet werden kann. Mit den sich bereits im Einsatz befindenden Hybrid-Fahrzeugen hat man da Erfahrungen gesammelt, wertvolle Erfahrungen, auch betreffend dem Unterhalt.

Wir finden es deshalb gut, dass mit der Beschaffung dieses Elektro-Sammelfahrzeugs nach einer weiteren Lösung gesucht wird und getestet wird, dass mit dieser alternativen Antriebsmethode auch die Umwelt geschont werden kann. Und es freut uns nochmals besonders, dass damit eine lokale Firma gefördert werden kann.

Und wenn es rechtlich möglich wäre, möchten wir nahelegen, dass auch die Option für ein weiteres Fahrzeug besteht.

**F. Landolt (SP):** Wir unterstützen diesen Kredit selbstverständlich. Es funktioniert, ist innovativ und hat ökologisch grosse Vorteile und es ist ein echter Beitrag zur Lärmsanierung dieser engen Strassen.

Und ich möchte auch das Votum, das schon gefallen ist, nochmals betonen: Wir sehen nicht, dass nochmals Dieselfahrzeuge gekauft werden, und wir möchten den Stadtrat bitten, diese Evaluation, die eigentlich auf zwei Jahre vorgesehen ist, ein bisschen zu verkürzen oder nicht zu warten, bis das wirklich vorliegt, damit man die Flotte wirklich umstellen kann.

Und trotzdem: Wir haben eine Abfallmenge von 347 kg pro Person im Jahr. Das macht 1 kg Abfall pro Tag und bezüglich dem Klimaschutz wäre es eigentlich wesentlich sinnvoller, wenn man versuchen würde, in diesen Kreislauf einzuschreiten. Wenn man nicht im Sinne dieser Abfall- und Konsumgesellschaft handelt, sondern versucht, da ein bisschen dagegenzuheben, da diese Missachtung des Ressourcenverbrauchs, der mit jedem Abfall einhergeht, doch bemerkenswert ist und eine lange Tradition hat. Wir hatten 1930 eine Abfallmenge von 100 kg und haben in diesen 80 Jahren die Abfallmenge versechsfacht. Und da müsste man wieder ein bisschen zurückkommen, das wäre ein wesentlicher Beitrag für das Klima und die Umwelt.

**M. Nater (GLP):** Danke, Romana, für die gute Vorstellung des Geschäftes. Dieses innovative Projekt ist fast zu gut um wahr zu sein. Gleich hohe Gesamtkosten über 14 Jahre wie ein konventionelles Sammelfahrzeug, fast kein Lärm, fast keine CO<sub>2</sub>-Emissionen, Mitarbeiter, welche sich auf das neue Gefährt freuen und erst noch neue Arbeitsplätze für Winterthur. Nach der Präsentation war in der Kommission eigentlich nur noch die Frage: Wieso nicht früher und wie geht es weiter?

Zum weiteren Vorgehen sehen wir noch folgende Aufgaben für die Stadt Winterthur:

1. Die neue Ausschreibung, für die Kehricht-Sammelfahrzeuge sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die Zukunft der Sammelfahrzeuge ist elektronisch und von daher wird es wahrscheinlich bei der Produktion dieser Sammelfahrzeuge zu Engpässen kommen. Dies könnte höhere Kosten verursachen, wenn die Stadt Winterthur zu spät ausschreibt. Von daher: So schnell wie möglich ausschreiben!

2. Auf dem Pilot-Sammelfahrzeug werden laufen Daten gesammelt. Diese Daten sollten allen Beteiligten frei zugänglich sein, damit auch Winterthur oder Partnerfirmen von Winterthur Auswertungen durchführen und direkt davon profitieren können.

3. Bei einem innovativen Elektro-Sammelfahrzeug, das 14 Jahre in Betrieb sein sollte, muss auch vertraglich geklärt sein, was bei einem unwahrscheinlichen Scheitern passieren würde. Das man dort die vertragliche Sicherheit auch hätte, wenn wirklich etwas schief laufen würde. 14 Jahre sind eine lange Zeit.

Letzter Punkt: Mit diesem Sammelfahrzeug kann sich Designwerk, aber auch der Produktionsstandort Winterthur sehr positiv in der Welt präsentieren. Es ist darum zusammen mit der Firma Designwerk zu klären, wie man sich gemeinsam nach Aussen darstellen kann und will. Dieses Projekt wird von der GLP klar unterstützt, da es für die Ziele der GLP steht: Es ist Innovationsförderung, Ausbau lokaler Arbeitsplätze, ökologisches Fortbewegungsmittel und Wirtschaftswachstum. Wir von der GLP stimmen natürlich dem Kredit zu.

**R. Heuberger (FDP):** Ich möchte noch kurz auf das Gedankenspiel von Michi Bänninger eingehen. Vor 14 Jahren hatten wir andere Dieseldesigner, dort war aber der CO<sub>2</sub>-Ausstoss auch 3,2 kg und nicht wie heute 2,25 kg. Dass wir so wenig haben, ist der Tatsache zu verdanken, dass wir bereits sehr moderne Technologien im Einsatz haben bei uns bei den Sammelfahrzeugen. Von daher ist dort das Potential nicht mehr wahnsinnig gross. Wir haben doch schon ausgenützt, was möglich war.

Und das Zweite ist: Geld ins Ausland schicken und uns gleich verhalten wie bisher, das ist das, was wir bis jetzt in der Umweltpolitik vorwiegend machen. Das ist moderner Ablasshandel. Wenn wir einen Notstand ausrufen, müssen wir eben auch bereit sein, mehr selber zu handeln. Und das seid Ihr ja gottseidank auch.

Die Kollegen aus der Kommission haben es gesagt: Die Finanzierung stimmt, es wird über alle die Jahre hinaus, in denen das Gefährt im Einsatz ist, aufgehen. Die Ökologie stimmt, es wird weniger lärmbelastet sein. Die FDP freut sich riesig, dass auch der Stadtrat auf innovative Technologien setzt, um ökologisch weiterzukommen. Von daher sind wir sehr gerne bereit, diese Vorlage zu unterstützen.

Noch auf etwas, das vorhin Felix Landolt sagte: Es ist richtig, bei der Recyclingtechnologie (dort bin ich engagiert), heisst es vermeiden, vermindern, verwerten und dann erst verbrennen. Das heisst, wenn wir da wirklich einen Schritt nach vorne machen wollen, müssen wir das Sammelgut auch reduzieren – und das heisst, dass wir es schon gar nicht produzieren. Von daher ist das sicher ein weiterer Ansatzpunkt, den man verbunden mit der Ökologie diskutieren wird.

**Stadträtin Ch. Meier:** Ich möchte mich bei Romana Heuberger ganz herzlich für die Präsentation dieses Geschäfts und bei den BBK-Mitgliedern für die wohlwollende Aufnahme und die positiven Voten bedanken.

Wir haben es gehört: Die Beschaffung dieses Elektro-Sammelfahrzeugs ist ein innovativer Schritt, den wir als Stadt machen. Wir möchten mit diesem innovativen Schritt uns einerseits in Richtung CO<sub>2</sub>-Reduktion bei der Mobilität, bei unserer täglichen Arbeit, bewegen. Wir entsprechen dem Energiekonzept 2050 und unseren eigenen Legislaturzielen, wenn wir diesen Schritt von dieser Beschaffung machen. Es ist auch für den Stadtrat klar, dass wenn der Pilotversuch positiv ausfällt, dass das natürlich nicht eine Einzelbeschaffung ist, sondern dass wir dann Schritt für Schritt den Ersatz der Flotte der Sammelfahrzeuge, die wir haben, mit Elektro-Fahrzeugen vollziehen werden.

Ich möchte aber trotzdem sagen (ich glaube, es war beim Votum von Zeno Dähler, dass man frühzeitig an die Ausschreibung für den Flottenersatz gehen solle): Es sind zwei komplett verschiedene Ausschreibungen. In diesem Fall hier geht es um einen Pilotversuch. Bei einem Pilotversuch gelten etwas andere submissionsrechtliche Rahmenbedingungen. Wenn wir dann wirklich unsere Flotte ersetzen, müssen wir das selbstverständlich ganz offen ausschreiben und dann wissen wir auch noch nicht, welche Angebote dann kommen – aber es wird auf jeden Fall in Richtung Elektromobilität gehen.

Die Vorteile dieser Elektro-Sammelfahrzeuge wurden mehrfach genannt. Kostenmässig werden wir ungefähr gleich viel zahlen müssen über die Lebensdauer von 14 Jahren wie bei den herkömmlichen Dieselfahrzeugen. Wir haben aber ganz klar den Vorteil, dass wir eine viel bessere Energieeffizienz haben, wir haben keine Luftschadstoffemissionen, wir haben fast keine CO<sub>2</sub>-Emission, wir haben sehr leise Fahrzeuge und wir haben einen sehr geringen Unterhalt. Ich denke, da spricht wirklich alles dafür.

Was mich ganz besonders freut, ist dass wir mit diesem Pilotversuch auch einen Beitrag an die Weiterentwicklung dieser Elektro-Sammelfahrzeuge leisten können. Es ist eben nicht wie bei einem sonstigen Lastwagen, wo man die gleichen Bedingungen hat. Bei diesen Touren durch die Stadt haben wir ein ganz anderes Mobilitätsverhalten, wir haben viel Stop-and-Go, wir haben Hinauffahren, Hinabfahren, wir haben Wartezeiten. Mit diesem Pilotversuch, mit diesem Monitoring, das wir auch machen können, können wir das so gut justieren, dass wir am Schluss wirklich Bedingungen haben, die für uns da in Winterthur optimal sind.

Ich freue mich sehr über diesen grossen Zuspruch für diesen Kreditantrag und bedanke mich ganz herzlich.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesem Kredit von 920'000 Fr. für das Pilotprojekt Elektro-Sammelfahrzeug für den Entsorgungsdienst zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist das eine einstimmige Zustimmung, danke vielmals.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.18: Kredit von Fr. 370'000.-- für den Bau einer neuen Annahmestelle und einer Radwaschanlage auf der Deponie Riet in Oberwinterthur, Projekt-Nr. 20750**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 7: Kredit von 370'000 Fr. für den Bau einer neuen Annahmestelle und einer Radwaschanlage auf der Deponie Riet in Oberwinterthur, Projekt-Nummer 20750. Das Geschäft stellt Romana Heuberger für die BBK vor.

**R. Heuberger (BBK):** Ich freue mich, Euch auch diese Vorlage für die BBK präsentieren zu dürfen.

Auch da muss man die Ausgangssituation anschauen. Ihr seht hier den Plan dieser Anlage. Oben läuft der Zufahrtsweg hinein und der erste rote Punkt ist Kompogas, was wir ja bestens kennen. Vor Kompogas ist die Waage eingebaut. D.h. alles, was in die Deponie geht, wird auf dieser Waage gewogen. Die Fahrzeuge fahren oben hinein und fahren dann hinunter bis an den Rand der Deponie. Hier seht Ihr die neuen Wege rot eingezeichnet. Die neu geplante Annahmestelle ist das zweite rote Viereck, das neu die eigentliche Einfahrt ist, auch vom Weg her. Dort kommen sie vorbei, wenn sie in die Deponiegebiete, die neu aufgefüllt werden, hineinfahren müssen. Ihr seht den grossen roten Fleck unten, das ist die aktuelle Anlage. Ihr seht selber, diese steht einfach am völlig falschen Ort. Und deshalb sagte man schon vor einem Jahr, diese Annahmestelle müsse man ersetzen, dort wo sie jetzt steht, ist sie schlicht und einfach am falschen Ort.

Deshalb stellte man damals fast 1 Mio. in die Planung ein, um das Gebäude zu ersetzen. Warum hat man 1 Mio. eingestellt? Man wollte ein festes Gebäude machen dort, eine grosse Anlage mit zusätzlichem Stauraum. Jetzt ist es aber so, dass der Kanton das nicht genehmigt hat. Auf dem Deponiegebiet ist nicht vorgesehen, dass es feste Bauten gibt, und deshalb hat man jetzt die Variante Containerbauten gewählt.

Die Containeranlage kommt auf den Hügel hinauf. Es ist leicht erhöht und weil die Lastwagen unten durchfahren, sehen die auf der Anlage auch, was auf diesen Lastwagen tatsächlich darauf ist.

Vor der Anlage sieht man auf dem Plan die Radwaschanlage.

Im hinteren Teil der Anlage sind Aufenthaltsräume und im vorderen Teil Büroräume für die Leute, die dort arbeiten, insbesondere für den Leiter der Deponie. Was man auch sieht, und was noch speziell ist, sind die Photovoltaik-Anlagen, die auf dem Dach umgesetzt werden. Die Energieversorgung dieses Gebäudes erfolgt eigentlich über Photovoltaik und sonst über erneuerbare Energien, die man von der Stadt bezieht.

Was man da auch sieht, sind die zwei Stationen für die Radwaschanlagen, die es neu brauchen wird in der Sammelstelle. Warum braucht es eine Radwaschanlage? – Schlicht und einfach, weil das gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Luftreinhalteverordnung verlangt heute eine solche Anlage. Wenn die Lastwagen in das Gebiet reinfahren, viel Staub aufwirbeln, der dann auf alle Räder und das Fahrzeug geht, dann verteilen sie diesen Staub überall, wenn sie wieder auf die Strassen fahren. Und damit genau das nicht passiert, ist es heute nötig, dass man eine solche Radwaschanlage hat.

Was kostet das Ganze? Erdarbeiten und Werkleitungen für Container 30'000, Lieferung und Montage der Container 60'000, Photovoltaik-Anlage 25'000 Fr. Dann hat es noch diverse andere Sachen, die Radwaschanlage (die wir zwingend machen müssen) ist 95'000 Fr. Auch da wieder einiges für Unvorhergesehenes, aber das ist einfach so bei solchen Projekten, es kann immer etwas passieren. Der Gesamtkredit ist jetzt noch 370'000 Fr.

Es hat in der Vorlage auf Seite 4 einen Fehler drin bei der Berechnung der Investitionsfolgekosten. Die basieren nicht auf 270'000. Man hat das versehentlich vom Projektierungskredit, der dieses Jahr schon eingestellt wurde, abgezogen. Der Projektierungskredit ist 100'000 und der Ausführungskredit im Gesamten ist jetzt 370'000 Fr. Ihr seht, vorher hatten wir rund

900'000 Fr. eingestellt, es kommt uns einfach deutlich günstiger als vorher geplant war. Und es hat den gleichen Nutzen wie ursprünglich vorgesehen.

Das Revier, dort wo es jetzt ist, wird bleiben. Das Strasseninspektorat wird das nützen können als Lagerraum und als Aufenthaltsraum. Von daher wird das Gebäude, das wir jetzt da haben, auch in Zukunft gut genutzt.

Die BBK hat diesem Kredit von 370'000 Fr. für den Bau dieser Annahmestelle und der Radwaschanlage mit 9:0 Stimmen zustimmt.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich danke für die Vorstellung. Das Geschäft ist wie angekündigt ohne Behandlung. Wünscht der Stadtrat das Wort?

**Stadträtin Ch. Meier:** Nein. Ich danke Romana für die Vorstellung. Ich glaube, sie hat alles gesagt.

**Ratspräsident A. Geering:** Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Kredit von 370'000 Fr. für den Bau einer neuen Annahmestelle und einer Radwaschanlage auf der Deponie Riet in Oberwinterthur zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmungen?

Enthaltungen?

Dann habt Ihr dem Geschäft einstimmig zugestimmt und es damit genehmigt.

## 8. Traktandum

### GGR-Nr. 2019.46: Kredit von Fr. 490'000 für neue Polizeiuniform

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 8: Kredit von 490'000 Fr. für neue Polizeiuniformen. Das Geschäft stellt Bea Helbling vor für die SSK.

**B. Helbling (SSK):** Ich stelle Euch das Geschäft 2019.46 vor, es geht um einen Kredit von 490'000 Fr. für neue Polizeiuniformen. Ich darf die Folien der Stadtpolizei nutzen.

Die aktuellen Uniformen der Stadtpolizei Winterthur sind 14 Jahre alt und entsprechen nicht mehr den Anforderungen an zeitgemässe Arbeitskleidung, v.a. was Funktionalität und Qualität angeht. Denken wir daran: Polizistinnen und Polizisten sind bei Kälte, Regen und Schnee unterwegs.

Zudem sind keine Nachbestellungen mehr möglich für die jetzige Uniform. Der Hersteller dieser Uniformteile hat die Verträge aufgelöst.

Die Stadtpolizei Winterthur macht mit bei der korpsübergreifenden Erneuerung von Polizeiuniformen, kurz KEP genannt. Beteiligt sind fast alle deutschschweizer Korps. Im Kanton Zürich sind es neben der Kantonspolizei und kommunalen Polizeikorps auch wir von der Stadtpolizei Winterthur.

Unter Federführung der Kantonspolizeien von Bern und Zürich ist das Uniformkonzept ausgearbeitet worden. Die Uniformteile wurden in 7 Lose aufteilt submissioniert. Die neuen Kleidungsstücke sind nach dem Zwiebelsystem aufgebaut. Die verschiedenen Schichten sind aufeinander abgestimmt und die Kleidungsstücke sind aus modernen Materialien. Das Zwiebelsystem ermöglicht es den Polizistinnen und Polizisten, eine je nach Witterung angepasste Uniform zu tragen.

Und, was wichtig ist: Die Polizeikorps im Grossteil der deutschsprachigen Schweiz werden schlussendlich einheitlich auftreten. Es sind neu diese dunkelblauen Uniformen.

Die schweizerische Textilfachschule war bei der Entwicklung dieser Uniformen dabei. Es geht dabei v.a. auch um zeitgemässe Materialien und den modernen Schnitt. PublicEye (vormals Erklärung von Bern) wurde bei der Entwicklung des Pflichtenheftes beigezogen und hat zur Klärung von ökologischen und sozialen Aspekten eine Checkliste geführt. Die Zertifikate wur-

den sehr wichtig genommen. Wer die geforderten Kriterien in Bezug auf ökologische oder soziale Aspekte nicht erfüllte, kam nicht weiter in der Submission. Die EMPA hat zudem die einzelnen Uniformteile und Uniformen getestet und es wurden auch Tragetests gemacht. Verbesserungen sind aufgenommen worden.

Unter der gemeinsam durchgeführten Beschaffung der Uniformen können wir zukünftig grössere Auftragsvolumen erreichen und so natürlich auch von besseren Preisen profitieren. Der Projektkredit von 490'000 Fr. umfasst die Erstausrüstung der Uniformen für sämtliche Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei Winterthur und für die Zusatzaufwände für die Umrüstung. Die Preise sind inklusive MwSt. und es ist eine Reserve eingerechnet. Der Setpreis pro Mitarbeitenden beträgt ca. 2'000 Fr. Jede und jeder erhält Kleidungsstücke, die sie oder er benötigt, um das ganze Jahr über zu arbeiten. Es gibt dafür Erfahrungswerte, auf die man sich berufen kann. Die Ersparnis gegenüber einer eigenständig zu beschaffenden Uniform beträgt mind. 15%. Man rechnet mit ca. 565'000 Fr., die man einsparen kann. Wenn man den personellen Mehraufwand noch einrechnet, dann kann man von Einsparungen von bis zu 20% sprechen.

Mit der gemeinsam durchgeführten Beschaffung der Uniformen kann man auch in den Folgejahren grössere Auftragsvolumen erreichen und so von besseren Preisen profitieren. Die Kosten für die Folgebeschaffungen hängen vom Bestellvolumen aller beteiligten Korps ab. Ab 2020 wird wieder mit Einsparungsmöglichkeiten von mind. 15% gerechnet, also jährlich eine Kosteneinsparung von 15'000 Fr. In der laufenden Rechnung 2019 wurden die Kosten für die persönliche Ausrüstung um 100'000 Fr. reduziert. Nach der geplanten Beschaffung der neuen Polizeiuniform mit der Investitionsrechnung 2019 wird die laufende Rechnung 2020 und 2021 wieder um je 50'000 Fr. erhöht und nachher ist man wieder bei den normalen Anschaffungskosten.

Die Verträge sind auf 8 Jahre festgelegt und müssen dann erneuert werden. Den Lead übernimmt auch rechtlich die Kantonspolizei Bern.

In der SSK ist das Geschäft in einer Sitzung beraten worden und der Kreditvorlage für 490'000 für neue Polizeiuniformen wurde mit 9:0 Stimmen zugestimmt.

Es ist sehr wichtig, dass wir das heute beschliessen, da die Bestellfrist für die 1. Tranche Ende dieses Monats abläuft.

**B. Helbling (SP):** Ich erlaube mir, gleich noch das Votum der SP anzuhängen.

Die SP-Fraktion unterstützt die gemeinsame Beschaffung der Polizeiuniformen. Das macht Sinn. Es bringt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bessere Uniformen, das ist uns von einer Polizistin und einem Polizisten, die zu den TestträgerInnen gehörten, bestätigt worden. Zudem kann die Stadtpolizei und die Stadt davon profitieren, dass so viele Kops zusammen neue Uniformen beschaffen, das ermöglicht, wie schon erwähnt, den günstigeren Einkauf. Der SP-Fraktion war es wichtig, dass bei den Submissionen auf Nachhaltigkeit, Ökologie und soziale Aspekte (Arbeitsbedingungen der Zulieferer) geachtet wurde. Das wurde durch die Begleitung von PublicEye sichergestellt, das klare Kriterien definierte. Dass jetzt fast alle deutschschweizer Korps die gleichen Polizeiuniformen und deshalb das gleiche Erscheinungsbild haben, freut nicht nur den Kommandanten der Stadtpolizei, sondern auch mich.

**M. Zehner (GLP):** Wir von der GLP begrüssen die Beschaffung und die Zusammenarbeit in den Korps der Schweiz, wie es vorhin vorgestellt wurde. Der Mengenrabatt ist beachtlich. Zum Mengengerüst haben wir in der Kommission etwas gehört. Was mich im Nachhinein etwas stutzig machte: Kann es denn sein, dass Angehörige der Polizei Kleidungsstücke erhalten, die sie nachher längere Zeit nicht brauchen und allenfalls zuhause im Keller lagern? Für eine Rückfrage in der Kommission war leider keine Zeit mehr, und wenn ich jetzt da mit einem Antrag käme, wäre das vielleicht eher wie die alte Fasnacht – einfach ein bisschen spät. Zugegeben, wenn ich für die Fasnacht Kleidung kaufe, bin ich auch meistens ziemlich spät dran und muss im letzten Moment unheimlich pressieren. Aber muss es bei einem Geschäft, bei dem es um eine halbe Million geht, im Gemeinderat auch so schnell gehen?

Wir haben das Geschäft quasi im letzten Moment noch in den Rat geworfen bekommen und müssen jetzt so schnell wie möglich entscheiden, weil in drei Tagen der Termin abläuft, damit wir bestellen und vom Mengenrabatt profitieren können.

Auf mein Mail zum Mengengerüst erhielt ich heute Morgen ein klärendes Telefonat. Dafür danke ich nochmals. Aber wir haben leider keine Zeit mehr, um das vor der Schlussabstimmung im Rat noch in der Kommission zu besprechen. Ich weiss inzwischen, dass die Polizei tatsächlich sehr haushälterisch umgeht mit dem Geld, und dass die Angehörigen der Polizei keine Lager zuhause im Keller haben, aber was vielleicht noch klar wurde am Telefon, dass die Polizei mit einem Punktesystem arbeitet. Auch das konnten wir in der Kommission nicht mehr anschauen. Das ist nicht so schlimm bei diesem Geschäft, aber gerade in der SSK sollte man das Thema vielleicht nochmals aufnehmen und sich das Punktesystem genauer erklären lassen.

Für dieses Geschäft werde ich sicher keinen Antrag stellen und die GLP stimmt diesem Geschäft zu.

**F. Heer (Grüne/AL):** Besten Dank für die Präsentation. Ich durfte als Gast bei der SSK-Sitzung dabei sein und die Präsentation der Stadtpolizei sehen und bei der Schlussbesprechung zuhören. Aus Sicht der Fraktion AL und Grüne möchte ich zum bereits Gesagten nochmals betonen, dass wir das Ausarbeitungsverfahren als sehr sinnvoll und sehr praxisnah empfunden haben. Die Vorteile einer solchen gemeinsamen Beschaffung mit der halben Deutschschweiz sind sicher für alle gut. Aber es ist schon ein bisschen seltsam, wenn plötzlich so ein dringender Handlungsbedarf von nur wenigen Tagen besteht.

Der Einbezug von PublicEye ist sicher ein guter Schachzug, den wir sehr begrüßen. Das zeugt wieder von einer umsichtigen Herangehensweise und einer verantwortungsvollen Art. Das ist sicher die beste Referenz, die man anbringen konnte.

Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Kreditantrag.

**M. Wackerlin (SVP/PP):** Auch die SVP-Fraktion steht hinter diesem Kauf. Er ist, wie man uns in der SSK zeigen konnte, nötig und er ist haushälterisch. Insbesondere ist er auch deshalb nötig, weil die alten Verträge gekündigt wurden und von dort auch keine Uniformen mehr bezogen werden können.

Was aber wirklich zu kritisieren ist da, das ist der Zeitdruck. Das muss man hier an den Stadtrat zurückgeben. Damit sie rechtzeitig ihre Uniformen noch bestellen können auf dieses Jahr, müssen wir das jetzt behandeln. Und ja, Martin, es wäre schön gewesen, wir hätten das in der SSK ein bisschen ausführlicher besprechen können. Auf der anderen Seite habe ich für mich eigentlich genug Informationen bekommen. Das was Dich beschäftigt hat, war die Aussage, dass jeder Polizist 10 Oberbekleidungen und 10 Hosen etc. bekommt. Aber sie haben eigentlich auch gesagt, dass das deshalb der Fall ist, weil sie ungefähr wissen, wie gross der Verschleiss ist. Ich nehme an, an diesen Hemden wird ab und zu auch rumgerissen und man geht nicht immer ganz sanft damit um... Und sie sagten, dass sie das sehr gut im Griff hätten. Dann hiess es auch, jetzt müssten sie quasi die übrigen Uniformteile von überall her sammeln, weil sie keine neuen mehr bekämen. Das liegt aber wahrscheinlich auch daran, dass von diesen Päckchen noch nicht alles aufgebraucht worden ist. Für mich war das eigentlich verständlich und ich glaube nicht, dass wir jetzt da vom Stadtrat oder vom Parlament her Mikromanagement der Uniformkleider betreiben müssen. Ich traue ihnen zu, dass sie das im Griff haben.

**U. Glättli (GLP):** Ich spreche zu den Traktanden 6 – 8 und auch ein bisschen zum Traktandum 9. Es sind gute Anschauungsbeispiele von Kreditvorlagen im kleineren Ausgabenbereich (unter 1 Mio. 6 – 8 und bis 2 Mio. Traktandum 9). Es sind Anschauungsbeispiele für die laufende Vernehmlassung zur Gemeindeordnungsrevision. Dort erhält der Stadtrat neu konzipierte Ausgabenbefugnisse, in der einen Version bis 2 Mio. einmalig. Das macht da durchaus Sinn von mir aus gesehen. Wenn wir uns verinnerlichen, wie diese Vorlagen durch die Kommission gegangen sind – mit 9:0 –, wie sie da verabschiedet und diskutiert werden - das ist nicht tragisch, wenn diese Geschäfte künftig im Stadtrat alleine genehmigt und verabschiedet

werden können. Wir gewinnen dadurch v.a. auch Zeit. Und Zeit ist heute auch ein kostbares Gut.

Ja, wenn man dann Traktandum 9 anschaut, dann geht es dort schon gegen die 2 Mio. zu. Und wir sehen: Bereits zwei Gegenstimmen in der Kommission. Das ist dann vielleicht auch ein Indiz, dass man den Systemwechsel oder diese Neuerungen nicht ganz unkritisch nur annehmen soll in der Vernehmlassung. Vielleicht ist das Ausmass dieser Neukonzeptionierung doch noch ein Thema. Ob es dann gerade 2 Mio. sein müssen für einmalige Ausgaben für den Stadtrat oder ob auch 1 Mio. reichen würde – und dann 3 Geschäfte in Eigenregie verabschiedet werden können – das will doch klug bedacht werden.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich erinnere daran, dass das Geschäft der Kredit von 490'000 Fr. für die Polizeiuniformen und nicht die Vernehmlassung für die Totalrevision der Gemeindeordnung ist. Nichtsdestotrotz wurde das Votum gehört, denke ich. Ich sehe, die Voten zum Geschäft haben sich erschöpft, und übergebe damit das Wort der zuständigen Stadträtin Barbara Günthard.

**Stadträtin B. Günthard:** Besten Dank für die mehrheitlich zustimmenden Voten. Sie haben das sehr gut präsentiert bekommen von Bea Helbling. Die Uniformen, die jetzt noch getragen werden, sind alt – 14jährig – und genügen den heutigen Ansprüchen nicht mehr. Sie haben auch gehört, dass wir bei dieser Beschaffung 4 Ziele verfolgen: Wir wollen eine zeitgemässe und gute Uniform, es ist wichtig, dass es sozial und ökologisch nachhaltige Beschaffungen sind. Es ist auch das Ziel, dass alle Polizeikorps in der Schweiz gleich auftreten und dass man einen so günstigen Preis wie möglich für so gute Qualität wie möglich bezahlt. Und ich glaube, Sie haben das beim Zuhören auch mitgeschnitten: Es ist eine zeitgemässe, gute Uniform. Ich glaube, dieses Ziel ist erreicht. Ich höre auch aus dem Korps, dass die Leute, die diese Tragetests gemacht haben, sogar richtig begeistert seien und sich auf die neue Uniform freuen. Dann hatten Sie auch den Hinweis von PublicEye, das den ganzen Prozess begleitet hat. Das gleiche Auftreten haben wir mindestens bei den 15 Korps, die miteinander beschaffen. Spannenderweise passen sich die anderen jetzt dann dem Erscheinungsbild an. Den günstigen Preis, die rund 15%, die man sparen kann dank des grösseren Volumens, das ist sicher etwas, über das wir und die Stadtkasse uns freuen, weil wir mit diesem Geld dann etwas anderes kaufen können.

Was ich nachvollziehen kann, selbstverständlich, ist dass sich der Gemeinderat und die Kommission nicht freut, wenn man sich gedrängt fühlt, wenn man den Eindruck hat, man können nicht alle nötigen Fragen stellen. Ich denke, es liegt einfach daran, zur Kenntnis zu nehmen, dass das ein sehr grosses, breit koordiniertes Geschäft war. 15 Polizeikorps, die eine Beschaffung koordiniert haben – das ist eine Pionierleistung in unserem föderalistischen System. Man hat auch noch Trageversuche gemacht, die Qualität nochmals überarbeitet – das hat schon mal ziemlich viel Zeit gebraucht. Und selbstverständlich braucht man dann auch noch verwaltungsintern und mit den Kommissionen noch Zeit zum Beraten. Der Termin Ende dieses Monats steht nun einfach mal. Von daher: Ich habe ein gewisses Verständnis (man hätte 1, 2, 3, 4 Lesungen machen können zur Beschaffung der Polizeiuniform), ich denke aber, wir konnten die wesentlichen Fragen klären. Wir haben uns auch bemüht, Martin, dass Du heute Morgen Deine offenen Fragen noch geklärt bekommst. Man hätte es am letzten Montag noch traktandieren können, als wir Budgetberatung hatten. Ich hatte den Eindruck in der Kommission, es sei jetzt alles klar mit diesem 9:0-Entscheid.

Und in diesem Sinn freue ich mich, wenn Sie heute Abend entscheiden können und mit diesem termingerechten Entscheid allenfalls die 15% wirklich sparen können. Besten Dank.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Kredit von 490'000 Fr. für neue Polizeiuniformen zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Dann ist auch dieses Geschäft einstimmig beschlossen. Danke vielmal und wir sind gespannt, die Polizistinnen und Polizisten in den neuen Uniformen zu sehen, die durch unsere Stadt gehen.

## 9. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.47: Kredit von Fr. 1'983'200 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Talgut im Sportpark Deutweg**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 9: Kredit von 1.9832 Mio. für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Talgut im Sportpark Deutweg. Gaby Gisler von der BSKK stellt das Geschäft vor.

**G. Gisler (BSKK):** Mir fällt heute die Aufgabe zu, Ihnen den Kredit von 1'983'200 Fr. für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Talgut im Sportpark Deutweg zu präsentieren.

Ich darf dabei auf die Präsentation von Rolf Lussi vom Sportamt zurückgreifen, wie er sie uns in der BSKK vor einer Woche präsentiert hat. Besten Dank.

Hier ein Anblick des Sportparks Deutweg aus der Vogelperspektive. Der Kunstrasenplatz ist oben links vorgesehen.

Der Sportpark Deutweg ist die grösste zusammenhängende Sportanlage in der Stadt Winterthur. Durch Win4 sind rund 27'000 m<sup>2</sup> Rasenfläche abgegeben worden, diese Fläche fehlt nun für den Rasensport. Dies entspricht zwei Rasenspielfeldern, die jetzt durch den Umbau vom Naturrasen in einen Kunstrasen wieder kompensieren können. Der Kunstrasen ist witterungsunabhängig und kann mehr bespielt werden, da er weniger Erholungsphasen benötigt. Auf diesem Kunstrasen werden auch verschiedene Sportgruppen trainieren (Rugby, American Football, Cricket, Fussball), aber auch das Schulhaus Gutschick und das Quartierzentrum werden sich dort aufhalten.

Der Kunstrasen soll auf dem Rasenplatz Nr. 2, an der Achse vom Galgenackerweg und vom Garderobengebäude, gebaut werden. Somit ist auch ein weiterer Ausbau des Sportparks Deutweg offen, es sind ja noch weitere sportliche Entwicklungen und auch Trends zu erwarten.

Entlang dem Galgenackerweg und zwischen dem Kunstrasen und bestehenden Naturrasen entstehen zwei Streifen mit hoher Aufenthaltsqualität, wie Bäume oder Sitzgelegenheiten. Das «Ypsilon» (grün eingefärbt) bildet den Grundstein für eine optimale und grosszügige Durchwegung durch den ganzen Park. Alle Optionen für diverse weiteren Ausbauten des Sportparks sollen noch offenbleiben

Bei dieser Darstellung ist rechts der neu zu erstellende Kunstrasenplatz zu sehen. Links bleibt der Naturrasen bestehen. In der Mitte sehen Sie die Bäume und die Erhöhung, die da gebaut wird, mit 6 Kandelabern insgesamt.

Im Realisierungskonzept sprechen wir im Moment nur vom Kunstrasen, der grosse Rest aus dem Masterplan ist damit nicht tangiert. In dem nun vorliegenden Antrag für einen Kredit beinhaltet einen Teil das Kunstrasenfeld, der 2. Teil betrifft die notwendigen Sanierungen, die sowieso gemacht werden müssen, und die eigentlich schon über den Stadtrat bewilligt sind. Das betrifft die Beleuchtungen und die Wasserzuleitungen. Die notwendigen Sanierungen sind ja gebundene Ausgaben. Und im 3. Teil soll dann die Aufenthaltsqualität auch noch gesteigert werden, das dient dann v.a. der Bevölkerung.

Alle 3 Teilprojekte werden so miteinander verschmolzen und die anstehenden Bauvorhaben werden zeitgleich umgesetzt. So werden Ressourcen gespart, der Bau aller 3 Teilprojekte gleichzeitig ist günstiger als wenn sie einzeln gebaut würden. Übrigens: Der gesamte Masterplan ist vom Stadtrat noch nicht bewilligt; das Kunstrasen-Projekt ist lediglich ein kleiner Teil davon.

Dann zum Kunstrasen selber: Der geplante Kunstrasen soll unverfüllt sein und ist auf dem Platz Winterthur noch neu. Alle anderen Kunstrasen (Flüeli, Hegmatten und Schützenwiese)

in unserer Stadt sind verfüllt. Der Unterschied liegt darin, dass beim verfüllten Kunstrasen die Fasern/Halme mit Kunststoffgranulat stabilisiert werden. Beim unverfüllten Rasen werden einfach viel mehr Halme platziert. Das Granulat wird ja auch wegen der Umwelt regelmässig in den Medien erwähnt. Winterthur verwendet diesbezüglich nur das zertifizierte Granulat. Die Stadt Zürich hat bereits Erfahrungen mit unverfüllten Produkten und sie werden in Zukunft nur noch unverfüllte Kunstrasen verlegen.

Ein unverfüllter Kunstrasen ist in der Anschaffung rund 20% teurer als ein verfüllter Kunstrasen (Preis in der Kommission genau nachgefragt: verfüllter Kunstrasen 70.-/m<sup>2</sup>; unverfüllter 90.-/m<sup>2</sup>), jedoch fällt der Unterhalt mit dem Nachfüllen des Kunststoffgranulats weg (ein Platz komplett aufzugranulieren kostet ca. 22'000 Fr.) und die Reinigung des Rasens ist viel einfacher. Die Fussballer wünschen sich lieber einen verfüllten Kunstrasen, da dieser einem Naturrasen ähnlicher ist. Da auf diesem Platz hier jedoch die Multifunktionalität geplant ist und diese im Vordergrund steht, ist ein unverfüllter Rasen geeigneter.

Angesichts der jetzt aktuellen Diskussion um die Klimadebatte sind in der Kommission auch Fragen nach der materiellen Zusammensetzung des Kunstrasen und der Entsorgung gestellt worden.

Die genaue Zusammensetzung musste ich mir sagen lassen: Die Fasern sind teilweise aus Polyethylen und Polyamid (PE & PA), der Rücken besteht aus Polypropylen (PP) und Polysulfid und ist verschweisst mit Latex. Die Elastikschicht ist thermoplastisches Elastomer. Die Qualität und das Material sind gemäss BASPO-Vorgabe (Bundesamt für Sport) und wird auch nach der Instandstellung geprüft.

Die Firmen mussten ein Zertifikat für die CO<sub>2</sub>-reduzierte Produktion einreichen. Ebenfalls mussten sie ein Konzept einreichen, wie sie dann die Entsorgung sicherstellen. In der Inner-schweiz gibt es eine Firma, die diese Art von Rasen recycelt. Alle Produkte stammen aus der näheren Umgebung.

Die Beleuchtung muss ersetzt werden, da die Kandelaber rostig sind und sie auch ihre Lebensdauer erreicht haben. Es werden neu LED-Leuchten angebracht und der Naturrasen daneben kann ebenfalls beleuchtet werden.

In der Kommission wurden Fragen nach der Umwelterträglichkeit gestellt: Die Umweltverträglichkeit dieser LED-Beleuchtung wurde angeschaut. Ein grosser Vorteil für LED ist, dass es schnell ein- und ausgeschaltet werden kann. Die jetzigen Lampen haben eine grosse Vorlaufzeit und müssen schon lange vor Gebrauch eingeschaltet werden. Die LED können punktgenau auf den Platz gerichtet werden und strahlen nicht in die Umgebung.

Der Kunstrasen muss bewässert und entwässert werden. Das Wasser sickert durch den Rasen und fliesst via Drainage in eine Sickergalerie, welche unter dem Weg dem Spielfeldrand entlang gebaut wird, und kann dort normal versickern.

Der Anschluss an die bestehende Meteorwasserleitung in der Hörnlistrasse ist nicht erlaubt. Der Kunstrasen muss an heissen Tagen bewässert und gekühlt werden, damit sich der Rasen nicht zu stark erhitzt und auch, damit weniger Verbrennungen bei den Sportlern auftreten. Zudem soll die Bewässerungsanlage so gebaut werden, dass sie auch nachts benutzt werden kann. Man erhofft sich damit, dass man dadurch zu viele Mann-Stunden einsparen kann.

Der Galgenackerweg soll breiter gestaltet und mit Bäumen ausgestattet werden, zwischen den beiden Rasenflächen ist ein kleiner Absatz angedacht. Der Ballfang zum Schulhaus muss ersetzt werden und auf der gegenüberliegenden Seite wird ein neuer gebaut.

Auf der Folie können Sie die einzelnen Massnahmen ersehen.

Von den rund 2'586'000 Fr. Anlagekosten sind rund eine halbe Million Franken als gebunden erklärt. Abzüglich von den bereits bewilligten Projektierungskosten von 100'000 Fr. verbleibt ein beantragter Kredit von 1.98 Mio. Fr. Rund 300'000 Fr. werden noch vom Sportfonds erwartet. Die sind aber hier noch nicht einbezogen, weil man ja dieses Geld noch nicht hat. Die Höhe des Kredites hat in der Kommission keinen Anlass zu weiteren Diskussionen gegeben.

Der Tiefbau, also der Unterbau dieses Platzes, hält länger als die 20 Jahre Abschreibungen, der Rasen hingegen hat lediglich eine Lebensdauer von ca. 12 Jahren. Dies führt letztlich zu Nettoinvestitionsfolgekosten von rund 94'000 Fr.

Der Antrag besteht in einem Kreditbegehren über 1'983'200 Fr. für den Bau eines Kunstrasens. Die BSKK hat dem Begehren mit 7:2 Stimmen zugestimmt.

**Ratspräsident A. Geering:** Danke vielmals für die Erklärung des Geschäftes. Wir kommen zur Diskussion. Das Wort hat Lilian Banholzer.

**L. Banholzer (EVP):** Winterthur profiliert sich je länger je mehr als Sportstadt. Gerade auf dem Deutwegareal ist die Infrastruktur für den Spitzensport in den letzten Jahren immer besser geworden, nicht zuletzt wegen Win4 und der AXA-Arena.

Für die EVP ist aber v.a. der Breitensport und der Raum für Bewegung ein vordringliches Anliegen. Fussball ist immer noch der beliebteste Kinder- und Jugendsport und deshalb ist ein Kunstrasenfeld im Sportpark Deutweg ein optimales Mittel, um genügend Rasenfläche zur Verfügung zu stellen. Schliesslich gibt es fast keine zeitlichen Einschränkungen zum Bespielen eines solchen Feldes. Die neue Art von diesem Kunstrasen gab bei uns zu reden, aber wir vertrauen auf die Abklärungen des Sportamtes, dass wir mit einem unverfüllten Kunstrasen ein langlebiges und im Unterhalt günstiges Fussballfeld erhalten. Mit der Realisierung von Win4 sind einige Flächen im Areal Deutweg, die für die Allgemeinheit für Bewegung zur Verfügung standen, verschwunden. Wir haben uns schon früher kritisch dazu geäussert, dass die Bevölkerung auf viel genutzten und wichtigen Freiraum im Quartier verzichten muss. Umso wichtiger ist es uns, dass im Sportpark Deutweg einerseits gute Verhältnisse für den Breitensport geschaffen werden, aber dass andererseits auch die Quartierbewohnerinnen und -bewohner von diesem Projekt profitieren können. Die Absicht ist es ja auch, dass das Kunstrasenfeld ausserhalb der Trainingszeiten des Fussballclubs auch für das Quartier gutschick zur Verfügung steht. Das begrüssen wir sehr.

Die Nutzung der Synergien, um gleichzeitig einen Teil des Masterplan Deutweg zu realisieren, macht für uns Sinn. Dass die neue Durchlässigkeit mit Wegen und Plätzen für das Quartier und Sportler gewährleistet ist, finden wir ein grosses Plus dieses Projektes. Bisher war man schliesslich praktisch gezwungen, immer rundherum zu gehen bei diesem Areal. In Zukunft wird es auch innerhalb des Ganzen Orte geben, wo man sich aufhalten kann, auch ohne dass man Sport betreibt.

Alles in allem sind wir mit dem Projekt zufrieden und unterstützen den Kredit für das Kunstrasenfeld und die Umgebungsgestaltung.

**Th. Leemann (FDP):** Ich danke Gabriela für die gute Präsentation. Da gibt es eigentlich nicht mehr viel dazu zu sagen – aber lassen wir los: Der neue Kunstrasen macht Sinn. Auf ihm kann praktisch immer gespielt werden, er braucht keine Erholungszeit, man kann ihn wetterunabhängig als Spielrasen benutzen. Im gleichen Atemzug wird auch die Chaussierung, die Foundation unter dem neuen Rasen erstellt. Die Entwässerung wird mit einer Sickergalerie gewährleistet. Eine solche Sickergalerie ist eine tolle Sache, es ist auch ökologisch. Es macht keinen Sinn, Wasser – sauberes Meteorwasser – der Kanalisation zuzuführen. Man gibt es so dem Boden wieder retour. Die Platzbeleuchtung wird auch gemacht, denn die alte Platzbeleuchtung braucht ewig lange, bis sie warm ist und hell wird. Wenn man schon den ganzen Platz macht, montiert man gleich die LED-Lampen. Wie Gabriela schon gesagt hat, kann man damit das Licht viel besser konzentriert auf den Platz abgeben.

Schade ist halt, dass es ein Kunstrasen ist. Der Aufwand für den Unterhalt ist in etwa gleich gross wie für einen normalen Rasen. Anstatt mähen wird der neue Rasen gebürstet und vom Laub befreit – Aufwand in etwa gleich. Nur das Sanden und Düngen entfällt. Vom CO<sub>2</sub> haben wir uns ja durch Kompensation freigekauft. Wir kaufen uns frei und dann ist es in Ordnung... Finde ich nicht so.

Der Platz wird jetzt ohne Masterplan gemacht, der ist noch in der Pipeline. Das ist ein bisschen schade. Es wäre besser, wenn wir den schon hätten für die ganze Sportanlage Deutweg.

Und noch etwas Kleines, das haben wir eigentlich in der BSKK auch besprochen. Wieso braucht dieser Rasen Bewässerung? Kunstrasen – Wasser? Gabriela hat es gesagt: Man

braucht das im Sommer zum Kühlen, wenn die Sportler umfallen und der Rasen warm ist, dann kann es Verletzungen geben, die man natürlich nicht möchte.

Die FDP-Fraktion wird dem Kredit von 1.983 Mio. zustimmen und wir wünschen den Sportlern viel Spass am neuen Rasen, wenn er denn bereit ist.

**K. Gander (Grüne/AL):** Zuerst einmal herzlichen Dank für das Vorstellen an Gaby.

Ja, wir haben es gehört, ein solcher Kunstrasen bringt zahlreiche Vorteile: Er braucht keine Erholungszeit, kann viel mehr bespielt werden, weiter sinkt der Aufwand bei einem solchen unverfüllten Rasen. Aber auch das koordinierte Vorgehen von mehreren Bauarbeiten auf ein Mal im Deutweg macht sicher Sinn.

Was uns als Fraktion Grüne/AL weiter überzeugt, sind insbesondere auch die sozialen Aspekte. Integration ist ein wichtiges Thema, gerade im Gutschick-Quartier, und Fussball oder generell Sport ist halt dafür ein zentrales Mittel. Damit man das Umsetzen kann, braucht es auch Plätze, die sich möglichst oft bespielen lassen – und das bekommen wir mit diesem Platz.

Es gibt aber auch kritische Aspekte. Wir haben schon Lehrgeld bezahlt mit diesen Kunstrasen. Das ist jetzt ein anderes Produkt, ist aber auch noch nicht so lange auf dem Markt. Wie es sich nach ein paar Jahren verhält, wissen wir nicht so genau. Die Anschaffungskosten sind höher, wobei es dann aber beim Unterhalt billiger sein soll. Und, wir haben es gehört, es ist halt einfach kein natürliches Produkt, das wir da verbauen. Wobei man da sagen muss, dass die echten Rasenflächen ja auch weit weg von Naturwiesen sind.

Aus diesem Grund hat die Fraktion Grüne/AL die Stimmfreigabe entschieden.

**S. Kocher (GLP):** Auch von meiner Seite her danke für die Präsentation, Gaby.

Dass wir in der Stadt Winterthur einen Mangel an Rasennutzfläche für Vereine haben, ist allen bekannt. Dass sich durch den Bau der Win4-Arena die Situation im Sportpark Deutweg nochmals zugespitzt hat, ist auch für alle nachvollziehbar. Das gilt es zu kompensieren.

Dass man mehr Nutzfläche schafft mit einem Kunstrasen, der wetterunabhängig ist und entsprechend auch mehr und ganzjährig bespielt werden kann, ist sicher die richtige Lösung. Das bietet nicht nur den Vereinen mehr Möglichkeiten und entlastet somit auch die Nutzungssituation vom gesamten Areal. Auch für die umliegende Bevölkerung hat es dadurch einen grossen Nutzen, da ja das Gelände für alle zugänglich ist.

Dass man sich für das neue Kunstrasenprodukt ohne Granulat mit all seinen Vorteilen entschieden hat, finden wir auch gut. Aufgrund des Mangels an Rasenfläche sehen wir auch die Dringlichkeit, da schnell eine Lösung zu finden.

Warum jetzt aber an dieser Stelle der Baukredit für den Kunstrasen mit offensichtlich notwendigen gebundenen Ausgaben für die Entwässerung und Beleuchtung beantragt und verknüpft werden soll, ist für sich alleine zwar nachvollziehbar. Dass aber gleichzeitig ein Entwicklungskonzept für das gesamte Areal fehlt oder wie angedeutet wurde, in Arbeit ist und erst später einmal präsentiert werden soll, ist nicht in voller Gänze nachvollziehbar. Ein etwas weitsichtigeres Vorgehen und eine ganzheitliche Arealentwicklung mit optimalem Mitteleinsatz und der Berücksichtigung aller Anspruchsgruppen hätte sich da angeboten. Diese Chance wurde sicher verpasst.

Grundsätzlich stehen wir diesem Vorhaben aber positiv gegenüber, da auch ein Gesamtkonzept nicht ohne Kunstrasen ausgekommen wäre. Wir fordern aber für die Zukunft, zu berücksichtigen, dass die aktuell bestehende Fläche an Naturrasen bestmöglich nicht weiter reduziert werden sollte.

Die GLP wird diesem Antrag zustimmen.

**M. Steiner (SP):** Die SP unterstützt den Bau des Kunstrasens, weil er einerseits dem Breiten-sport mehr Raum bietet und durch die Wahl des unverfüllten Rasens eine nachhaltige Lösung gefunden werden konnte. Das Projekt überzeugt durch ein Kunstrasenfeld, das erstmals in Winterthur ohne ein verfülltes Kunstrasensystem auskommt (mit diesem Gummigranulat). Es zeichnet sich aus durch eine vielseitige Bespielbarkeit von verschiedensten Ballsportarten,

egal ob Fussball, Rugby, American Football oder eine Nutzung für die Schiedsrichterausbildung des Fussballverbandes.

Durch die offene Gestaltung des Parkbandes wird die Aufenthaltsqualität gesteigert und die Bevölkerung aus dem Quartier eingeladen, die bestehende Infrastruktur aktiv zu nutzen. Mit dem Bau dieses neuen Platzes kann dem grossen Mangel an Rasensportfläche ein bisschen entgegengewirkt werden. Teamsportarten gehören nach wie vor zu den beliebtesten Vereinsportarten. Nichtsdestotrotz gibt es in Winterthur, gestützt auf den bestehenden Bedarf, zu wenig Naturrasenplätze, zu wenig Kunstrasenplätze und zu wenige Garderoben.

Die fehlenden Garderoben sind auch mit ein Grund, wieso der Frauenfussball in Winterthur nach wie vor nicht die gleichen Möglichkeiten bekommt wie ihre männlichen Kollegen. Das ist im Jahr 2019 eigentlich unhaltbar. Gestützt auf die stadträtliche Antwort auf die schriftliche Anfrage von Fredy Künzler hatten per Ende Oktober 2017 alle Winterthurer Fussballvereine mit Juniorenabteilungen bei den Kleinsten, den 5- bis 10-jährigen, einen Aufnahmestopp. Die stark wachsende Stadt Winterthur benötigt darum sicher mindestens eine zusätzliche Fussballanlage mehr.

Die SP-Fraktion freut sich, wenn der Stadtrat in absehbarer Zeit einen Vorschlag erarbeitet, um diesem Mangel zu begegnen. Wir stimmen diesem Kreditantrag zu.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Zuerst herzlichen Dank an Gaby für die detaillierte Vorstellung des Konzeptes.

Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt den Kreditantrag von 1.9 Mio. Wie Gaby bereits erwähnt hat: Es macht durchaus Sinn, dass man Synergien nutzt, weil ja schon Sanierungen anstehen am Feld und an der Beleuchtung. Deshalb macht das durchaus Sinn, dass das zusammen mit der Realisierung des Kunstrasens so schnell wie möglich gestartet werden kann. Der unverfüllte Kunstrasen, das wurde auch schon erwähnt, ist eigentlich ökologisch und nachhaltig. Es stellt auch sicher, dass künftig kein Kunststoff, der irgendwie an den Schuhen klebt, unkontrolliert abgetragen werden kann. Als Vergleich: In Zürich haben sie auch nur noch unverfüllten Kunstrasen.

Es wurde bereits erwähnt, die Anschaffungskosten sind deutlich höher, also 20% teurer als verfüllter Kunstrasen. Aber es muss auch gesagt werden: Im Unterhalt ist es schlussendlich günstiger.

Es ist auch schon erwähnt worden: Die Fussballer wünschen sich eigentlich eher einen verfüllten Rasen, weil es viel näher am Naturrasen ist. Aber wie gesagt, das Feld soll eigentlich multifunktional sein. Und schlussendlich: Der Kunstrasen selber kann ja auch 3 x mehr genutzt werden als der Naturrasen, und je nach Witterungsverhältnissen ist der Naturrasen dann ja trotzdem gesperrt. Damit wäre den Fussballern schlussendlich auch nicht gedient, wenn sie vor einem gesperrten Fussballrasen stehen. Deshalb macht eigentlich der Kunstrasen da Sinn.

Angesichts der langen Warteliste der Fussballvereine kommt es eigentlich gut gelegen, dass das Projekt realisiert wird, und es bringt auch Entlastung für alle Sportvereine, die im Sportpark Deutweg unterwegs sind, und das gewährleistet auch die Multifunktionalität.

Es gibt aber auch kritische Punkte, die auch diskutiert wurden in der Kommission. Es wurde auf die Dringlichkeit hingewiesen und es wurde erwähnt, dass der Kunstrasen ein wichtiger Teilbereich des Masterplan Deutweg ist. Allerdings haben wir bis letzte Woche nicht wirklich eine Übersicht bekommen, wie der Masterplan aussieht, also mit dem Gesamtkonzept. Und wir wünschen uns und würden es sehr begrüßen, wenn das möglichst bald auch vorgestellt wird und wir so mehr Informationen bekommen in der entsprechenden Kommissionssitzung. Für mich als Sportler ist es klar und auch wichtig: Winterthur ist eine Sportstadt und ich finde es umso wichtiger, dass man die Sportvereine unterstützt. Der Kunstrasen leistet auch einen Beitrag dazu, dass nicht nur die Sportvereine entlastet werden, sondern – wie wir auch wissen – kulturell auch gefördert wird. Nicht nur über die eine Sportart, sondern auch über andere Sportarten hinweg.

Deshalb müssen wir einfach sagen: Aus unserer Sicht macht es im Grossen und Ganzen Sinn, dass wir den Kunstrasen realisieren. Wir unterstützen den Kreditantrag.

**G. Gisler (SVP):** Der grosse, akute Bedarf nach Rasenfläche der verschiedenen Rasen-Sportarten ist ausgewiesen. Insbesondere besteht ein Mangel, wenn wegen ausgiebigem Regenwetter auf den Naturrasen nur eingeschränkt oder gar nicht gespielt werden darf. So konnte beispielsweise vor einigen Jahren ein Schülerfussballturnier wegen zu viel Regen nicht durchgeführt werden, sie mussten sich mit einem Penaltyschiessen behelfen. Selbstredend ist ein Penaltyschiessen mit „richtigem Fussballspielen“ nicht zu vergleichen. Bei einem Kunstrasen hätte das Turnier trotzdem durchgeführt werden können. Auch beispielsweise American Football sind auf die Ausweichmöglichkeiten bei Regenwetter angewiesen, denn so kann allenfalls der Spielplan trotzdem eingehalten werden. Ansonsten müssen die Matches unter Umständen abgesagt oder verschoben werden.

Ein Kunstrasen braucht weniger „Erholungszeit“, kann aber 3 x mehr als ein Naturrasen gespielt werden. Und das ist für uns eigentlich der Hauptgrund.

Zwar schlägt ein unverfüllter Kunstrasen (gegenüber verfülltem Kunstrasen) mit höheren Anschaffungskosten zu Buche, aber dank den günstigeren Unterhaltskosten kann der Aufpreis kompensiert werden. Alles in allem entspricht der Preis wohl jenem, wie er für einen Kunstrasen investiert werden muss.

Bezüglich Nachhaltigkeit und Umwelt hat die Stadt Winterthur auf die nötigen Vorgaben des Bundesamtes für Sport (BASPO), auf Zertifizierungen und Entsorgungs-Nachweise geachtet. Daher ist es unseres Erachtens auch aus ökologischer Sicht verantwortbar, einen solchen Kunstrasen zu bauen.

Die SVP-Fraktion wird dem Kredit für einen Kunstrasen zustimmen.

**Stadtrat J. Altwegg:** Ganz herzlichen Dank, Gaby Gisler, für die umfassende Vorstellung dieses Geschäftes, und Ihnen allen für die wohlwollende Aufnahme dieses Kredites.

Wir haben es gehört: Für einen grossen Teil der Sportler in Winterthur (wir gehen von rund 40% aus) ist Fussball ihre Liebessportart. Und deshalb haben wir diese Wartelisten, Markus Steiner hat das gesagt, in gewissen Fussballclubs, wo v.a. die Juniorinnen und Junioren ein Problem haben. Und gerade beim Gutschick ist der integrative Charakter von Fussball eigentlich unbestritten.

Auch das haben wir gehört: Wir können 3 x mehr oder 3 x länger spielen auf dieser Kunstrasenfläche - aber nicht nur Fussball, sondern man kann auch andere Sportarten ausüben.

Auch das haben wir gehört.

Verschiedentlich war noch ein weinendes Auge, das dem Naturrasen nachtrauert. Da kann ich eigentlich nur anfügen: So natürlich ist auch der Naturrasen nicht. Wir müssen ihn düngen, wir müssen ihn sanden, vertikutieren, mähen. Und zwischendurch sperren, damit er nicht ganz kaputt geht, wenn man ihn zu stark belastet.

Zur Ökologie haben wir auch verschiedene Voten gehört. Die Entsorgung haben wir mit unseren Lieferanten schriftlich vereinbart, das sollte klar sein, wie das funktioniert.

Mit den LEDs haben wir eine Beleuchtung, die wirklich auch stromsparend ist und damit auch einen Beitrag leistet an die 2000-Watt-Gesellschaft.

Die Investitionen sind hoch, das ist uns bewusst, dafür wird aber der Betrieb umso günstiger. Ich glaube, das ist ganz ein wichtiger Teil, dass man sieht: Mehr investieren am Anfang, dafür nachher sparen. Auch an anderen Orten könnte man sich dieses «Lehrgeld» manchmal sparen.

Wenn ich gerade beim Thema Lehrgeld bin: Beim Kunstrasen wurde der Kunstrasen Flüeli angesprochen. Dort ist eigentlich nicht der Rasen an sich das Problem, sondern der Untergrund, bei dem wir Lehrgeld zahlen mussten, weil es einfach noch zu wenig klar war, was passiert, wenn sich der Untergrund darunter absenkt.

Das Granulat wurde angesprochen, dass die Fussballer nicht so Fan sind. Das sind v.a. die obersten Ligen. Die Fachleute gehen davon aus, dass auch Profiligen künftig auf den unverfüllten Rasen spielen werden können.

Der Masterplan wurde diverse Male angesprochen. Man muss sehen: Der Masterplan ist eine Vision für die nächsten 10 – 15 Jahre. Von daher ist es immer noch kurzfristig, wenn wir zeit-

nah, ich denke, im Verlauf der nächsten 365 Tage, Informationen abgeben können. Wie gesagt: Es geht um eine langfristige Planung. Es geht uns darum, dass die Ideen, die noch nicht präsentiert wurden, nicht torpediert werden, sondern sicher pfleglich behandelt werden. Dann wurde noch die Talgutgarderobe angesprochen, auch von Markus Steiner. Auch das ein Geschäft, das noch in der Mache ist, bei dem uns sehr bewusst ist, dass wir etwas machen müssen. Ganz generell müssen die Garderoben mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen. Da kommen wir aber dann auch wieder in den Rat mit dieser ganzen Geschichte. Und von daher freue ich mich sehr über die sehr breite Unterstützung und bin jetzt gespannt, wie die Abstimmung läuft.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Kredit von 1'983'200 Fr. für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Talgut im Sportpark Deutweg zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handhaben.

Gibt es Gegenstimmen?

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben Sie diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. Besten Dank.

## 10. Traktandum

### GGR-Nr. 2019.37: Zentralschulpflege Winterthur; Legislaturziele 2018 - 2022

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 10: Zentralschulpflege Winterthur, Legislaturziele 2018 – 2022. Die Legislaturziele werden von Markus Steiner für die BSKK vorgestellt.

**M. Steiner (BSKK):** Aktuell werden unsere Kinder in über 550 Klassen in Winterthur geschult, Tendenz klar steigend. Die Schulpflege nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Sie sorgt dafür, dass die Schulbildung dem Interesse der demokratischen Öffentlichkeit dient, und steht als Vermittlerin zwischen Schule und Bevölkerung.

Bei der Behandlung des aktuellen Legislaturprogrammes in der Kommission hat die ZSP mehrfach betont, dass es ihr oder ihnen wichtig ist, dass die Kinder oder Jugendlichen ins Zentrum gestellt werden, auch – oder gerade – bei der Ausarbeitung dieser Legislaturziele. Man wollte diese Bemühungen aufnehmen und dem einen Rahmen geben.

Bei der Ausarbeitung der Ziele hat man möglichst viele Anspruchsgruppen in den Prozess miteinbezogen, seien das Kreisschulpflegen, die Schulleitungen, Lehrpersonen und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements Schule und Sport.

Das vorliegende Programm ist gegliedert in 4 übergeordnete Handlungsfelder. Diese thematischen Schwerpunkte bilden die Herausforderungen ab, die das Schulumfeld bereits länger beschäftigen. Man kann es vorwegnehmen: Es gibt da keine Überraschungen. Im Gegensatz zum letzten Programm allerdings verzichtet die Zentralschulpflege bei der Ausformulierung der Ziele auf konkrete Massnahmen. Massnahmen sollen nicht mehr Bestandteil des Legislaturprogrammes sein, sondern intern als Arbeitsinstrument dienen.

Mit dem 1. Legislaturziel zum Handlungsfeld WEGA ist da ein weiterer Anlauf, um die Sonderschulkosten zu senken oder zumindest zu stabilisieren. Nach dem «gescheiterten» Projekt SIRMA, mit dem die Sonderschulquote innerhalb von 4 Jahren von 4,5 auf 5,5% angestiegen ist, hat sich die ZSP mit dem Projekt WEGA das Ziel gesetzt, diese Quote zu senken. Der Stadtrat übrigens hat in seinem zuletzt vorgestellten Legislaturprogramm nur von der Stabilisierung der Quote gesprochen, währenddessen die Zentralschulpflege von der Senkung spricht. Die Schulpflege setzt sich da offensichtlich höhere oder auch mutigere Ziele als vorgegeben. Im Mittelpunkt von WEGA steht, dass Kinder trotz besonderem Bildungsbedarf nach Möglichkeit in der Regelklasse unterrichtet und gefördert werden sollen. Daraus resultiert, dass die Schulleitungen mehr Verantwortung erhalten sollen. Sie stehen an der Schnitt-

stelle und müssen dafür sorgen, dass die Integration gelingt. Der Wandel an der Schule passiert nur über die Schulleitungen. Dafür sollen sie aber in Zukunft auch über die entsprechenden Mittel und Kompetenzen verfügen.

Beim Legislaturziel zum Handlungsfeld Winterthur Tagesschulmodell nimmt die ZSP auch ein Anliegen aus dem Gemeinderat auf, in dem die Postulanten den Stadtrat beauftragt haben, in jedem Schulkreis mindestens eine ungebundene Tagesschule einzurichten. Die Zentralschulpflege möchte mit dem Tagesschulmodell 20XX (da konnte man noch keine genauen Jahreszahlen einfüllen) einen Arbeitsauftrag starten. Der Fokus mit der Entwicklung von schulergänzenden Betreuungsangeboten liegt als Weiterentwicklung neu bei den pädagogischen Fragen. Die wiederum stellen den Nutzen für die einzelnen Schülerinnen und Schüler ins Zentrum. Die Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung sind ein zentraler Punkt in einer so komplexen Struktur wie der Schule. Sie nehmen die verschiedenen Anspruchsgruppen innerhalb der Schule als Organisation auf. Die ZSP stellt da konsequent das Lernen und das Lernumfeld der Schülerinnen und Schüler ins Zentrum. Angemessene Rahmenbedingungen sind natürlich immer auch eine Frage von Ressourcen, Infrastruktur, Organisation und Zusammenarbeit.

Das letzte Handlungsfeld, Schulbehördenreorganisation, steht ein bisschen weiter weg von der Lebenswelt der Schüler. Und es nimmt ebenfalls, wie die Tagesschule, ein Anliegen aus diesem Rat auf. Diese Reorganisation wird Ressourcen der Behördenmitglieder binden, damit die Schule neu und mit neuen Strukturen 2022 starten kann.

Dass in der Zwischenzeit noch nicht ganz alle Anspruchsgruppen in den Ausarbeitungsprozess einbezogen werden konnten, zeigen die abschliessenden Statements, wie Kinder im Schulalltag die Schulpflege wahrnehmen. Da müsste sich die ZSP vielleicht noch überlegen für die nächsten Legislaturprogramme, wie sie diese Expertise auch noch einbinden kann. Die BSKK nimmt das Programm wohlwollend und ohne ablehnende Stimmen zur Kenntnis und bedankt sich bei der Zentralschulpflege und allen involvierten Stellen für die Erarbeitung.

**G. Gisler (SVP):** Vorab möchte ich festhalten, dass die SVP-Fraktion allen Personen dankt, die zu einem gelungenen Schulbetrieb beitragen. In der heutigen Zeit ist Schule nicht mehr nur reine Wissensvermittlung, sondern es müssen auch viele gesellschaftspolitische, insbesondere erzieherisch-pädagogische Aufgaben erbracht werden. Das anerkennen wir.

Dennoch: Die SVP-Fraktion nimmt die ZSP-Ziele sehr kritisch zur Kenntnis.

Zum einen verstehen wir nicht, dass so krampfhaft und uferlos an einer integrierten Sonderschule festgehalten wird. Unseres Erachtens sind auch einer integrierten Sonderbeschulung Grenzen gesetzt. Da wird auch das Projekt WEGA nichts ändern. Vielmehr ist unseres Erachtens der Status der Sonderschule dahingehend zu verändern, dass Kinder, welche nachweislich medizinisch eine solche Indikation haben und den Fortgang und der Entwicklung einer Klasse behindern, wieder vermehrt separativ, unter Umständen in kleineren Gruppen gefördert werden können. Es fühlen sich damit diese betroffenen Kinder wohler, da sie unter seinesgleichen Erfolgserlebnisse verbuchen können. Deren Lernziele sind angepasst. In einer integrativen Schule, wo sie zwar unter Umständen lernzielbefreit sind, wird trotzdem der Schulstoff durchgepaukt. Wo sind da die Erfolgserlebnisse für diese Kinder?

Dass Lehrpersonen mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen überdurchschnittlich gefordert sind und durch diese absorbiert werden, liegt auf der Hand. Wohl haben Kinder mit besonderen Bedürfnissen unter Umständen Anrecht auf eine Heilpädagogin, was letztlich einer ein-zu-eins-Betreuung gleichkommt. Gerade habe ich von einer jungen Lehrerin erfahren, die ihren Beruf verlassen will. Sie könne nicht umsetzen, was sie im Seminar gelernt habe. Ihre Zeit werde beansprucht von Administration, Organisation und Absprachen mit anderen Lehrpersonen, Eltern usw. Dies entspreche nicht ihrer Vorstellung von „Schule-Geben“. Ich kenne diese junge Frau als sehr engagiert. Das kann es ja wohl nicht sein, dass dem Schulbetrieb solch beflissene und beliebte Lehrpersonen verloren gehen.

Im Weiteren ist bekannt, dass unterforderte Kinder gleiche oder ähnliche verhaltensauffällige Symptome entwickeln können, wie sie überforderte Kinder zeigen. Den hochbegabten Kindern wird unseres Erachtens zu wenig Rechnung getragen. Das Projekt Exploratio (Begabtenförderung der Stadt Winterthur) wirkt hier unseres Erachtens viel zu wenig.

Zum andern bemängeln wir, dass die Ziele der ZSP sehr allgemein gehalten sind. Es sind wohl Handlungsfelder definiert, aber die konkreten formalen Ziele fehlen. Einzig bei der Tagesschule: Da will man 2022 in jedem Schulkreis eine Tagesschule als Pilotprojekt anbieten können. Bezüglich Rechtsgleichheit haben wir da aber doch noch einige Fragezeichen.

**K. Gander (Grüne/AL):** Danke vielmals, Markus, für das Vorstellen.

Ich kann es kurz machen, vieles wurde bereits gesagt. Uns gefällt die Haltung der ZSP, dass der Fokus klar auf die Zielgruppe, nämlich auf die Kinder und Jugendlichen, bezieht. Vor allem ihnen sollen die angestrebten Verbesserungen primär zugute kommen.

Wir haben es bereits gehört: Die Legislaturziele sind die Wegweiser, vereinfachen eine abgestimmte Planung und Koordination. Wichtig dünkt uns, dass möglichst alle betroffenen Stakeholder (jetzt mit Ausnahme der Kinder...) in den Gestaltungsprozess miteinbezogen werden. Und das ist ja vielleicht gut, wenn man das künftig auch noch versuchen würde aufzunehmen.

Die Ziele bringen, wenn man sich mit der Schule beschäftigt, keine grossen Überraschungen mit sich. Sie nehmen die vier zentralen Arbeitsfelder auf (WEGA, Schulbehördenreorganisation, Tagesschule und Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung), mit denen sich die Schule bereits in den letzten Jahren stark beschäftigt hat und jetzt auch noch künftig weiterbeschäftigen wird.

Die Flughöhe ist meines Erachtens zu Recht hoch. Die genauen Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen, sind auf einer anderen Ebene angesiedelt, was durchaus zielführend ist. Die Fraktion Grüne/AL ist gespannt, wie die Schule die an sie gestellten hohen Herausforderungen in Angriff nehmen wird, freut sich über eine lernende Organisation und nimmt die vorgelegten Ziele wohlwollend zur Kenntnis.

**Th. Leemann (FDP):** Markus, ich danke Dir für das Vorstellen von diesen Zielen der Zentralschulpflege. Die Legislaturziele der Zentralschulpflege sind in einem kurzen Bericht verfasst, der eigentlich nicht viel aussagt. Vertieft wäre eigentlich besser gewesen.

Zu den einzelnen Sachen (WEGA, Tagesschulen, Schulbehördenorganisationen und Rahmenbedingungen) hätte man mehr schreiben können. Der Bericht ist sehr oberflächlich geschrieben und die Legislaturziele der ZSP kann man so nicht vertieft nachvollziehen.

Das Fazit der FDP-Fraktion: Wir nehmen die wenig aussagenden Legislaturziele der Zentralschulpflege zur Kenntnis, und auch ohne weiter darüber zu reden.

**S. Kocher (GLP):** Danke, Markus, für die Präsentation. Die Legislaturziele der Zentralschulpflege begrüssen wir grundsätzlich. Die einzelnen Programme - von WEGA bis Schulbehördereorganisation - zielen im Grossen und Ganzen, auch in Anbetracht der hohen Flughöhe, in die richtige Richtung. Auf die detaillierten Umsetzungsvorschläge sind wir natürlich sehr gespannt. Das Ganze tönt aber auch nach viel Projektarbeit und schlussendlich nach viel administrativem Aufwand - und Kosten. Gerade da sollte man aber den Hebel ansetzen.

Generell: Die Mittel sollten grundsätzlich für den Schulbetrieb, bei der Arbeit mit den Kindern und für die Kinder, genutzt werden können – und nicht Überwachung und Administration aufblasen. Daher ist es uns ein Anliegen, dass die Zentralschulpflege bei der Erarbeitung, Planung und Umsetzung der einzelnen Programme sehr eng mit den Kreisschulbehörden, als eines der Organe, die für die Umsetzung mitverantwortlich ist, zusammenarbeitet und entsprechend auch die notwendigen Kompetenzen delegiert. Des Weiteren wäre eine enge Abstimmung dieser Legislaturziele der Zentralschulpflege mit den Legislaturzielen des Stadtrates wünschenswert.

Wir nehmen diese Legislaturziele der Zentralschulpflege zur Kenntnis.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Markus, danke vielmal für die Präsentation. Ja, die Zentralschulpflege betont eigentlich gleich ganz am Anfang der Präsentation, dass im Zentrum immer die Kinder und die Jugendlichen und ihr Anrecht auf möglichst optimale Lern- und Entwicklungs-

bedingungen stehen müssen. Aber in der 7seitigen Präsentation kommt das wirklich ein bisschen zu wenig zur Geltung. Es fehlen die konkreten Massnahmen, wie die Lern- und die Entwicklungsbedingungen für sie erfolgreich gestaltet werden sollten.

Wir begrüssen allerdings die Reduzierung der Sonderschulquote als Ziel. Aber wie dieses Ziel erreicht werden soll, wird nicht erwähnt.

Was überraschend ist, ist dass weder die Einführung des neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen noch die Einführung des Lehrplan 21 Erwähnung finden, weil das beides ziemlich grosse Umstellungen sind für die Volksschule in der laufenden Legislatur.

Aber im Grundsatz nehmen wir diese Ziele zur Kenntnis, auch wenn inhaltlicher Natur ein bisschen mehr erwartet worden ist.

**M. Steiner (SP):** Ein progressives Bildungswesen muss allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung bieten. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe und damit diese Ziele erreicht werden können, braucht es mehrere Partnerinnen und Partner. Überall in Winterthur arbeiten Lehrpersonen, Schulleiter und Schulleiterinnen, Schulbehördenmitglieder, Eltern, Fachleute und Mitarbeitende DSS zusammen, damit man diese gemeinsamen Bildungsziele erreichen kann. Die Legislaturziele bewegen sich, wie von anderen auch schon gesagt, auf relativ grosser Flughöhe, und zeigen damit die Leitlinie, wo die Zentralschulpflege mit ihrer Reise hinmöchte. Sie schliessen am letzten Legislaturprogramm konsequent an, nehmen die aktuellen Herausforderungen im Schulalltag auf und bilden Inputs und Vorgaben - egal ob aus dem Volksschulamt oder auch aus dem Gemeinderat – transparent ab. Dass die ZSP in diesem Programm auf das Aufführen von einzelnen, konkreten Massnahmen verzichtet, wird die Schulpflege nicht davon entbinden, sich im Anschluss an ihren eigenen Zielen messen zu lassen. Insbesondere das Projekt WEGA wird sicher auch gegen aussen unter genauer Beobachtung stehen.

Die SP-Fraktion stellt deshalb auch ein besonderes Augenmerk auf das 3. Handlungsfeld, die Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung. Schulentwicklung zielt auf den Wandel, Veränderungen von Organisationen. Das Ende der Veränderungen ist im Korrektiv nicht vorgesehen, man könnte fast sagen, die Organisation wird permanent auf ihre Zukunft hin verlagert. Dann aber braucht es ein Korrektiv, in dem die Gegenwart und auch die Vergangenheit der Organisation berücksichtigt werden. Das ist dann dieses Projekt. Die Schule, die sich dieser Schulentwicklung unterstellt, wird so selber zum permanenten Projekt. Das wird und soll aber auch für die einzelne Schule ein Gewinn sein. Aber ein wichtiger Punkt dabei ist: Ein solches Projekt ist auch immer ressourcenintensiv. Das anerkennt die ZSP, indem sie die Schule als permanentes Projekt sieht, um ihren eigenen Entwicklungsansprüchen gerecht zu werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass das Programm solide, pragmatisch und realistisch ausgearbeitet wurde. Es bildet die relevanten Themen ab. Die SP-Fraktion nimmt dieses Programm zustimmend zur Kenntnis.

**L. Banholzer (EVP):** Auch die EVP nimmt die Legislaturziele der Zentralschulpflege zur Kenntnis. Für uns bringen diese Legislaturziele kaum Überraschungen, denn schliesslich ist sowohl die Schulbehördenreorganisation als auch das Tagesschulprojekt von uns als Parlament gefordert worden, und sie werden die Akteure über die nächsten Jahre gut beschäftigen.

Das Projekt WEGA ist sehr komplex und auch da braucht es für alle Neuerungen ausreichend Zeit, damit die Erwartungen an die positiven Auswirkungen auf die Schule, aber auch an die Finanzen erfüllt werden können.

Am wenigsten konkret ist eigentlich das Ziel Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung. Und für uns ist das auch nicht nur eines, das nur in der kommenden Legislatur, sondern eigentlich immer gelten muss. Die Schule braucht genügend personelle und finanzielle Ressourcen, wenn sie auch in Zukunft alle von ihr geforderten Aufgaben erfüllen soll.

Wir finden diese Ziele so gut und sie müssen auch nicht konkreter sein, sondern für uns ist klar, dass Legislaturziele nicht in die Tiefe gehen.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Vielen Dank für Dein Votum, Gaby, Du hast vieles schon gesagt. Ich möchte aber da trotzdem noch ein bisschen nachdoppeln und eine kleine Korrektur habe ich noch: Laut Fraktionsprotokoll nehmen wir es nicht kritisch, sondern ablehnend zur Kenntnis. Denn es sind keine Legislaturziele, es sind ja gar keine Ziele, keine messbaren Ziele, definiert. Und ohne klar definiertes Ziel ist jeder Schuss ein Treffer.

Auch inhaltlich ist das Vorgehen falsch. Besonders die integrative Förderung ist Unsinn und schiesst weit über das Ziel hinaus. Es leiden alle Kinder einer Klasse wegen einzelnen, die integriert werden sollen – und das darf nicht sein. Wir brauchen wieder mehr Sonderschulen und weniger Integration. Kinder, die dem Unterrichtsstoff nicht folgen können, gehören nicht in die Regelschule. Integration ist ganz besonders dann sinnlos, wenn die Kinder vom Lernziel befreit sind. Es gab schon vor einigen Jahren Fälle, wo zwei Sonderschüler in einer Regelklasse von zwei Zusatzpersonen betreut wurden - und trotzdem litt die ganze Klasse darunter, weil beide dem normalen Schulstoff bei weitem nicht gewachsen waren. Und das ist wirklich eine dumme Geldverschwendung, es zerstört auch die Bildungschancen der normalen Kinder.

Dafür braucht es umgekehrt viel mehr Begabtenförderung, das hat Gaby auch schon gesagt, denn da ist praktisch nichts vorhanden. Exploratio ist wirklich nur Pflasterli-Politik und keine Lösung. Es braucht nicht einen Nachmittag pro Woche über eine kurze Zeit, und auch eine Klasse überspringen ist meist keine Lösung, sondern es braucht eine langfristige und dauernde Förderung von begabten Schülern. Am besten in einer Sonderschule für Begabte. Und statt jedem Kind eine optimale Bildung zu bieten, erhalten unter dem Strich bei uns alle weniger – dafür aber steigen die Kosten. Wir sind auf dem falschen Weg.

**F. Helg (FDP):** Zwei Bemerkungen, eine als AK-Präsident und noch eine persönliche.

Ich möchte einfach noch zu Protokoll geben, dass die AK den Bericht auch kurz angeschaut hat, dann aber darauf verzichtet hat, einen Mitbericht abzugeben.

Persönlich habe ich auch ein bisschen Mühe mit diesem Bericht. Er ist tatsächlich ziemlich kurz. Ich habe gerade nochmals gezählt: Es sind zwei A4-Seiten quer und 12 Sätze inhaltlich zu den Legislaturzielen. Was mich aber störte, war auch das Formelle. Das wurde einfach ins Internet gestellt. Es hat keinen Antrag – müssen wir den jetzt genehmigen, müssen wir ihn zur Kenntnis nehmen, müssen wir ihn positiv zu Kenntnis nehmen? Es kam ja der Antrag von Marc Wäckerlin, das negativ zur Kenntnis zu nehmen. Es hat auch kein Datum des Beschlusses, man weiss nicht, wie dieser zustande kam. Es hat keine Bemerkung, ob der Stadtrat zu diesem Bericht Stellung genommen hat... Es macht so ein bisschen den Eindruck, als – wenn ich das richtig in Erinnerung habe – ob nachdem Urs Glättli das in der Fragestunde thematisiert hat (oder sonst ein Mitglied des Rates), ob man uns einen solchen Bericht vorlegen müsste, diesen einfach ins Internet stellt – und dann müssen wir schauen, was wir damit machen wollen. Da müsste man vielleicht das von der Vorgehensweise auch vom Formellen her ein bisschen besser aufgleisen, und vielleicht inhaltlich wie früher mit ein bisschen mehr Tiefgang engehen.

**M. Steiner (SP):** Nur ganz eine kurze Replik auf Marc Wäckerlin: Die integrative Förderung ist natürlich niedergeschrieben. Das ist nicht «nice to have», das ist ein Auftrag, den wir haben, vom VSA, vom Kanton.

**Stadtrat J. Altwegg:** Als erstes mein herzlicher Dank an den Referent Markus Steiner. Es wurde ja festgestellt, dass die ZSP-Legislaturziele auf sehr hoher Flughöhe sind. Vielleicht kurz Internas, wie das ist mit den konkreten Zielen, die sich selbstverständlich die Zentralschulpflege erarbeitet. Aber das ist ein rollender Prozess und da gibt es Arbeitsgruppen, die sich nicht nur aus Mitgliedern der Zentralschulpflege zusammensetzen, sondern es hat auch Fachleute vom DSS dabei, die schauen, wie das mit der Zielerreichung dann ist.

Was ich gerne weiter weitertragen werde, ist der Dank aus dem Parlament an die Mitglieder der Zentralschulpflege, der Kreisschulpflege und der Schulleitungen.

Wir haben schon kurz gehört von Markus Steiner: Die integrative Beschulung von Sonderschülerinnen und Sonderschülern ist nicht etwas, das sich Winterthur einfach auf die Fahne

geschrieben hätte, sondern es ist ein Bundesgesetz. In der ganzen Schweiz müssen wir das machen, und separate Settings sind nur in Ausnahmefällen möglich. Wir schrammen dort schon ein bisschen an diesem Bundesgesetz. Wir haben drei Sonderschulen da in Winterthur (CPS, HPS und KGS), und das sind eigentlich bereits Sonderschulen, die so dem Bundesgesetz nicht direkt entsprechen. Wir versuchen das aber irgendwie zu rechtfertigen, weil es einfach tatsächlich allen etwas bringt.

Dann dürfen wir auch feststellen, dass die integrativen Förderungen an unseren Schulen gut verankert ist. Wir haben den Erläuterungsbericht, der analysiert hat, wie das SIRMA-Konzept funktioniert. Es hatte viel Kritik, aber was klar herausgekommen ist bei dieser Untersuchung der ZHAW und HFH: Unsere Schulleitungen und Lehrpersonen stehen grundsätzlich hinter der integrativen Beschulung.

Zu den Hochbegabten: Wir haben es gehört, da gibt es das Exploratio, das natürlich ein kleiner Teil ist, ein Mittwochnachmittag, an dem diese Schülerinnen und Schüler an Projekten arbeiten dürfen. Es ist wirklich eine spannende Geschichte. Und natürlich wünschte ich mir auch, mehr Exploratio anbieten zu können. Das kostet aber auch wieder – und es ist dann wirklich die Frage, wie das genau aussieht. Es gibt für die Unterstufe tatsächlich den Punkt mit der Frage, ob man eine Klasse überspringen kann. Ab der Oberstufe geht es darum, ob man ins Gymi kommt, das ist eine Möglichkeit, oder mit dem Talentcampus haben wir ja jetzt seit neustem die Möglichkeit, wenigstens musisch, künstlerisch oder sportlich begabte Jugendliche entsprechend passend zu beschulen.

Zur Erarbeitung dieser Legislaturziele, durchaus mit ein bisschen mehr Inhalt als diese Dokumentation suggeriert: Das ist im Austausch mit den Kreisschulpflegern, mit den Schulleitungen passiert, wo die verschiedenen Anspruchsgruppen (oder neuerdings Stakeholder) befragt wurden, was ihnen wichtig ist, wo sie Schwerpunkte setzen wollen. Und dann konkretisiert man das im Verlauf der Legislatur natürlich. Als Beispiel das Projekt WEGA, das da nur rudimentär erwähnt wird - das wären zig 10 Seiten, nur um das zu beschreiben. Zumal es noch nicht ganz fertig definiert ist, da sind wir immer noch am Arbeiten daran. Es ist nicht so, dass beim Projekt WEGA schon klar wäre bis in jedes Detail, wie das läuft. Und deshalb muss ich auch um Geduld werben, bis das dann wirklich so weit ist. Auch da ist die Frage: Wie viel will man schon beschreiben und wo behält man diese Flughöhe mit diesen vier grossen Legislaturzielen, die rudimentär so dargestellt sind – und inhaltlich noch entsprechend bearbeitet werden.

Wir haben es gehört von Samuel Kocher: Das ist viel Projektarbeit. Jawohl, das ist es. Es kostet auch nicht wenig.

Und was ich wirklich auch betonen möchte: Die Zentralschulpflege und die vier Kreisschulpflegern haben einen wichtigen Fokus, und das sind die Kinder. Die Kinder und Jugendlichen in unserer Schule, das ist das, um was es immer geht. Und klar kann man das Gefühl haben, von der Flughöhe her ist das etwas höher, aber es geht sicher nie um eine Überwachung und auch nicht darum, den Verwaltungsapparat aufblasen zu wollen, sondern es geht wirklich darum, unseren Kindern eine optimale Umgebung zu schaffen. Es kann aber sein, dass wir dafür mehr Geld aufwerfen müssen.

Eine Frage war, weshalb der Lehrplan 21 nicht auf den Legislaturzielen ist. Einerseits ist der eigentlich auf der Unterstufe bereits umgesetzt, die Lehrpersonen müssen heute nach dem Lehrplan 21 unterrichten. In der Oberstufe sind wir ein bisschen hintennach, weil das eben erst jetzt kommt, aber das ist auch in den nächsten 1-2 Jahren umgesetzt. Und deshalb ist das kein Ziel mehr, sondern da können wir schon fast ein Häkchen hintendran setzen und sagen: Lehrplan 21 wird unterrichtet bei uns an der Schule, die Ideen hinter dem Lehrplan 21 werden umgesetzt.

Zum formellen Vorgehen: Bis anhin (und das war schon seit deutlich vor meiner Zeit) hat die Zentralschulpflege ihre Legislaturziele einfach veröffentlicht im Internet. Und im Gemeinderat sind jetzt das allererste Mal die Legislaturziele zur Kenntnis genommen worden. Und natürlich kann das jetzt ein Prozess sein, dass man das vielleicht ein bisschen ausführlicher möchte (ich habe das wahrgenommen), und in 4 Jahren, wenn die nächsten Legislaturziele anstehen, werde ich das einbringen, dass das Parlament gewünscht hat, dass das ausführlicher passiert.

Wie läuft es auch sonst weiter? Auch der Stadtrat nimmt das zur Kenntnis. Die Zentralschulpflege ist eine Behörde, parallel zum Stadtrat, auf der gleichen Höhe. Auch der Stadtrat kann die Ziele der Zentralschulpflege einfach zur Kenntnis nehmen, wie Ihr das auch macht.

Aber wie gesagt, ich habe es gehört, dass Ihr das gerne ausführlicher haben würdet. Ich werde das entsprechend bei der Zentralschulpflege auch beliebt machen, das bei der nächsten Formulierung dieser Ziele ein bisschen ausführlicher zu machen, damit Ihr mehr Fleisch am Knochen habt. Ich hoffe, das ist in Eurem Sinn.

Besten Dank für die Kenntnisnahme – teilweise zustimmend, teilweise ablehnend oder kritisch. Ich hoffe, das Protokoll wird der Zentralschulpflege eine Hilfe sein bei den nächsten.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich möchte zum formellen Ablauf dieser Legislaturziele noch ergänzen: Es ist eigentlich gleich gehandhabt wie die Jahresberichte von direkt vom Gemeinderat gewählten Funktionen wie Leitung FiKo, Ombudsstelle und Datenschutzbeauftragter. Diese geben ihre Berichte in die Kommission und die Kommission gibt das dann direkt in den Gemeinderat zur Kenntnisnahme. Und das ist da gleich gehandhabt. Die Kommission hat beschlossen, dass die Legislaturziele hier im Gemeinderat gewürdigt werden sollen. Es ist nicht so, dass der Antrag vom Stadtrat kommt auf eine Kenntnisnahme. Es ist eine Kenntnisnahme im Sinne einer Würdigung. Es gibt keine Abstimmung zu den Legislaturzielen der Zentralschulpflege. In dem Sinn habt Ihr mit diesen Voten die Legislaturziele gewürdigt und zur Kenntnis genommen und das Traktandum 10 ist abgeschlossen. Aufgrund der Zeit unterbrechen wir hier für die Essenspause. Ich wünsche Euch «Guten Appetit» und wir sehen uns wieder um 20 Uhr zur zweiten Sitzung.

## 11. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.42: Begründung der Parlamentarischen Initiative B. Huizinga-Kauer (EVP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Sammelantrag Interpellationen**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Ich möchte Euch ganz herzlich zur 3. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020 begrüßen. Wir sind alle verpflegt und können so gut nochmals zwei Stunden durchhalten (hoffe ich doch).

Ich möchte hinten links eine Klasse der Berufsbildungsschule Winterthur begrüßen. Ich freue mich, dass Ihr da seid und hoffe, Ihr bekommt einen guten Einblick in den Ratsbetrieb, in unsere Demokratie in Winterthur, wie das abläuft.

Dann wurde ich vom Ratssekretär gebeten, darauf hinzuweisen, dass wenn die Vorstösse, die herumgehen, Vorstösse sind für die Klimasitzung, dass man auch darauf deklariert (das kann auch handschriftlich sein), damit wir dann auch wissen, wann wir das Traktandieren müssen.

Und wie immer an dieser Stelle auch die Bitte, dass die Vorstösse zackig durchgehen - ich weiss nicht genau, wo sie sind, sie sind noch irgendwo am Zirkulieren – damit wir dann nicht um 22 Uhr verlängern müssen, nur weil noch Vorstösse unterwegs sind.

Dann kommen wir zum Traktandum 11, das ist die Parlamentarische Initiative «Sammelantrag Interpellationen». Ich gebe das Wort Barbara Huizinga für die Begründung.

**B. Huizinga (EVP):** Vor einigen Wochen ist in den Medien über die Gründe spekuliert worden, warum es im Parlament so viele Rochaden gibt. Aus meiner Sicht haben wir mit dem Inhalt dieser Initiative genau einen dieser Gründe vorliegend. Das Stichwort heisst plakativ gesagt: Nicht zufriedenstellende Ratseffizienz.

Die politischen Mühlen mahlen langsam. Das sollen und dürfen sie auch. Dann nämlich, wenn es darum geht, Themen zu behandeln, die aktuell auf der Stadtagenda stehen und politisch noch relevant sind.

Bei Interpellationen, wenn man das Wort übersetzt, um «Zwischenrufe». Es sind Anregungen, Ideen, Fruste von uns oder zum Teil von einzelnen Parlamentariern. Und es ist ein wichtiges Instrument. Aber: Sie haben auch ein Haltbarkeitsdatum.

Mit der vorliegenden Initiative geht es darum, diese Interpellationen, die seit mindestens einem Jahr beantwortet wurden, zu einem Sammeltraktandum zusammenzunehmen und abzuschreiben, so dass sie nicht mehr zur Diskussion in den Rat kommen, wenn sie aus Sicht der Ratsleitung zeitlich und inhaltlich obsolet geworden sind, also nicht mehr aktuell sind. So dass wir nicht mehr hier drinnen über etwas diskutieren müssen, das gar keinen Sinn mehr macht.

Die geltende Geschäftsordnung des Gemeinderates sieht vor, dass nach wie vor alle Interpellationen traktandiert und vom Rat diskutiert werden. Dabei fällt auch – und das wurde auch von vielen rückgemeldet – dass ein bestimmtes Quorum der Vorstösse jeweils inhaltlich und zeitlich nicht mehr aktuell oder vielleicht auch schon obsolet worden sind. Um in diesem Bereich die Ratseffizienz zu steigern und Leerläufe zu vermeiden, wird mit meinem Antrag eine Ergänzung zur Geschäftsordnung gestellt.

Es wurde mir gesagt, dass es nicht unterstützt wird von Einzelnen, weil man Angst hat, dass darunter auch Interpellationen fallen, bei denen es interessant wäre, darüber zu diskutieren. Diese Befürchtung hatte ich auch und deshalb ist der Absatz 3 drin, dass jedes Ratsmitglied mit einer kurzen Begründung beantragen kann, eine oder mehrere seit mindestens einem Jahr beantwortete Interpellationen aus diesem Sammeltraktandum herauszunehmen oder auch wieder hinzuzufügen. Es würde also an uns liegen, wenn die Ratsleitung ein solches Sammeltraktandum 1 x pro Jahr traktandieren würde, ein Sammelsurium an zeitlich oder inhaltlich nicht mehr relevanten Interpellationen, dass wir uns informieren würden, zu welchen wir noch diskutieren wollen. Und die anderen könnte man ohne Diskussion einfach durchgehen lassen. Ich denke, es würde schon prophylaktisch einigem Frust zu später Stunde vorbeugen, wenn wir da einfach sagen könnten, es ist erledigt, wir befassen uns da im Winterthurer Parlament mit Sachen, die wirklich aktuell sind und die wir auch beeinflussen können.

Ein anderer Punkt wurde gesagt: Es würde eine zusätzliche Sitzung präferiert. Eine zusätzliche Sitzung zu einem Thema, das aktuell ist wie die Klimasitzung – da bin ich sofort dabei. Aber wenn es darum geht, den liegengelassenen Mist, der nichts mehr bringt.... Nein, da möchte ich nicht nochmals zu einer zusätzlichen Sitzung kommen.

Ich hoffe auf ein bisschen mehr Unterstützung als beim 1. Durchlauf.

**Ratspräsident A. Geering:** Es gibt einen Ablehnungsantrag, Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Die SP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag, und zwar v.a. weil wir der Meinung sind, dass der Vorschlag gut gemeint und durchaus auch in unserem Sinn ist, aber dass das Pferd hinten am Schwanz aufgezümt wird und kontraproduktiv ist im Vergleich zu der Absicht, die Barbara Huizinga mit dem verfolgt.

**K. Cometta (GLP):** Wir Grünliberalen unterstützen diese Parlamentarische Initiative. Das Ziel dieser PI ist, Barbara hat das sehr gut ausgeführt, dass wir im Gemeinderat nicht über obsoletere Themen diskutieren, sondern dass wir uns um strategisch relevante Geschäfte kümmern können. In meinen 9 Jahren im Gemeinderat habe ich es zig Mal erlebt, dass 7 Fraktionen nacheinander ihr Votum begonnen haben mit «Die Antwort des Stadtrates ist zwar überholt, aber ich möchte gerne sagen, dass...». So passiert es wahrscheinlich auch bei der Interpellation vom Januar 2017 zur Reorganisation der Alterszentren. Dort hat es z.B. eine Antwort des Stadtrates von 2017 - da kannst Du nichts dafür, Nicolas – in der es heisst, im 2018 wird man dann eine Mitarbeiterumfrage machen, bei der es um die Zufriedenheit geht. Und jetzt sollen wir heute Abend über diese Antwort sprechen, die ja wirklich nicht mehr wahnsinnig viel hergibt. Wir finden, wir könnten die Zeit besser einsetzen.

Und gleichzeitig ist diese PI so ausgestaltet, dass gewünschte Diskussionen immer noch stattfinden können, dass nicht Sachen unterbunden werden, bei denen jemand das Gefühl hat, dass er das gerne öffentlich diskutieren möchte.

Wir befürworten explizit, dass Vorstösse in diesem Sinn nicht automatisch abgeschrieben werden, und unterstützen diese Initiative.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion wird die Initiative nicht unterstützen.

Das Ansinnen des Vorstosses missachtet nämlich wesentliche parlamentarische Rechte. Eine Interpellation ist nicht bloss ein Zwischenruf, wie das Barbara Huizinga vorher gesagt hat, sondern es ist ein förmliches Recht, nämlich dass eine Minderheit von sechs Ratsmitgliedern im Parlament ein Thema vorbringen können und nachher politisch diskutieren können. Mit diesem Vorstoss, wie er jetzt eingereicht ist, soll eine Mehrheit dieses Recht aushebeln können, indem diese Mehrheit dann einfach die noch nicht diskutierten Interpellationen abschreibt. Man muss bedenken, dass es oft zufällig ist, welche Interpellationen innert Jahresfrist diskutiert werden. Und in letzter Zeit wurde sogar ab und zu einem Trick gegriffen, um sein Anliegen doch noch schnell behandeln zu können. Nach Erhalt der Interpellationsantwort des Stadtrates wird ein Postulat mit demselben Anliegen eingereicht. So kann mit der jeweils schnell traktandierten Diskussion zur Postulatsüberweisung das Thema zügig in den GGR gebracht werden (z.B. Garderoben in der Zielbau-Arena, Interpellation 2018.7, danach das Postulat 2018.122).

Wir haben aber durchaus einen Vorschlag, wie man das machen könnte. Für wirklich nicht mehr aktuelle Interpellationsthemen, die auch der (Erst-)Interpellant nicht mehr weiterverfolgen will, kann man die Sache einfacher gestalten, zum Beispiel wie folgt:

«Der Parlamentsdienst erstellt jährlich eine Liste der Interpellationen, die innert eines Jahres seit der Antwort des Stadtrates noch nicht im Grossen Gemeinderat behandelt wurden. Die Interpellationen werden abgeschrieben, wenn nicht eine/r der Erstinterpellanten/innen oder ein Mitglied der Fraktion(en) der Erstinterpellanten/innen die Behandlung im GGR wünscht.» Das wäre eine Möglichkeit, dass nicht eine Minderheit von der Mehrheit vergewaltigt wird.

**T. Brütsch (SVP):** Die SVP-Fraktion befürwortet das grundsätzliche Anliegen der Gewährleistung eines effizienten Ratsbetriebes. Allerdings halten wir, ähnlich wie die FDP, die Mittel, die die Initiantinnen gewählt haben, nicht für zweckmässig oder angemessen.

Erstens hält sich die Zahl der pendenten Interpellationen, die bereits wieder obsolet sind, in relativ überschaubarem Rahmen. Es entsteht der Eindruck, dass da ein Problem bewirtschaftet wird, das eigentlich gar keines ist. Zweitens halten wir es für problematisch, wenn wie vorgeschlagen eine Ratsmehrheit einer Ratsminderheit einen Maulkorb verpassen und diktieren kann, über welche Themen letztlich im Rat diskutiert wird. Welche Vorstösse obsolet oder nicht diskussionswürdig sind, liegt halt letztlich auch im Auge des Betrachters. Und drittens halten wir es auch diesbezüglich mit der Eigenverantwortung. Es liegt an jedem Parlamentarier und an jeder Fraktion, sich zu disziplinieren und nur kurz oder gar nicht zu sprechen, wenn es nichts zu reden gibt.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Es ist tatsächlich so, es gibt viele noch nicht behandelte Interpellationen und zum Teil sind diese noch pendenten Interpellationen auch wirklich sehr alt. Das Problem existiert meiner Ansicht nach – entgegen der Ansicht der SVP – wirklich.

Allerdings ist dieser gewählte Weg der falsche. Es ist problematisch, wenn die Ratsmehrheit beschliessen kann, über was debattiert wird und über was nicht debattiert wird. Es besteht wirklich die Gefahr, dass Interpellationen einer Ratsminderheit mittels dieser Abschiessliste einfach abgewürgt werden. Das ist demokratisch fragwürdig.

Ich glaube auch nicht, dass die gewählte Variante praxistauglich ist. Felix Helg hat es auch schon erwähnt: Es besteht einfach immer ein bisschen der Verdacht, dass man dann versucht, Umwege zu wählen und aus einer eigentlichen Interpellation ein Postulat bastelt.

Fazit: Das Problem existiert, aber der Lösungsansatz ist meiner Ansicht nach der falsche. Wir, die Fraktion Grüne/AL, könnten uns z.B. vorstellen, dass man eine Redezeitbeschränkung einführen würde – für Interpellationen oder allenfalls grundsätzlich. Wir könnten uns aber auch vorstellen, dass man 1 x im Jahr eine Sondersitzung macht, bei der man nur noch die pendenten Gemeinderatsgeschäfte abarbeitet (möglicherweise auch open end) – und wenn dann die Presse nicht mehr hier ist, dann ist es sicherlich so, dass die Interpellationen auch schneller abgehandelt werden als wenn die Presse noch da ist. Über den Vorschlag, wie in die FDP gezeigt hat, haben wir noch nicht diskutiert, aber da sehe ich grundsätzlich nicht so ein Problem und würde das eher vorziehen als das, was wir hier jetzt auf dem Tisch haben.

Zusammenfassend heisst das: Wir lehnen diese Parlamentarische Initiative auch ab.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Es stimmt, Interpellationen und Vorstösse brauchen manchmal lange, bis sie im Rat behandelt werden können. Manchmal fragen wir uns auch, ob es überhaupt noch angezeigt ist, so spät im Rat darüber zu diskutieren. Aber die vorgeschlagene Lösung und somit die Parlamentarische Initiative befürworten und unterstützen wir nicht. Sie ist aus unserer Sicht nicht die richtige Lösung, wir haben die Argumente dazu bereits gehört, im Sinne der Effizienz verzichte ich.

Wir schlagen halt trotzdem vor, dass man eine Aufräumsitzung machen könnte, für Interpellationen und andere Vorstösse. Und es hat vermutlich nicht nur Mist, sondern vermutlich hat es auch einmal eine Perle darunter.

**B. Zäch (SP):** Die Idee dieser Parlamentarischen Initiative ist ja sympathisch, nämlich den Ratsbetrieb effizienter zu machen. Aber der Weg, den der Vorstoss einschlägt, ist leider konttraproduktiv und kein Beitrag zu einem optimierten Ratsbetrieb.

Wenn Interpellationen so lange liegenbleiben, bis sie der Vermoderung anheimfallen, kann es eigentlich keine Lösung sein, sie einfach in den Papierkorb zu werfen. Sie müssten im Gegenteil durch die Ratsleitung zügiger behandelt werden, wenn nötig mit einer jährlichen Aufräumsitzung ohne definiertes Sitzungsende.

Klammerbemerkung: Das würde allenfalls auch zu einer Disziplinierung beitragen, dass Interpellationen nicht Sonntagabend-Übungen sind.

Die Initiative ist auch nicht fair gegenüber Interpellanten gerade aus kleineren Fraktionen, weil letztlich eine womöglich zufällige Mehrheit darüber entscheidet, was noch diskutierwürdig ist. Interpellationen haben ja bewusst ein sehr tiefes Quorum und es bleibt den Interpellantinnen und Interpellanten durchaus selber überlassen, zu entscheiden, ob Interpellationen mit weniger als zehn Unterschriften sinnvoll sind (das gilt übrigens auch für parlamentarische Initiativen mit weniger als zehn Unterschriften). Dass der Vorstoss gerade aus der EVP kommt und von der GLP unterstützt wird, erstaunt mich deshalb ein bisschen.

Die Initiatorin Barbara Huizinga argumentiert ja, der Minderheits- und Interpellantenschutz sei gewährleistet durch die Möglichkeit, Interpellationen wieder von der Streichliste zu nehmen (Absatz 3 des Initiativtexts). Das funktioniert meines Erachtens aber nicht so, wie die Initiatorin sich das vorstellt, denn so, wie der Text formuliert ist, wird nur über den Sammelbeschluss als Ganzes abgestimmt, nicht über die einzelnen Veränderungen der Liste. Damit kann man als Ratsmitglied eigentlich nur der ganzen Liste zustimmen oder sie ablehnen.

Der unklare Text erlaubt sogar ungeahnte Manöver: So kann man als einzelnes Ratsmitglied eine missliebige Interpellation per Antrag entsorgen. Das aber wäre das Gegenteil eines fairen Ratsbetriebs.

Den Vorschlag von Felix Helg sehen wir heute auch zum ersten Mal. Er ginge ein bisschen in die Richtung, die wahrscheinlich auch wir bevorzugen würden, im Rahmen einer Aufräumsitzung, dass man dort vielleicht ein effizientes Verfahren schaffen kann.

Aber nochmals: Es liegt wirklich auch am Rat selber, an den Interpellantinnen und Interpellanten selber, ob eine Idee gleich zu einer Interpellation gemacht wird. Um das ein bisschen zu steuern, wäre eine Aufräumsitzung eigentlich nicht die schlechteste Idee.

**K. Cometta (GLP):** Eine Aufräumsitzung für liegengebliebene Interpellationen würde mich jetzt nicht wahnsinnig motivieren, den Montagabend hier zu verbringen. Aber das nur als Klammerbemerkung.

Ich glaube, Ihr habt das nicht ganz verstanden, meine Herren und Damen von FDP und SVP. Die PI ist durchaus so gemeint wie dieser Vorschlag - den leider auch ich das 1. Mal sehe, lieber Felix, ein bisschen Vorlauf wäre noch nett - weil die Meinung dieser PI ist, dass jeder aus diesem Sammeltopf herausnehmen kann und über das, was in diesem Topf drinbleibt, über das beschliesst man und das schliesst man mit einer einfachen Mehrheit ab.

Für die, die herausgenommen werden, da braucht es keine Mehrheit. Das können die, die das eingereicht haben oder auch andere, die Interesse haben, beantragen, dass man darüber diskutiert. Es geht überhaupt nicht darum, dass irgendwelche demokratischen Rechte

untergraben werden, sondern es ist eine sinnvolle Art und Weise – weil leider, Tobias, das mit der Selbstdisziplin nicht so gut funktioniert.

Und ich kenne das selber, auch wenn schon viel gesagt wurde, hat man doch das Gefühl, man müsse noch etwas sagen, damit man hört, dass man es auch gelesen hat.

**Ratspräsident A. Geering:** Für die Ratsleitung spricht Daniel Oswald.

**D. Oswald (RL):** Zur Ausgangslage ist zu sagen, dass wir als Gemeinderat im Moment nicht einen wesentlich höheren Rückstand haben an Geschäften als das früher der Fall war. E ist nicht ganz so, dass wir da wesentlich mehr haben – wie das zum Teil jetzt angenommen wird.

Was man geändert hat, ist dass man in letzter Zeit alle Motionen und Postulate schneller bearbeitet als Interpellationen. Das ist ja von der Gewichtung der Vorstösse her so auch richtig. Die Interpellationen kommen somit spät dran. Wir haben das in der Ratsleitung diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass wir jetzt bei der Gemeindeordnung, bei der wir jetzt die Vernehmlassung haben, es im Nachgang dazu auch eine Änderung bei der Geschäftsordnung des Gemeinderates geben wird. Und dort könnte man durchaus gewisse Sachen hineinbringen. Wir kamen auch zum Schluss, dass man mit dieser Art, wie dieser Vorstoss formuliert ist, kleinere Fraktionen benachteiligt mit dem Recht, einen Vorstoss zu bringen und den zu diskutieren, wo man nicht nur hört, was der Stadtrat und die Verwaltung sagen, sondern auch was die anderen Fraktionen sagen. Und das ist genau der Sinn der Interpellation. Sonst kann ich eine schriftliche Anfrage machen und habe innert 3 Monaten die Antwort und die Sache ist erledigt und ich kann weiter etwas unternehmen oder auch nicht.

Ich glaube auch: Die Verwaltung hat da Zeit investiert und es ist auch von daher dann richtig, dass man das abhandelt und auch entsprechend fertig bearbeitet, und nicht auf einfache Art entsorgt. Und wir sind in der Ratsleitung auch zum Schluss gekommen, dass wir es vorziehen würden, dass wir solche Sachen wie Aufräumsitzungen machen. Ihr werdet nächstens den provisorischen Terminplan erhalten für mein Amtsjahr. Dort ist bereits eine solche Aufräumsitzung drin.

Wir könnten uns auch durchaus vorstellen (das wäre sicher im Rahmen der Geschäftsordnung), dass man Redezeitbeschränkungen machen würde. Sinnvollerweise nicht nur für einzelne Vorstossarten, sondern wenn man Redezeitbeschränkung macht, würde das sinnvollerweise für alle Vorstösse gelten, wie man das ja z.B. im Kantonsrat hat.

Und ich glaube, die Idee, dass man etwas nicht diskutiert, das überholt ist - das kann bei Interpellationen durchaus passieren, dass man im Moment denkt, das sei etwas wahnsinnig Wichtiges und ein Jahr später erweist es sich als überholt, das muss ja nicht immer schlecht sein – dann hat man als Einreichende oder Einreichender ja auch die Möglichkeit zu sagen, dass man das ohne Diskussion erledigen kann. Dann braucht es keine solche Liste.

Wir von der Ratsleitung lehnen die Überweisung dieser Parlamentarischen Initiative ab.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Da es sich bei diesem Thema um eine absolute Innerei des Parlamentsdienstes handelt, intervenieren wir als Stadtrat grundsätzlich nicht.

**Ratspräsident A. Geering:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die vorläufige Unterstützung dieser Parlamentarischen Initiative. Wenn es eine vorläufige Unterstützung gibt, dann würde sie danach der AK zur Bearbeitung zugewiesen. Für die vorläufige Unterstützung braucht es mindestens 20 Ratsmitglieder, die zustimmen.

Wer dieser Parlamentarischen Initiative zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Es sind 11 Ratsmitglieder, die dieser Parlamentarischen Initiative zustimmen. Das reicht nicht für eine Überweisung. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

## 12. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.40: Begründung des Postulats M. Steiner (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. aktiv über die Einbürgerung informieren**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 12, die Überweisung des Postulats aktiv über Einbürgerung informieren. Begründet wird das von Markus Steiner.

M. Steiner (SP): Ein Informationsschreiben ist ein kleines Zeichen an unsere Mit-Winterthurerinnen und Mit-Winterthurer, die wie die Mitglieder des Grossen Gemeinderates in dieser grossen Stadt leben und sie auch mitgestalten. Es ist ein Zeichen, dass sie unsere gemeinsame Stadt auch politisch mitgestalten sollen. Angesichts der hohen Gebühren in der Stadt Winterthur (mind. 2'200 Fr. pro Gesuch) wäre es nur ein kleines Zeichen.

Das Verständnis der SP-Fraktion von Demokratie beruht darauf, dass die Menschen, die von den politischen Entscheiden betroffen sind, die Möglichkeit haben sollen, auf diese einzuwirken.

In der Stadt Winterthur ist aber nahezu ein Viertel der Bevölkerung von dieser Möglichkeit ausgeschlossen. Anders gesagt: Die Stimmberechtigten entscheiden über den Kopf von einem Viertel der städtischen Bevölkerung hinweg. Und dabei sind die Kinder und Jugendlichen nicht einmal eingerechnet. Das ist ein demokratie-politisch höchst fragwürdiger Zustand. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass eine Einbürgerung gut für die Integration, gut für die politische und gut für die soziale Integration ist. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, dass sich möglichst viele Leute in dieser Stadt als ein Teil von ihr sehen und in ihrem Lebensumfeld Mitverantwortung übernehmen.

Ich weise in diesem Zusammenhang gerne auf die nationale Studie hin, die explizit ausgewiesen hat, dass sich eine Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz positiv auf die Integration auswirkt. In diesen Studien ist auch ausgeführt, dass eine Integration umso besser gelingt, je früher die Einbürgerung erfolgt.

Die SP-Fraktion ist fest davon überzeugt, dass unsere Demokratie stärker wird, je breiter sie abgestützt ist.

Andere Städte wie Luzern oder Basel, die dieses Informationsschreiben bereits eingeführt haben, sprechen von anfänglichen Mehrkosten von 5-6'000 Fr. pro Jahr. Das scheint mir eine gute Investition zu sein, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.

**Ratspräsident A. Geering:** Es gibt einen Ablehnungsantrag, den Thomas Leemann begründet.

**Th. Leemann (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt den Ablehnungsantrag für das Postulat aktiv über Einbürgerung zu informieren.

Warum sollte die Stadt Winterthur aktiv auf Einwohner zugehen, die die geforderten Anforderungen für eine Einbürgerung erfüllen? Nur weil es einige andere Städte auch machen? Das sehen wir nicht ein.

Ich bin überzeugt, dass die Einwohner von Winterthur, die die gesetzlichen Anforderungen erfüllen, die eine Einbürgerung wollen oder sich dafür interessieren, sich selber um diese Unterlagen kümmern. Bei mir geht das unter Eigenverantwortung.

Wieso soll die Stadt noch mehr Aufgaben bekommen, die Kosten generieren, wenn das wirklich nicht nötig ist? Wer sich selber um eine Einbürgerung bemüht, der will auch Schweizerin oder Schweizer werden.

Ich als ehemaliger Präsident der Bürgerrechtskommission weiss: Wir hatten nie zu wenig Arbeit, Markus. Wir hatten immer genügend Leute, die sich ohne dieses Schreiben einbürgern lassen wollten. Wir hatten auch Jugendliche, die sich selber darum bemüht haben, um Schweizer werden zu können. Und da finde ich, muss der Staat nicht auch noch eingreifen. Aus diesem Grund lehnen wir dieses Postulat ab.

**B. Huizinga (EVP):** Danke Markus, Du hast eigentlich schon alles gesagt. Für uns ist in der Begründung ganz klar dargelegt, wieso wir als EVP-Fraktion dieses Postulat sehr, sehr gerne unterstützen. Es ist ein kleiner Aufwand, den die Stadt machen muss oder darf – und aus unserer Sicht machen soll, denn es gehört zu unserem Verständnis einer erfolgreichen Integrationsstrategie, dass man auch auf die Personen zugeht.

Genau der Punkt, dass viele nicht wissen, wie es geht, und vielleicht auch im Umfeld niemanden haben, der ihnen zeigen könnte, wie es geht. Das macht es doch genau sinnvoll, dass die Stadt mit diesem aktiven und auch wertschätzenden Schritt auf die Bürger zugeht.

Es existieren unterschiedliche Zahlen, wie viel der in der Schweiz lebenden Bevölkerung dann an der Urne unser Geschehen im Land beeinflusst, aber es ist eine Minderheit – und da sollte es in unserem Interesse sein, dass wir Leute aktiv dazu motivieren und unterstützen, dass sie an den politischen Prozessen teilnehmen können. Und deshalb unterstützen wir dieses Postulat sehr gerne.

**K. Gander (Grüne/AL):** Ich kann mich auch sehr kurz fassen, weil meine beiden Vorredner auf dieser Seite eigentlich schon alles gesagt haben.

Ich habe gerade heute ein Schreiben bekommen von der Betreuung meiner Kinder, in dem ich netterweise darauf hingewiesen wurde, ob ich meinen Vertrag kündigen wolle, ob ich meine Tage ändern wolle oder ob ich es fortsetzen wolle. Auch Stadtwerk schreibt mir immer mal wieder, wenn sie eine neue Aktion haben. In der alltäglichen Flut von doch sehr vielen Informationen hat man einfach nicht immer alles auf dem Radar und ich finde, der Aufwand, ein Mal einen solchen Brief mit den entsprechenden Informationen zu verschicken, sollte doch noch drinliegen. Gerade wenn sich dieser an Menschen richtet, die vielleicht nicht perfekt Deutsch verstehen, die nicht von klein auf in diesem ganzen Behördenschwungel gross geworden sind. Und das sind wirklich moderate Kosten, wir haben es gehört.

Und schlussendlich liegt es wirklich nur in unserem Interesse, dass die Menschen, die da wohnen, die da arbeiten, auch aktiv mitgestalten und mitreden können. In dem Sinn danke ich für die Unterstützung.

**Th. Wolf (SVP):** Das Postulat fordert, dass regelmässig niederschwellige Informationsveranstaltungen durchgeführt werden sollen, damit diese Menschen merken, dass sie eingebürgert werden können. Wir meinen: Wer hier wohnt und hier etwas erreichen will, der kann sich sicher auch darum kümmern, dass er den Pass und die dazugehörigen Mitbestimmungsrechte und -pflichten bekommt. Wenn diese Hürde schon zu hoch ist, wird es vermutlich dadurch nicht besser.

Verstehen Sie mich richtig: Wir haben Freude an aktiven Bürgern, neuen Bürgern, das kann eine Bereicherung sein für unser Gemeinleben. Wir bürgern ja in der Schweiz in den letzten Jahren im Durchschnitt schon jährlich 40'000 Personen ein, das gibt eine Einbürgerungsquote von ca. 4%, womit die Schweiz in Europa in den Top 5 ist. Länder wie Deutschland und Frankreich sind mit ca. 1,5% weit hinter uns.

Sparen wir uns diesen zusätzlichen Aufwand und freuen wir uns, wenn einer durch sein Engagement und sein Interesse den Pass bekommt und auch verdient.

Die Fraktion SVP/PP lehnt den Vorstoss ab.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich denke, wir von der CVP/EDU-Fraktion können uns den bürgerlichen Voten anschliessen. Auch uns geht es darum, dass es Eigeninitiative geben muss, um sich einbürgern zu lassen. Wir erwarten eigentlich, dass das von Einbürgerungswilligen so kommt. Die Informationen können auf dem heute üblichen Weg bezogen werden, auf vielfältigen Wegen. Wir erwarten auch, dass sich unsere Mitmenschen, die sich einbürgern lassen wollen, soweit integriert haben, dass sie über unser Staatssystem genug wissen, dass es keine zusätzliche Hilfe braucht, um sich einbürgern zu lassen.

Somit lehnen wir eine proaktive Information durch die Stadt ab.

**S. Gygax (GLP):** Das Anschreiben aller Personen, die eine Aufenthaltsbewilligung C haben, erachten wir Grünliberalen als mit einem doch zu hohen administrativen Aufwand verbunden.

Es ist nämlich überhaupt nicht klar, ob die angeschriebenen Personen die restlichen Anforderungen, die doch sehr strikt sind, erfüllen. Die folgenden Rückfragen und Abklärungen müssen dann auch von der Verwaltung noch bewältigt werden können. Dementsprechend schätzen wir den Arbeitsaufwand für diese regelmässigen öffentlichen und niederschweligen Informationsveranstaltungen als zu gross ein und sehen da eigentlich keine Verhältnismässigkeit. Die Grünliberalen legen grossen Wert auf Eigenverantwortung. Das soll sich auch bei Einbürgerungen zeigen. Wir sehen da, bei Einbürgerungen, keine Bringschuld beim Staat. Personen, die sich für eine Einbürgerung interessieren, finden im Web und bei der Stadtverwaltung alle nötigen Informationen und werden auch freundlich aufgeklärt. Wir unterstützen deshalb das Postulat nicht.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Ich möchte noch kurz ergänzen: Wir haben da halt wieder einmal einen klassischen Fall von einer linken Bevormundungspolitik, auch wenn Ihr es noch so gut meint. Was wir aber eigentlich wollen, sind mehr mündige Bürger – und das steht einfach im diametralen Widerspruch dazu.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Man hat eigentlich die Argumente sehr gut zusammengetragen jetzt in diesen kurzen Voten. Ich freue mich ehrlich über jeden, der willig ist, sich einbürgern zu lassen. Ehrlich.

Und trotzdem löst dieses Postulat bei mir nicht gerade die grosse Freude aus. Wenn ich mit den Leuten spreche, die das Interesse haben, sich einbürgern zu lassen: Die haben (nicht zuletzt auch unter ihren Landsleuten) genügend Möglichkeiten, um herauszufinden, wie es geht, wo sie sich melden müssen. Und das ist letztendlich auch ein Teil des Einbürgerungsverfahrens, dass man lernt, mit diesen Strukturen umzugehen und sich mit der Verwaltung auseinandersetzt. Das ist also ein Teil der Einbürgerung.

Und das Stichwort, das jetzt immer wieder gefallen ist und das ich auch anfügen möchte, ist die Eigenverantwortung. Wir schreiben auch nicht allen 18jährigen einen Brief, dass sie jetzt Autofahren lernen können. Sondern ich denke, es ist Eigenverantwortung. Die Leute, die das machen wollen, die können das machen. Sie bekommen auch die Beratung, sie können sich auch bei uns melden.

Natürlich ist der administrative Zusatzaufwand nicht riesengross, aber es ist einer. Von daher würde ich tendenziell eher sagen, dieses Postulat braucht es eigentlich nicht. Aber ich möchte nochmals ganz klar sagen: Wir freuen uns über jeden, der Schweizerin oder Schweizer werden möchte.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer das Postulat aktiv über Einbürgerung informieren überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer die Überweisung ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit habt Ihr das Postulat mit 30:28 Stimmen abgelehnt.

## 13. Traktandum

### **GGR-Nr. 2017.10: Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 13: Beantwortung der Interpellation betreffend Reorganisation der Alterszentrum. Das Wort hat Lilian Banholzer.

**L. Banholzer (EVP):** Das wäre jetzt eine solche Interpellation, die ich hätte von der Traktandenliste absetzen lassen können. Aber da es jetzt nicht abgesetzt ist, sage ich doch noch etwas dazu.

Ich musste zwar feststellen, dass ich die Fragen nach der Reorganisation der Alterszentren ein bisschen zu früh gestellt habe und dass die Antworten nicht sehr aussagekräftig ausgefallen sind.

Nach mehreren personellen Wechseln auf oberster Ebene, die viel Unruhe gebracht haben, sind jetzt die Zeiten anscheinend wieder eher ruhiger. Aber die Antworten auf die Interpellation sind ja eben schon fast zwei Jahre alt. Und auch damals wurde es aber so dargestellt, als wenn alles zum Besten stehen würde – was wir dann doch eher kritisch beurteilen.

Noch zu den einzelnen Fragen:

Frage 1: Die Personalbefragung hat ja 2018 wieder stattgefunden und die Auswertungen sind abgeschlossen. Wir hoffen natürlich, dass im Bereich Alter und Pflege die Zufriedenheit wieder grösser ist als 2014, und diese Auswertung auch Anlass gibt für Verbesserungen beim Personal. Der neue Leiter von Alter und Pflege (der jetzt aber vielleicht auch nicht mehr so neu ist) hat anfangs 2018 in einem Interview im Landboten gesagt, dass das Personal sich zum Teil nicht mehr mit dem Betrieb identifizieren konnte, weil man sie nicht mitgenommen hätte im Reorganisationsprozess und sie nicht genügend informiert worden seien. Ebenso stellte er in diesem Interview fest, dass es kaum strukturierte Daten gäbe, um auf die Zufriedenheit der Patienten und ihrer Angehörigen zu schliessen, und dass das verbessert werden müsste. Über all das lese ich in der Antwort des Stadtrates nichts.

Frage 2 und 3 sind klar beantwortet und es ist sicher richtig, dass es unseriös gewesen wäre, diese Zahlen so zu interpretieren und alleine mit der Reorganisation in Zusammenhang zu bringen.

In der Antwort zu Frage 4 wird aufgezeigt, dass in den Alterszentren vermehrt weniger hoch qualifiziertes Personal eingesetzt wird – nicht zuletzt aus Kostengründen. Auch da wäre es jetzt interessant zu wissen, ob und wie sich das auf die Zufriedenheit der Bewohnenden und Angehörigen auswirkt und ob überhaupt ein Zusammenhang besteht. Aber wie vorhin erwähnt ist das schwierig auszuwerten, weil die Instrumente dazu nicht vorhanden sind. Wir hoffen, dass da in Zukunft ein Augenmerk darauf gelegt wird, denn nur so können wir wissen, ob angestossene Veränderungen auch wirklich positive Auswirkungen auf das Personal und die Bewohnenden haben.

Und zur letzten Frage: Der Stadtrat beurteilt die Entwicklung grundsätzlich positiv. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass mit der Etablierung der Standortleitungen schon eine wesentliche Massnahme umgesetzt worden ist und positive Auswirkungen hat. Und wir sind auch optimistisch, dass mit der neuen Leitung vom Bereich Alter und Pflege (die ja eben nicht mehr neu ist) die Anliegen der Mitarbeitenden wieder höher gewichtet werden. Aber eben, für ein definitives Fazit war es zum Zeitpunkt der Beantwortung wirklich noch zu früh.

Wir nehmen die Antwort zwar zustimmend zur Kenntnis, aber ich glaube, wir müssen uns vorbehalten, nochmals nachzufragen, wenn etwas mehr Zeit vergangen ist seit dieser Reorganisation.

**B. Helbling (SP):** Ich danke im Namen der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation.

Wie schon erwähnt: Die Antworten sind auf die Auswirkungen der OE zwischen 2014 und 2016 ausgerichtet. Und wir sind jetzt schon im 2019. Also können wir viel, das schon gelaufen ist, hier gar nicht herauslesen.

Auch wenn die Beantwortung noch kein Fazit ziehen konnte, scheint es so, dass die Alterszentren nach einer unruhigen Zeit wieder mehr zur Ruhe gekommen sind. Die Standortleitungen und die Pflegeleitungen in jedem Alterszentrum vor Ort werden als positiv wahrgenommen. Die während der OE gemachten Anpassungen führten und führen immer noch zu weiteren Anpassungen. Es müssen Prozesse neu gestaltet werden, die Profilierung der einzelnen Alterszentren ist gefragt.

Wir werden in der SSK immer wieder darüber informiert. Wie schon erwähnt: Im Herbst 2017 hat der jetzige Leiter begonnen und konnte gut zeigen, dass diese Organisationsentwicklung zwar zu einem Schluss gekommen ist, aber immer wieder neue Sachen zum Vorschein kommen, an denen noch gefeilt werden muss. Wir sind aber zuversichtlich, dass es bei den Alterszentren auf einem guten Weg ist.

In der SSK werden wir gut informiert und wir werden auch immer wieder nachfragen. Wir sind gespannt, wie die Mitarbeiterbefragung im Jahr 2018 ausgefallen ist.

**M. Zehnder (GLP):** Nach den zwei Vorrednern kann ich mich relativ kurz halten, weil ein grosser Teil schon von Lilian gesagt wurde und wir da gleicher Meinung sind. Vielleicht noch als Ergänzung zu Frage 1: Wir sind der Meinung, dass die Zufriedenheit des Personals ganz stark davon abhängig ist, wie die Stabilität in der Führungsstruktur ist. Solche Reorganisation führen leider auch dazu, dass es eben eine höhere Fluktuation gibt in den Führungsstrukturen und das ist dem ganzen Geschehen nicht dienlich.

Zu Frage 2 wäre es vielleicht interessant, wenn man die neuen Zahlen allenfalls auch in der SSK besprechen könnte. Es geht da um die Fluktuation.

Bei der Frage 3, die Bettenbelegung: Da haben wir meiner Meinung nach aktuell grüne Zahlen, aber wenn da steht, dass die Auslastung in den letzten Jahren anhaltend hoch ist, dann ist das ja nicht immer ein Zeichen, dass auch alles anhaltend gut ist. Vielleicht ist man bei der Planung auch eher rückwärts orientiert und sollte bei der Planung eher vorwärts schauen. Bei der Frage 4 wird in der Interpellation darauf hingewiesen, dass nicht alle Stellen besetzt wurden. Bei der Rechnung sieht man, dass jetzt sogar mehr Stellen besetzt wurden als ursprünglich budgetiert wurden. So gesehen ist diese Antwort wirklich sehr veraltet. Bei der Rechnungsbesprechung in der SSK hat man die aktuellen Zahlen und das bringt mehr, als hier auf die alten Zahlen einzugehen.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Es ist erfreulich, dass es zu einer Stabilisierung gekommen ist. Was für uns ein Anliegen ist (vielleicht der Vorteil einer späten Beantwortung), ist dass die Befragung der Bewohnenden und Angehörigen, die jetzt wohl stattgefunden hat, und man die Zahlen zur Kenntnis bekommt und einschätzen kann als Beitrag an das Qualitätsmanagement. Die Geschäftsleitung ist klar.

Zur Bettenbelegung gibt es einen weiteren Punkt, auf den wir den Stadtrat aufmerksam machen möchten: Der Stadtrat hat bereits am 13. April 2015 in diesem Rat die Zusage gemacht, an die wir ihn erinnern möchten: Die Frage in Bezug auf eine mögliche Auslagerung der Alterszentren detailliert zu prüfen. Hat man damit begonnen und wann ist mit einem Bericht zu rechnen? Die unbestrittene Gewährleistungsverantwortung der Stadt hat nur mit der Organisation der Leistungserbringer zu tun. Ein Beispiel ist auch das Alterszentrum St. Urban, das für die Stadt auch Leistungen erbringt. Wichtig ist zu erkennen, dass die städtischen Altersheime vermehrt durch private Anbieter konkurriert werden. Das private Pflegezentrum Vivale in Hegi ist ein Beispiel, das im Herbst 2020 mit 121 Plätzen eröffnet wird. Es ist uns wichtig, dass der Stadtrat diese Zusage zur Prüfung unabhängig von der Rechtsform und vom Besitzstand abschliesst. Es ist wichtig, dass die städtischen Altersheime optimal aufgestellt sind, um auf Änderungen im Betreuungs- und auch Finanzierungsmodell der Altersvorsorge reagieren zu können.

In dem Sinn besten Dank nochmals für die Beantwortung.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Diese Interpellation ist wirklich schon ziemlich alt. Meine Antwort, die ich mal geschrieben habe, ist auch ein Jahr alt. Ich musste sie vor der Sitzung noch etwas aktualisieren...

Ich gehe nur auf ein paar wichtige Punkte ein: Bei der Zufriedenheit der Bewohnenden fehlen noch die Daten. Dort stand «Erhebung 2018» und das müsste mittlerweile da sein, ebenso wie die zur Mitarbeitendenbefragung 2017.

Wenn man schon eine Interpellation hat, die so lange liegen bleibt, wäre es doch ganz schön, wenn der Stadtrat die aktuellen Daten noch nachtragen würde, wenn er sie schon erwähnt hat (wenn diese Zeit in der Zwischenzeit abgelaufen ist).

Bei der Fluktuation gibt es gewisse Differenzen. Im Bericht steht 7 – 11%. Morgen vor einem Jahr hat Daniel Oswald zum Thema gesprochen, zu dem der Landbote geschrieben hat, wo

sie von einer Fluktuation von 14% sprachen. Da gibt es schon noch gewisse Abweichungen und es wäre interessant zu wissen, was tatsächlich stimmt.

Wir begrüssen natürlich, dass heute auch weniger qualifiziertes (sprich günstigeres) Personal eingesetzt werden kann. Hierarchiestufen sind zwar übergeordnet abgebaut worden, aber in den Häusern erweitert worden. Unter dem Strich brachte das also offensichtlich sicher nicht so wahnsinnig viel.

Im Übrigen, ohne mich da gross mit der Fraktion abzusprechen, möchte ich mich Dir anschliessen: Alterszentren können natürlich sehr gut privat geführt werden, für das braucht es eigentlich die Stadt gar nicht.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich danke meinen Vorrednern für die zum Teil ausführlichen Voten, ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation.

Es ist eigentlich alles gesagt, ich möchte eigentlich einfach festhalten, dass wir von der CVP/EDU-Fraktion gerne auch noch aktuellere Zahlen hätten.

**Stadtrat N. Galladé:** Es wurde schon bei einem anderen Traktandum gesagt (Frau Cometta hat das glaube ich gesagt), dass dann halt Vorstösse schon überholt sind. Auf der anderen Seite kann man mit einer Distanz durchaus auch sagen: Was war damals so und was hat sich noch mehr akzentuiert, was ist im positiven Bereich verlaufen seither, wie stehen wir jetzt da, gibt es Sachen, die anders gelaufen sind?

Ich werde mich aber trotzdem auf die gestellten Fragen der Interpellanten beschränken und nicht noch auf die Felder, die gar nichts mit der eigentlichen Reorganisation der Alterszentren (was die Fragestellung war) zu tun hatten. Diese Fragen, die Herr Bänziger und andere angezogen haben, werde ich ausklammern.

Man kann ein bisschen den Fragen nachgehen. Bei der Zufriedenheit von Angehörigen und Bewohnenden sagte man, frühestens 2018 würde man wieder etwas machen. Es ist so, dass man diese nicht durchgeführt hat. Und wir haben das letztes Jahr in der SSK begründet, dass wir in einem grösseren Umfang bei einer Studie mitmachen werden (SHURP-Studie), die über eine lange Zeit geht. Diese misst sowohl die Zufriedenheit der Bewohnenden wie auch die Personalfriedenheit nach Qualitätskriterien im Vergleich mit einem Benchmark der Branche. Man wird diesen Weg beschreitet, statt überall mit einzelnen Sachen das eine und das andere zu messen versuchen. So bekommt man gute, valide Vergleichsdaten.

Die Mitarbeitendenbefragung hat natürlich über die ganze Stadt stattgefunden. Wir brechen sie an sich nicht auf die Bereiche herunter, aber ich kann im Grundsatz sagen, bei Alter und Pflege ist die Entwicklung, verglichen mit der vorherigen Befragung sehr erfreulich. Und das deckt sich auch ein bisschen mit dem Fazit, das der Stadtrat schon bei der Beantwortung des Postulats gezogen hat: Dass wir das eigentlich als sehr positiv anschauen, diese OE, die man gemacht hat bei Alter und Pflege. Und ich würde jetzt sagen, von der zeitlichen Distanz der Beantwortung zu heute, das hat sich eigentlich noch verfestigt. Ich meine, wir sind nach durchaus nicht ganz einfachen, auch turbulenten Zeiten eigentlich ziemlich gut unterwegs mit dem ganzen Bereich Alter und Pflege, und namentlich auch mit den Alterszentren und den Strukturen, die wir da haben.

Bei den Strukturen gibt es mehr oder weniger Hierarchien. Einfach zur Erinnerung: Mehr oder weniger Hierarchie ist nicht per se ein Wert, sondern es ging darum, dass man gut führbare Strukturen hat. Diese hatte man nicht, indem man ausserhalb der Alterszentren viele Hierarchien hatte, aber innerhalb der einzelnen Alterszentren keine Entscheidungen, die die unterschiedlichen Disziplinen zusammengenommen haben und quasi den Alltag vor Ort führten. Und mit den Standortleitungen ist das gut eingeführt und man ist auf einem guten Weg.

Bei der Personalfuktuation in den Heimen hat man einfach den Range ausgewiesen, den man hat. Es ist ein unterdurchschnittlicher Range im Vergleich zur Branche. Man kann auch nicht sagen, es sei da höher, weil da mehr Reo war oder nicht. Es ist nicht etwas, das per se beunruhigend ist. Die Zahlen, die Marc Wäckerlin angeführt hat aus dem Landbote-Artikel vom Mai 2018, das waren gesamtstädtische Erhebungen und ich meine, dabei ging es v.a. auch um Kaderpositionen.

Zur Auslastung/Bettenbelegung: Wenn Martin Zehnder sagt, man solle vielleicht einfach mehr Betten machen – mehr Betten kosten dann in einer anderen Produktegruppe, da können Sie dann bei der Rechnung schauen, wie die Entwicklung geht bei Beiträge an Organisationen. Jedes Alterszentrum, ob privat oder staatlich, hat ein Interesse, eine gute Auslastung zu haben, denn das ist am Schluss der Case. Wir sagten in der Antwort, wir seien zwischen 95 – 97%. Das konnten wir halten. 97.5% war es 2017, 2018 sogar 98,3%. Diese Zahlen führen wir jährlich mit der WOV-Rechnung und auch mit dem Budget nach, das können Sie nachschauen im aktuellen Buch B von der Rechnung 2018 auf Seite 268.

Ebenso die ganze durchschnittliche Qualifikation des Pflegepersonals. Das ist der Skills/Grade-Mix, bei dem es darum geht, wo man mit diesen 3 unterschiedlichen Qualifikationen Optimierungen schaffen. Da haben wir eine Art dynamischer Stellenplan, bei dem man immer schaut, wie hoch der Pflegebedarf ist (das hat direkt pro Alterszentrum, aber auch pro Wohngruppe zu tun) – das ist die Ertragsseite. Und da passt man natürlich auch das Personal an. Und auch das ist an sich nachgeführt in der WOV-Rechnung.

Ich glaube, das ist an sich der Punkt. Wir informieren sehr gerne immer wieder in der SSK über die Entwicklung bei den Alterszentren, haben das auch immer wieder gemacht. Was ich einfach feststelle, ist dass die Fluktuation in der SSK noch höher ist als bei Alter und Pflege, und von daher werden wir teilweise Botschaften immer wieder bringen. Das aber natürlich sehr gerne.

**Ratspräsident A. Geering:** Mit den Voten aus dem Rat und dem Stadtrat ist die Interpellation betreffend Reorganisation der Alterszentren abschliessend behandelt und damit abgeschlossen.

Bevor wir zum nächsten Geschäft kommen, wurde mir eine Fraktionserklärung gemeldet von der FDP. Urs Hofer.

**U. Hofer (FDP):** Ich möchte spontan eine Fraktionserklärung zu Protokoll geben. Geschickt hat man auf eine Frage von uns nicht geantwortet und wir finden das leicht irritierend, weil uns auf eine Interpellation 2015 mit einem sehr ähnlichen Titel im Rat und schriftlich 2016 versprochen wurde, dass man die Frage mit der Organisationsform und der Auslagerung prüft und dass man uns darauf Antwort geben will. Und jetzt haben wir heute dieses Thema im Raum und man will die Antwort nicht geben. Wir finden es ein wichtiges Thema und hätten gerne eine Auskunft dazu.

**Stadtrat N. Galladé:** Zur Frage der Auslagerung gab es einen parlamentarischen Vorstoss, der im Parlament keine Mehrheit fand. Man sagte dort (ich habe das Protokoll nicht vor mir, aber es wird in etwa so drinstehen), dass man 1. sich als Bereich gut aufstellt, die OE macht im Bereich, und 2. ist es nicht eine betriebliche Frage von Alter und Pflege als Eigenwirtschaftsbetrieb innerhalb der Stadtverwaltung, sondern im Rahmen der ganzen Pflegeversorgungsstrategie wird man diese Fragen auch stellen müssen. Wie hoch ist sinnvollerweise ein Anteil, der städtisch geführt wird, für die Gesamtversorgungsgewährleistung? Wie hoch ist der Anteil, den dann Private führen müssten? Ich denke, das werden sicher Fragen sein, die man mit dem Masterplan Pflegeversorgung beantworten müssen wird. Man hat das im übernächsten Traktandum auch schon leicht angetönt, wo man das vielleicht auch nochmals aufnehmen wird.

Was ich aber sagen kann: In der Legislaturplanung 2014 – 2018 war das unter Stadtverwaltung als Punkt drin, in der Legislaturplanung 2018 – 2022 kommt das so nicht per se vor. Aber ich glaube, man wird am Schluss aus einer Gesamtsteuerungsaufgabe schauen müssen, wie wir die ganze Pflegeversorgung in unserer Stadt – mit Privaten mit Leistungsvereinbarungen, mit Privaten ohne Leistungsvereinbarungen und mit den städtischen Betrieben – gut machen können. Aber das muss man aus der übergeordneten Pflegeversorgungsstrategie machen, der gesamtstädtischen. Und das ist nicht eine Sache von einem Bereich. Das wird wahrscheinlich nicht begeistern, ist aber der aktuelle Stand der Antwort.

## 14. Traktandum

### **GGR-Nr. 2017.23: Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir gehen weiter zum Traktandum 14: Beantwortung der Interpellation betreffend Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich. Das Wort hat Silvana Näf.

**S. Näf (SP):** Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation zum Thema Soziallastenausgleich. Die Antwort ist ausführlich ausgefallen und die im Anhang verlinkten Materialien sind eine hilfreiche Zusammenstellung zum Thema. Die Frage nach einem gerechteren Soziallastenausgleich im Kanton Zürich ist aus Sicht der SP für Winterthur von hoher Wichtigkeit. Auch wenn diese Interpellation aus dem Jahr 2017 stammt, ist diese Thematik für uns heute immer noch aktuell. Es ist nämlich sehr problematisch, dass der aktuelle kantonale Finanzlastenausgleich die Soziallasten nicht berücksichtigt.

In der in der Antwort zitierten Studie von Ecoplan wird dann auch aufgezeigt, dass in anderen Kantonen durchaus für funktionierende Soziallastenausgleiche bestehen. Angesichts der Relevanz des Themas ist es erfreulich, dass sich der Stadtrat bei aktuellen anstehenden Gesetzesvorlagen jeweils dezidiert einbringt, um auf einen gerechteren Soziallastenausgleich bei den einzelnen Thematiken einzuwirken.

Die in der Interpellation als Beispiel erwähnten Abstimmungen betreffend Jugendheimgesetz und Asylfürsorge haben inzwischen bereits stattgefunden und sind leider nicht im Sinne des Stadtrates herausgekommen, sondern so, dass sie auch Mehrkosten für unsere Stadt verursachen. Zumindest im Zusammenhang mit dem neuen Kinder- und Jugendheimgesetz sieht es für die Zukunft bezüglich der Kostenverteilung nach einer Verbesserung aus.

Für Winterthur von hohem Interesse wäre es auch, wenn der Kostenverteiler zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Zusatzleistungen so geändert würde, dass der Kanton einen höheren Kostenanteil übernehmen würde. Diesbezüglich sieht es derzeit so aus, dass man sich da gewisse Hoffnungen machen kann. Wir hoffen, dass sich der Stadtrat auch künftig gemeinsam mit anderen Gemeinden beim Kanton für mehr Gerechtigkeit bezüglich Soziallastenausgleich einsetzen wird.

**K. Cometta (GLP):** Danke Silvana, Du hast schon ganz viel gesagt. Aktuell wird „Wer zahlt, befiehlt“ verletzt, das wissen wir nun langsam, das hatten wir schon sehr oft. Und wir sind deshalb auch ganz klar der Meinung, dass es eine fairere Finanzierung braucht. Wir finden es auch richtig, wenn die Stadt Winterthur auch effektives Lobbying betreibt.

Ich möchte aber trotzdem auch festhalten, dass ein gerechterer Soziallastenausgleich nicht bedeutet, dass es nicht auch unsere Aufgabe wäre, unsere Sozialkosten in den Griff zu bekommen und dass wir dort auch weiterhin mit geeigneten Massnahmen schauen müssen, dass unsere Sozialkosten nicht explodieren.

Was mir auch noch wichtig ist, dass man da einen gesamtheitlichen Blick hat. Es geht nicht nur um Sozialhilfe, auch Ergänzungsleistungen und insbesondere Pflegefinanzierung sind riesige und v.a. riesig wachsende Ausgabenkosten.

Und zu guter Letzt: Es ist glaube ich ein SP-Regierungsrat, der auch an diesem Thema dran ist, und da hoffe ich doch schon, dass die sozialdemokratischen Kanäle entsprechend genutzt werden.

**U. Bänziger (FDP):** Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation zu diesem wichtigen Thema. Das Dilemma ist ganz klar, es fehlen einfach 35 Mio. Fr. von Beiträgen des Kantons – ohne wenn und aber. Zudem laufen natürlich die Gesetze auch in die falsche Richtung. Jugendheim und Asylfürsorge haben beide unserem Stadtbudget geschadet.

Der Stadtrat schreibt von beantragen, einsetzen, sich proaktiv einbringen. Er will auch die Parteivertreter im Kantonsrat motivieren. Aber die Strategie hat nicht ganz funktioniert und das ist nicht effektives Lobbying – oder das effektive Lobbying ist noch nicht zum Erfolg gekommen.

Die Rechnung 2018 verheisst auch nichts Gutes. Die demografische Entwicklung ist auch alarmierend. Das Bundesamt für Statistik sagt, dass sich im Jahr 2045 der Anteil von über 80jährigen von 5% heute auf 10% verdoppelt. Da haben wir v.a. Ergänzungsleistungen zur AHV und wie auch schon gesagt die Pflegefinanzierung, die da betroffen sind.

Und auf der anderen Seite schadet es eigentlich unserer Verhandlungsposition im Kanton auch. Man könnte jetzt sagen, wir machen unseren Job auch nicht. Die Streichung der Gemeindegzuschüsse war ein solches Thema... Natürlich ist auch der Stadtrat gefordert. Wichtige Zielvorgaben wie die Reduzierung der Falllast der Sozialarbeitenden zeigen Wirkung. Mehr Ressourcen in der Fallbetreuung kosten mehr, aber das Resultat der Stadt zeigt sich positiv.

Was noch zum Regierungsrat zu sagen ist: Die Grafik auf der Seite 3 - wie kann es sein, dass die Bedeutung der Sozialkosten in den Gemeinden und im Kanton von 2000 bis 2015 um 56% zunehmen und die Unterschiede zwischen den Gemeinden auch um 100% zunehmen? Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass die Unterschiede keinen Ausgleich rechtfertigen.

Und was ich auch noch zu unseren Parteivertretern im Regierungsrat sagen will: Jacqueline Fehr, Natalie Rickli, Martin Neukomm und Carmen Walker Späh sind Winterthur-affin und im Regierungsrat des Kanton Zürich. Es ist an der Zeit, die Forderungen der Stadt und anderen betroffenen Gemeinden darzustellen und Unterstützung einzufordern. Diesbezüglich möchte ich in Erinnerung rufen, dass es gemäss der Antwort des Stadtrates sehr wohl funktionierende Modelle für einen gerechten Soziallastenausgleich gibt in der Schweiz.

**D. Berger (Grüne/AL):** Auch wir danken dem Stadtrat vielmals für diese Auslegeordnung der Situation. Es hat keine bahnbrechenden News in dieser Antwort, zumal ja die Antwort schon zwei Jahre alt ist. Und es zeigt einmal mehr auf, dass wir natürlich auf den Kanton angewiesen sind, um da eine Lösung zu finden. Auch das sind keine Big News, dass wir da sehr wenig Spielraum haben bei dieser Frage, wenn es darum geht, einen gerechten Soziallastenausgleich herbeizuführen. Die Stadt muss sich einfach die richtigen Verbündeten suchen – das ist nicht so einfach, da gibt es verschiedenen Gemeinden. Die einen sind dagegen und dann gibt es Zürich und Wiedikon und andere Agglo-Gemeinden, die dafür sind.

Innerhalb der Partei ist auch nicht immer alles so klar. Ich glaube, wir sind eher für den gerechten Soziallastenausgleich über alle Parteien hinweg (ich nehme an, nicht alle, aber die meisten), und sobald man dann mit Vertreterinnen und Vertretern von anderen Gemeinden spricht, tönt es wieder anders, weil die dann Angst haben, dass ihnen das Geld abfließt. Es wurde auch gesagt: Der Regierungsrat findet, es brauche keine Lösung, obwohl eben die Kosten angestiegen sind und v.a. die Verteilung zwischen den einzelnen Gemeinden völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Ich glaube, der Fall ist klar: Es braucht eine Lösung und es braucht einfach den politischen Willen, um diese umzusetzen. Aktuell haben wir den Vorstoss Widmer/Joss, der gerade im Tun ist, das bringt uns wohl wieder einen Schritt in die richtige Richtung. Und ja, man muss einfach immer am Ball bleiben. Das Messer ist eh am Hals. Das wird der Stadtrat weiterhin machen, immer weiterarbeiten, weiterarbeiten, weiterarbeiten, bis diese Einsicht mal kommt.

**D. Oswald (SVP):** Das Thema Sozialhilfe hat sehr wahrscheinlich Zielkonflikte in sich wie kaum ein anderes. Niemand von uns ist der Meinung, dass man denen, die die Unterstützung brauchen, nicht auch Unterstützung geben soll. Und gerade da ist das Thema „Zusammenarbeit Kanton und Gemeinde“ absolut relevant, das ist richtig. Und da ist einiges aus dem Gefüge geraten, durch das, das man das Subsidiaritätsprinzip, den Föderalismus verlassen hat. Und ich glaube nicht unbedingt, dass es zielführend ist, wenn man den Weg des Föderalismus weiter reduziert.

Wer zahlt, befiehlt – oder wer befiehlt, zahlt. Ich finde das einen guten Grundsatz. Da sind auch wir von der SVP der Meinung: Wenn der Kanton vorschreibt, dann kann man sagen, er muss auch zahlen. Und sonst können wir selber befehlen. Dann müssen wir aber auch selber zahlen und auch selber das Geld aufbringen.

Dann ist es so, dass die Stadt Winterthur halt zu diesen Orten gehört, der einen Zuzug hat von Sozialhilfebezügern. Das mag mannigfaltige Gründe haben, das liegt sicher auch daran, dass wir eine Stadt sind und dadurch Anonymität haben, die einfach ein Fakt ist. Aber wenn wir in dem Sinn von einem fairen Soziallastenausgleich gewissen Gemeinden die Möglichkeit gäben, dass sie sich von ihrer sozialen Verantwortung freikaufen könnten - ich glaube, das kann es auch nicht ganz sein.

Es ist richtig, wie es auch schon gesagt wurde: Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen. Wir müssen durchaus auch als Stadt um unser Geld kämpfen. Wir müssen auch nicht akzeptieren, dass andere Gemeinden Sozialfälle auf die Stadt Winterthur abschieben. Aber wir von der SVP befürchten, dass man das mit einem solchen Soziallastenausgleich eben genau macht. Man verteilt das Geld anders und die Maschinerie kommt dadurch noch mehr in Gang.

Weiter ist zur Interpellationsantwort zu sagen: Ich möchte konkret auf die Abstimmungen zum Jugendheim- und Asylfürsorgegesetz hinweisen, die ja nicht nur auf kantonaler Ebene angenommen wurden, sondern auch auf städtischer Ebene. Da will also die städtische Bevölkerung ganz klar einen anderen Kurs fahren, als der Stadtrat in der Interpellationsantwort eigentlich aufzeigte. Und zwar mit über 60%. Und ich glaube nicht, dass diese 60% der Winterthurer Bevölkerung, die diese kantonalen Änderungen befürwortet haben, wollten, dass der Winterthurer Steuerzahler mehr Geld bezahlen muss. Nein, sie sind dort der Meinung, dass die Anpassungen an die Sozialhilfe bei der Leistung dort gemacht werden müssen. Und deshalb glaube ich, muss der Stadtrat da sicher auch noch über die Bücher, ganz im Sinne: Das eine tun und das andere nicht lassen. Wir müssen schauen, dass wir nicht vorgeschrieben bekommen, was wir zahlen müssen – dass wir dort noch Freiheit haben. Und wenn wir es vorgeschrieben bekommen, dürfen wir auch noch Geld fordern. Aber wir dürfen die Leistungsseite nicht ausklammern.

Und zum Schluss möchte ich noch sagen: Manchmal ist bei den Interpellationsantworten das, was nicht drin steht, noch viel interessanter als das, was drin steht.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Die Antworten des Stadtrates auf die Interpellation betreffend Einsatz für gerechten Soziallastenausgleich sind sehr detailliert und umfassend. Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich dafür.

Wir schätzen das aufgezeigte Engagement des Stadtrates sehr und können aufgrund der Ausführungen die komplexe Situation und die damit verbundenen Herausforderungen gut nachvollziehen. Der Stadtrat ist in vieler Hinsicht in informeller und formeller Art intensiv darum bemüht, einen fairen Lastenausgleich auf kantonaler Seite zu erreichen. Leider scheint aber der Regierungsrat wenig Gehör dafür zu haben, obwohl der Kanton Zürich anscheinend diese Belastungsunterschiede zwischen den Gemeinden am wenigsten auffängt.

Der Bericht zeigt eine für Winterthur und andere grössere Zentrumsgemeinden unhaltbare und unfaire Situation sehr schön auf. Leider – und das lässt die unschöne Konstellation für Winterthur nochmals erkennbar werden – ohne konkrete Ergebnisse, wie dann das anvisierte Ziel erreicht werden kann. Der Leser dieser Beantwortung muss unweigerlich zum Schluss kommen, dass viele Bemühungen am Laufen sind, aber keine greifbaren Resultate wirklich in Sicht sind, die diese Situation verbessern würden. Die CVP/EDU-Fraktion fragt sich deshalb, ob das reicht. Macht man wirklich alles, damit es zu einer Verbesserung dieser Situation kommt? Muss da nicht allenfalls noch ein Plan B in Betracht gezogen werden?

**S. Müller (EVP):** Ich sage trotzdem auch noch etwas, das ging vorhin unter, dass ich auch noch die Hand erhoben hatte...

Es wurde alles gesagt, aber etwas nicht, das ich doch auch noch sagen möchte: Nämlich der Vergleich, an den ich erinnert werde, wenn es um das Thema Soziallastenausgleich geht. Das ist der Film „Braveheart“, den sicher die meisten kennen. Es ist dort so, dass sich das

ganze Volk wehrt gegen die zu hohen Steuerabgaben. Man versucht, sich über den Adel einzubringen am Königshof, um diese Steuern zu senken. Und das Vertrauen in den Adel schwindet aber immer mehr und dadurch formiert sich dann der Pöbel immer mehr. Ich möchte an dieser Stelle bewusst aufhören mit dem Vergleich.

Wir haben als EVP nach wie vor vollstes Vertrauen in den Stadtrat (unseren Adel, wenn man das so sagen darf). Aber was ich doch noch sagen möchte: Wenn es da ein paar Kantonsratsgspänli – oder wir haben zumindest Kontakte zu neuen Kantonsratsgspänli und auch Regierungsratsgspänli – gibt, dass man dort diese Kanäle wirklich nutzt, dass das Vertrauen, das in die neu Gewählten gesteckt wird, nicht schwindet und sich der Pöbel plötzlich noch mehr organisieren muss. Das wäre sehr dumm und da müssen wir das nicht machen wie bei „Braveheart“. Deshalb vielleicht gerade auch an die Seite GLP: Achten wir dort doch auch darauf, dass bei den bevorstehenden Geschäften im Kantonsrat nicht nur die Finanzen im Blick gehalten werden, sondern vielleicht auch ein bisschen mehr der Mensch. Das ist auch auf dieser Ebene schon auch wichtig.

**Stadtrat N. Galladé:** Ich vergleiche den ganzen Einsatz für den Soziallastenausgleich ein bisschen mit dem Marathonlauf. Man weiss nicht genau: Wann kommen wir ins Ziel und kommen wir ins Ziel? Was ich Ihnen aber sagen kann: Bei einem Marathonlauf, wenn Sie bei Kilometer 15 nichts mehr machen, dann kommen Sie ganz sicher nicht ins Ziel. Das ist so ein bisschen die Erfahrung. Und solche Marathonläufe können auch hart sein. Sowohl Markus Wenger wie ich liefen gestern nur den halben Marathon und waren bei Sennhof schon ziemlich auf den Felgen. Ja, das braucht einen langen Schnauf.

Und wenn ich zurückschaue, ist man seit 5, teilweise seit 10 Jahren dran. Das war ja auch ein Vorstoss aus dem Winterthurer Gemeinderat. Er hat im Kantonsrat im ersten Schritt Schiffbruch erlitten, hat dann aber nachher dazu geführt, dass es in der Folge aus dieser Diskussion einen anderen Vorstoss gab. Und es braucht einfach einen langen Schnauf und man muss dranbleiben. Und ich glaube, es sieht auch gar nicht so schlecht aus, wie es zwischendurch aussah. Wir stehen an einem anderen Ort, als wir vor 5 Jahren standen.

Was ich aber ganz wichtig finde, und das ist so, Urs Bänziger hat es gesagt: Es gibt manchmal Comics, die mehr sagen als 1'000 Worte. Und das Piktogramm zeigt eigentlich einen notwendigen Handlungsbedarf auf, den die Regierung nicht sieht oder nicht gesehen hat. Ja klar, das ist eine grössere Reform, das ist eine heisse Kartoffel, die man anfasst. Da wird es dann auch auf der einen oder anderen Seite Zahlerinnen oder Zahler geben müssen, und das ist sicher eine unangenehme Aufgabe.

Ich glaube, das ist inhaltlich eine ganz wichtige Aufgabe, denn es sind die Regionen in diesem Kanton, wo das Wachstum stattfindet. Wenn man die Siedlungsplanung anschaut, wo 80% der zusätzlichen Bewohnenden im Kanton hinkommen, das sind genau diese Zentrumsgebiete, die da überdurchschnittlich an die Kasse kommen, aber auch überdurchschnittlich Leistungen erbringen und diese auch tragen. Dort funktioniert diese Integration, dort ist auch eine Akzeptanz für Reformen von Öffnung zu Europa, dereinst klimapolitische Weichenstellungen. Die sind vorhanden. Und ich glaube, es sind diese Regionen, die sehr viel tragen. Das ist nicht despektierlich gegen die anderen, überhaupt nicht. Ich glaube, es gibt eine Vielfalt. Aber in den Städten, in den Zentren, findet das Wachstum statt. Wir können das tragen, wir können das sozialverträglich tragen – aber wir können nicht auch noch selber diese Lasten unausgeglichen übernehmen.

Und ich glaube, es gibt wie zwei Don'ts: Reden wir uns nicht schlechter, als es ist. Dani Oswald hat die beiden Abstimmungen im September 2017 erwähnt und Urs Bänziger hat die Gemeindegremien erwähnt. Im letzten Dezember (1-2 Mal pro Jahr trifft sich der Gesamtstadtrat mit dem Gesamtregierungsrat) gab es verschiedene Landbote-Interviews, mit Regierungsratskandidierenden und amtierenden RegierungsrätInnen (auch aus Winterthur), bei denen ein Thema war, wir würden Leistungen geben, die man gar nicht leisten müsse. Dann hat der Regierungsrat gefragt, wie das sei. Ich sagte dann, wir setzen das Sozialhilfegesetz vorläufig aufgenommene so und so umsetzen, und bei den Gemeindegremien ist es so: Man wollte das einmal streichen, der Gemeinderat sagte, man halbiert das und die Bevölkerung sagte, man behält das bei. Gemeindegremien kennen 50 von 170 Gemeinden, eigentlich

jede halbwegs grössere Gemeinde kennt das, und wenn man die Entwicklungen dieser Gemeindezuschüsse anschaut in den letzten 10 Jahren, erklärt das nicht unser Wachstum. Man kann dann sagen, es gibt 3 Mio. mehr oder weniger, aber es erklärt nicht das Kostenwachstum in diesem ganzen Bereich. Und das bei der Umsetzung Vorläufig Aufgenommene ist eigentlich ziemlich genau der kantonale Standard, den der Kanton zwar nicht selber vorgibt, aber auch vom Kanton sehr akzeptiert ist. Der Kanton hat nicht das Gefühl, dass wir da unsere Hausaufgaben nicht machen. Wir müssen diese machen. Wir machen im operativen Bereich vieles, aber diese Kosten werden grundsätzlich steigen, das ist eine demografische Realität und die Frage ist, wie man diese als Gesellschaft trägt.

Und wenn man jetzt da durchgeht: Wir sind ein bisschen schlecht gestartet. Die beiden ersten Beispiele, die Abstimmungen 2017, die haben wir verloren. Das war allerdings wirklich so: Man hat dort den Moment im Parlament verpasst (man hätte vielleicht noch früher lobbyieren müssen), nachher bei einer Volksabstimmung, wenn dort schon der Regierungsrat empfiehlt, der Kantonsrat empfiehlt und man vier Seiten aus dieser Sicht hat und dann noch ein paar auf der anderen Seite, dann ist es natürlich relativ schwierig, diese Sache zu kehren. Also je früher, desto besser. Am erfolgreichsten ist man eigentlich, wenn man schon bei der Gesetzesarbeit, vor der Vernehmlassung, während der Vernehmlassungsphase die Weichen stellen kann. Im Kantonsrat, in den Kommissionen, wird es schon ein bisschen schwieriger. Im Kantonsrat selber, nach der Kommission, gibt es relativ wenige Bewegungen.

Wenn ich aber die Sachen anschau: Da ist nach wie vor sehr vieles gültig, v.a. die grossen Sachen. Kinder- und Jugendheimgesetz, das ist ein fachlich gutes Gesetz, das wird Verbesserungen bringen. Es geht ein bisschen lange, bis es in Kraft ist - man spricht von 2021, vielleicht ein bisschen länger.- es kommen jetzt damit verbunden Verordnungen, die wir gut begleiten müssen. Aber dieses Gesetz mit diesem Gesamtkostenmodell wird fachlich Verbesserung bringen und auch für uns.

Dann haben wir die Ergänzungsleistungen AHV/IV, da haben wir die PI Joss, die ja quasi eine Folge war von diesem Gemeinderatsvorstoss der Stadt Winterthur im Kanton. Da ist man jetzt auf Stufe Kommission mit einer komfortablen Mehrheit. 11:4 fällt diese am Ende der alten Legislatur einen Grundsatz, der ein Kompromiss ist, bei dem eigentlich die Gemeinden dahinterstehen. Da musste man sich auch finden. Darüber wird voraussichtlich im September der Kantonsrat abstimmen. Und ich glaube, wenn das kommt, dann ist das ein riesiger Meilenstein in Richtung Soziallastenausgleich.

Und das Dritte ist noch das Sozialhilfegesetz, bei dem wir jetzt in der Revision mit anderen Gemeinden auch unsere Punkte eingebracht haben.

Der andere Bereich ist noch die Pflegefinanzierung, dort ist es etwas anders, da sind wir uns auch besser am Organisieren.

Aber ich sage: Wir sind gut unterwegs auf diesem Marathonlauf. Es geht noch weit, aber wir stehen wirklich an einem ganz anderen Ort. Und ich glaube, wenn Ihr alle mit an einem Strick zieht, wenn Ihr auch engagiert bei kritischen Inputs, die Ihr hört – da engagieren sich wirklich alle zusammen dafür, auch der gesamte Stadtrat, man hat das auch in den Legislaturzielen drin. Und wenn die Frage kam von André Zuraikat: Macht man genug, könnte man noch mehr machen? Ich glaube, man macht, was man kann – und es gibt keinen Plan B.

Das muss man einfach sagen: In diesem Bereich gibt es nichts, das diese Summen substituieren mag. Das geht einfach nicht. Ich glaube, der eingeschlagene Weg mit dem Kinder- und Jugendheimgesetz, jetzt mit dem Gegenvorschlag PI Joss bei den Zusatzleistungen und der einst noch Sozialhilfegesetz, das sind die 3 Punkte, die wir als Legislaturziele drin haben bei den finanziellen Kosten. Wir haben die Soziallasten, wir haben separat auch noch die Pflegefinanzierung. Da müssen wir weitergehen. Ich zähle auf Eure Unterstützung und ich danke allen – und es sind nicht wenige, hier drinnen und auch Vertreterinnen und Vertreter im Kantonsrat - mit denen wir gut zusammenarbeiten. Es ist wichtig, dass wir auch im Kantonsrat gut vertreten sind.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir sind auf der zweiten Runde unterwegs. Aber es gibt dann noch einen Aufstieg, Markus, im Sennhof.

**Ratspräsident A. Geering:** Mit diesem Votum des Stadtrates ist die Beantwortung der Interpellation betreffend dem Einsatz für einen gerechten Sozillastenausgleich abschliessend behandelt und abgeschrieben.

## 15. Traktandum

**GGR-Nr. 2016.20: Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 15. Das ist der Antrag und Bericht zum Postulat betreffend der Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter. Das Wort hat Barbara Huizinga.

**B. Huizinga (EVP):** Die Antwort des Stadtrates zur Zeitvorsorge ist nachvollziehbar, aber auch mutlos und energiearm. Wenn ein Postulat von allen Fraktionen – ausser von einer, die sowieso zu allem Neuen Nein sagt – unterstützt wird, dann sollte man davon ausgehen, dass diese Sache eine Zukunft hat. Wir machen da nicht nur Gegenwartspolitik, sondern legen uns auch für die nächsten Generationen ins Zeug und legen die Grundsteine dazu.

Die Zeitvorsorge ist, davon bin ich überzeugt, ein absolut geeignetes Instrument, um die Altersvorsorge in der Form einer 4. Säule auszubauen. Dass genau in diesem Bereich mit der bekannten demografischen Entwicklung aktive Lösungen zur Kostenreduktion gefragt sind, darüber sind wir uns wohl alle einig. Dem Argument, Zeitvorsorge hätte eine Ökonomisierung der Freiwilligenarbeit (wie es im Bericht des Stadtrates steht) zur Folge, widersprechen wir dezidiert. Die Menschen, die Freiwilligenarbeit leisten, machen das aus einer intrinsischen Überzeugung, ohne einen direkten Gegenwert zu erhalten. Bei der Zeitvorsorge erhält man einen Gegenwert, nämlich indem der Einsatz auf einem persönlichen Zeitgutschriftenkonto verbucht wird. Damit wäre eine neue Kryptowährung geschaffen worden, eine Zeit-Währung. Ich bin davon überzeugt, die Stadt hätte lediglich eine Anschubfinanzierung leisten müssen und die Rolle der Garantin übernehmen müssen. Dann wäre das über eine private Trägerschaft, wie es in anderen Städten funktioniert, ins Rollen gebracht worden.

Für einige Ideen braucht es mehrere Anläufe. Ich denke, dass generell über die Zeitvorsorge in unserer Stadt, in unserem Kanton sowie national noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. In dem Sinn danke ich dem Stadtrat für seine Stellungnahme und versuche es früher oder später vielleicht nochmals.

**B. Helbling (SP):** Ich danke für den vorliegenden Bericht des Stadtrates. Die informativen Aussagen zum Zeitvorsorgemodell St. Gallen und der KISS-Genossenschaften zeigt gut auf, wie die verschiedenen Ansätze funktionieren. Der Bericht nimmt die positiven Aspekte vom Modell Zeitvorsorge auf, die auch bei den Berichten von St. Gallen und der KISS-Genossenschaften nachzulesen sind. Es ist zu einer Mobilisierung von neuen Freiwilligen gekommen. Es fällt den Menschen einfacher, um Unterstützung anzufragen, wenn sie wissen, dass der Unterstützende eine Gegenleistung – da jetzt eine Zeitgutschrift – erhält. Und auch die Unterstützenden finden es sympathisch, dass man etwas bekommt. Es wird auch festgehalten, dass die Zeitgutschrift eher sekundär angesehen wird und das soziale Engagement das wichtigere Element ist, eben die sogenannte intrinsische Motivation.

Es gibt dem gegenüber aber auch Nachteile, die im Bericht aufgezeigt werden. Einerseits die sogenannte Ungleichbehandlung innerhalb der Freiwilligenarbeit, dass Freiwilligenarbeit grundsätzlich unentgeltlich sein soll und da eben ein Gegenwert erhalten wird. Und die Garantie der Einlösbarkeit wird als schwierig und der administrative Aufwand als hoch eingeschätzt.

Ich finde es wichtig, dass es bei der Idee einer Zeitvorsorge oder Nachbarschaftshilfe nicht darum gehen darf, dass damit die Erwartungshaltung aufgebaut wird, dass alle rüstigen Seniorinnen und Senioren gefälligst ihre Zeitvorsorge aufbauen sollen, damit sie dann das Recht haben, im Alter auch ein bisschen Unterstützung zu erhalten.

Mit diesem Bericht liegt uns eine Auslegeordnung vor. Aufgrund der finanziellen und administrativen Bedenken und aufgrund der Ungleichbehandlung der Freiwilligenarbeit möchte der Stadtrat zurzeit auf den Aufbau dieser Vorsorge verzichten.

Wir warten aber auch auf die anstehende Versorgungs- und Bedarfsplanung der städtischen Pflegeversorgung. Und ich bitte, dort gut auf die Lücken zu achten, die für eine erfolgreiche Umsetzung von «ambulant vor stationär» auftauchen. Es wird in diesem Zusammenhang im Bericht von einer Prüfung von informeller Nachbarschaftshilfe gesprochen. Wichtig ist aber auch dort zu erwähnen, dass auch bei der informellen Nachbarschaftshilfe wie auch sonst bei der Freiwilligenarbeit nicht darauf verzichtet werden darf, dass die Freiwilligen professionell begleitet werden. Es braucht auch dort Ansprechpersonen. Es wird Weiterbildung für die Freiwilligen benötigt, und Personen, die dann zum Beispiel Nachbarschaftshilfe leisten, brauchen einen Anteil. Ich bin überzeugt, dass auch wir in der Stadt Winterthur ein grosses Potential haben, um Menschen, die in einen neuen Lebensabschnitt eintreten, wieder mehr in das Gemeinwesen einzubinden, z.B. in quartierbezogenen Projekten. Es braucht dazu aber professionellen Support und da wird die Stadt Winterthur benötigt und wir müssen dafür Ressourcen sprechen.

Wir sind gespannt auf die Versorgungs- und Bedarfsplanung.

**K. Cometta (GLP):** Die Ausgangslage ist einigermaßen klar: Wir haben grosse Herausforderungen vor uns mit der älter werdenden Bevölkerung von Winterthur, mit den schwächer werdenden sozialen Netzen – und wir brauchen unbedingt Lösungen in diesem Bereich.

Die Einwände des Stadtrates sind eigentlich nachvollziehbar in Punkto kritische Aspekte.

Selbstverständlich muss man schauen, wie man ein Modell der Zeitvorsorge einbinden könnte in die ganze Freiwilligenarbeit. Es geht nicht darum, dass man die Freiwilligenarbeit kannelisiert. Selbstverständlich muss man auch schauen, wie man mit pflegenden Angehörigen umgeht.

Nichtsdestotrotz finde ich diese Antwort eigentlich enttäuschend. Barbara hat „mutlos“ gesagt. Das finde ich auch extrem mutlos. Wir brauchen innovative Ansätze und wir müssen Neues wagen und auch einmal etwas ausprobieren. Und den Grundtenor des Stadtrates finde ich... Na ja. Er kommt nur „Es wäre mit Kosten zu rechnen“, ohne dass er auf die Chancen hinweist. „Aktuell fehlen uns Erfahrungen aus anderen Städten“ – dabei könnte Winterthur ja auch einmal vorausgehen als 6. grösste Stadt. Und wenn nachher der Verweis kommt auf die Jobbörse der Jugendinfo, dann frage ich mich schon ein bisschen, ob die Aufgabenstellung richtig verstanden wurde. Ich finde diese Jobbörse super, aber es kann ja nicht darum gehen, dass Jugendliche einfach den älteren Leuten erklären, wie ein Computer funktioniert, sondern wir haben ganz andere Herausforderungen vor uns.

Wir erwarten vom Stadtrat eine gezielte Förderung der Freiwilligenarbeit im Alter, Stärkung der Nachbarschaftshilfe ist ein Stichwort, und wir erwarten auch ein bisschen mehr Kreativität, wenn es darum geht, neue Ansätze auszuprobieren.

Zur besseren Institutionalisierung von Freiwilligenarbeit wird ja in der Antwort zu einem anderen Postulat, das vielleicht heute Abend noch drankommt (ambulant vor stationär) geschrieben, wir brauchen Freiwilligenarbeit und müssen die Freiwilligenarbeit stärken. Und dann müssen halt einfach auch mal konkret Taten folgen.

Wir finden es schade, dass da von Anfang an nicht probiert wurde, die Ansätze zur Zeitvorsorge aufzunehmen. Aber es wurde heute schon gesagt: Auch das wird ein Marathon sein und auch da muss man vielleicht ein paar Sachen probieren oder verschiedene Sachen probieren. Denn alt werden wir alle.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat. Wir denken, dass er einen guten Bericht abgeliefert hat und die verschiedenen Punkte gut abgearbeitet wurden und das weitere Vorgehen auch klar ist. Wir finden die Idee spannend und es muss bei der Versorgungs- und Bedarfsplanung berücksichtigt werden.

Wir können es nicht unterstützen aus heutiger Perspektive, auf städtischer Basis. Das eine ist der Aspekt der Ökonomisierung der Freiwilligenarbeit (etwas für jemand anderen machen), eine Art Zwei-Klassen-System von Freiwilligen, und quasi eine Erwartungshaltung gegenüber werdenden Bezüglern, dass das man quasi etwas einzahlen muss, damit man nachher etwas bekommt, das finden wir problematisch.

Wir denken auch, dass es ganz normale Verpflichtungen gibt innerhalb der Familie, und man soll diese auch stärken können. Und zuletzt: Auch die Garantie der Einlösbarkeit (dass das Modell noch da ist, wenn man sein Zeitguthaben einlösen will) würde die Stadt bereitstellen müssen, unabhängig davon, ob zukünftige Generationen befinden, ob das ein gutes Modell sei oder nicht.

Und weiter ist es auch so: Der Bericht von St. Gallen ist auch nicht ganz eindeutig betreffend dem Erfolg dieses Modells.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Postulatsantwort dankend zur Kenntnis. Der Antwort des Stadtrates entnehmen wir v.a. ein ausführliches Abwägen von Pro und Contra. Stehen wir heute konzeptlos da bei dieser Problematik? Die CVP/EDU-Fraktion nimmt im Alltag immer wieder wahr, wie gross der Stellenwert der Freiwilligenarbeit in Winterthur, auch unter der Leitung der Fachstelle Benevol, ist. Braucht es da ein weiteres System?

In St. Gallen gibt es z.B. beide Angebote. Auch auf kantonaler Ebene und schweizweit stösst das Thema Zeitvorsorge auf Interesse. Das Postulat kommt aus vielen Reihen des Gemeinderates und hat somit seine Berechtigung.

Der Stadtrat kommt allerdings in seiner damaligen Antwort zu einer abweisenden Haltung. Wir von der CVP/EDU-Fraktion können die abweisenden Gründe des Stadtrates gut nachvollziehen. Er möchte dem Steuerzahler für den Aufbau und den Betrieb des Vorsorgesystems nicht 1 Mio. Kosten aufbürden. Mit diesem finanziellen Aufwand müsste man in etwa rechnen. Wir stehen dennoch nicht konzeptlos da. Wir haben bereits ein gut funktionierendes Freiwilligensystem, das der Stadtrat noch viel mehr stärken und anerkennen möchte. Sicher ist auch eine Weiterentwicklung von unserem Freiwilligensystem möglich. Das sollte überprüft werden. Und wir haben bereits gut angelaufene individuelle Projekte, wie die Jobbörse der Jugendinfo oder den Verein „Senioren für Senioren“, die nicht unbedingt konkurrenziert werden sollten.

Der Stadtrat stellte uns nichtsdestotrotz Ende November 2017 in Aussicht, sich mit der Thematik rund um die Versorgungs- und Bedarfsplanung vertieft auseinanderzusetzen und Lösungen für adäquate und Winterthur-gerechte Angebote auszuarbeiten.

Uns würde deshalb interessieren, ob und wie er sich zwischenzeitlich mit diesem Thema befasst hat.

**F. Heer (Grüne/AL):** Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für diese ausführliche Antwort zu diesem Postulat. Die Zeitvorsorge basiert auf der Haltung, dass ältere Menschen nach der Pensionierung etwas dazu beitragen sollen und auch beitragen können, um ihre eigene Betreuung im Alter sicherzustellen. Damit wird den älteren Menschen ein Potential zugesprochen, aber es wird auch eine Erwartungshaltung geweckt. Bei einer staatlichen Regelung stellt sich ausserdem die Frage, wie man längerfristig mit Menschen umgehen will, die keinen solchen Freiwilligeneinsatz mehr leisten können oder leisten wollen. Wir sehen eine Ökonomisierung der Freiwilligenarbeit in dieser ganzen Geschichte und die damit verbundene Ungleichbehandlung des freiwilligen Engagements erscheint uns wirklich problematisch. Angehörige, die ihre Eltern/Schwiegereltern/PartnerInnen etc. pflegen und betreuen, sind im Moment ausgeschlossen und erhalten keine Zeitgutschrift.

Die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Antrag des Stadtrates zu, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Ich habe mich schon gewundert, ich habe ganz zu Anfang schon aufgestreckt.

**Ratspräsident A. Geering:** Ich bitte auch für das letzte Traktandum nachher, immer noch klar und deutlich aufzustrecken, bis der Vizepräsident oder ich mit einem Nicken quittieren, denn es hatte bei den letzten beiden Traktanden auch schon Leute, die wir fast verpasst hätten. Wir müssen Euch sehen, sonst haben wir auch dann nicht auf dem Radar.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Ich habe eigentlich das Nicken gesehen, aber vielleicht galt das Urs. Wie auch immer.

Unsere Fraktion nimmt das zustimmend zur Kenntnis. Wir haben dieses Postulat damals zu Recht nicht überwiesen. Nicht weil wir gegen alles sind, sondern weil es ein reines Beschäftigungsprogramm bei der Verwaltung war. Es hat nichts bewirkt. Der Stadtrat listet nur auf, was es schon gibt. Der Stadtrat stellt Modelle aus der Stadt St. Gallen und dem Verein KISS gegenüber, mit dem Kommentar: Zeitmodelle sind nicht die Aufgabe der Stadt und das können auch private Organisationen leisten.

Ausserdem wäre es v.a. administrativ sehr aufwändig. Wenn man übrigens ein Zeitsparkonto haben möchte, braucht man keine grauen Herren mit Zigarren von der Zeitsparkasse - Momo lässt grüssen – sondern dann könnten Helfer auch gegen einen bescheidenen Stundensatz arbeiten und diesen Verdienst auf die Seite legen, um sich später einmal zu einem vergleichbaren Stundensatz behandeln zu lassen. Et voilà.

**Stadtrat N. Galladé:** Barbara Huizinga hat gesagt „mutlos und energiearm“. Energiearm nehme ich entgegen, geschenkt, kein Problem. Mutlos.... Da hast Du gesagt, wenn fast alle das unterstützen, ist das total mutlos. Ich muss sagen, eigentlich ist es sehr mutig, wenn man eine Überzeugung hat und diese auch in die Runde wirft. Sich nach der Mehrheit richten, finde ich jetzt nicht wahnsinnig mutig. Aber das sind vielleicht ein bisschen unterschiedliche Haltungsansätze in der Politik.

Wir haben das entgegengenommen und haben das überprüft. Selbstverständlich, das Ziel, das ist völlig unbestritten: Wie können wir Leute aktivieren, Freiwillige, um sich gerade in einer älter werdenden Gesellschaft zu engagieren? Die Stadt Zürich machte heute eine sehr grosse Veranstaltung innerhalb der Altersstrategie. Ich war heute dort. Das ist ein Thema, das wir hier in Winterthur erkannt haben, das man in Zürich erkannt hat und überall erkannt hat. Das ist ein Modell, und das ist ein Modell, an dem alle den Narren gefressen haben. Die BDP hat das einmal auf Bundesebene gebracht. Die Medien nehmen das auf. Nach der Postulatsantwort hat uns 10 vor 10 angerufen und gesagt, es gäbe da eine Tagung, wo das auch angeschaut würde, und da machten sie einen Bericht und sie suchten noch jemanden, der das kritisch anschaut. Sie fänden eigentlich, aus fachlicher Sicht seien unsere kritischen Punkte berechtigt. Aber es hätte niemand den Mut, hinzustehen und das zu formulieren. Ich habe überhaupt nichts gegen diese Zeitvorsorgemodelle, aber ich meine, das ist eines von vielen und es ist, solange es privat läuft, eine gute Sache.

Selbstverständlich, Katrin Cometta, wenn Ihr sagt, wir sprechen 3.4 Mio. a-fonds-perdu, 200'000 einmalig investieren und 160'000 pro Jahr – dann machen wir das schon. Vorher hat es bei den Einbürgerungen so getönt, als ob das Porto für den Einzelnen ein bisschen teuer wäre.... Wenn Ihr findet, Ihr wollt zahlen, dann machen wir das gern.

Was man auch nicht vergessen darf: Es gibt schon vieles. Neben der Jugendbörse gibt es auch andere Sachen. Wenn ich unseren Bericht anschaut Seite 3, KISS-Genossenschaften, Tätigkeiten: Gartenarbeiten, Nachbarschaftliche Unterstützung. Das können Sie also durchaus für viel weniger Geld bei der Jugendjobbörse machen, wo wir im Moment immer noch fast mehr Jugendliche haben als ältere Leute. Also wenn Sie ältere Leute kennen, die finden, man könnte bei ihnen putzen oder so – melden Sie das bei der Jugendjobbörse. Das funktioniert gut, schlank und mit weniger staatlicher Administration, unbürokratisch.

Aber ich glaube, es gibt einfach ganz viele Modelle, wie man das Freiwilligenpotential fördern kann. Das ist einfach eines davon. Wir wollen uns jetzt nicht darauf einschliessen, weil das

gerade im Moment mit ein paar Musterbeispielen so tönt. Aber es wird sicher so sein: Wenn die Masterplanung Pflegeversorgung (das wird spätestens nächstes Jahr der Fall sein), dann wird das eine Grundaussage geben und dann soll das Parlament sagen, wo man noch mehr will.

Ich wehre mich nicht dagegen, aber man muss mit einigen Energien und Ressourcen vorsichtig umgehen. In dem Sinn energiearm. Aber wenn Ihr sagt, das ist es, das hat eine grosse Wirkung – dann machen wir das an sich auch gern.

Wir wollten einmal auch ein paar kritische Punkte in dem Ganzen auflisten. Und was man auch nicht vergessen darf: Es gibt auch „Senioren für Senioren“. Ich war kürzlich dort (von wegen Wertschätzung), Feier zum 30jähriges Bestehen: Eine grossartige Sache, sehr viele Leute, die sich heute schon engagieren.

Wir haben ein Potential, das wir noch erschliessen können. Wir haben aber auch ganz viel, das heute schon gemacht wird in unseren Strukturen. Und das, glaube ich, müssen wir auch pflegen.

**Ratspräsident A. Geering:** Das ist ein Postulatsbericht mit dem Antrag, das so zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Es kam kein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme, in dem Sinn habt Ihr den Bericht des Stadtrates betreffend Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter zustimmend zur Kenntnis genommen und das Postulat ist damit erledigt und abgeschlossen.

## 16. Traktandum

**GGR-Nr. 2016.59: Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 16: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär». Das Wort hat Bea Helbling.

**B. Helbling (SP):** Die SP-Fraktion dankt für den vorliegenden Bericht des Stadtrates. Ja, die Einflussfaktoren, die das Altern ausmachen, sind vielschichtig und reichhaltig. Und deshalb brauchen wir eine Alterspolitik, die von einem breiten, mehrdimensionalen Verständnis des Alterns ausgeht.

Ja, die Stadt Winterthur kann nicht exklusiv entscheiden. Wir haben es schon einige Male gehört, in anderen Weisungen: Der Bund und der Kanton geben die Rahmenbedingungen vor, bei der Steuerung der Langzeitpflege zum Beispiel. An gewissen Orten fehlen auch kantonale Vorgaben. Wir haben zum Beispiel keine Kontingentierung von Heimplätzen im Kanton Zürich. Das widerspricht dem Grundsatz «ambulant vor stationär», denn mehr Heimplätze führen zu mehr Heimbewohnenden.

Damit die Selbständigkeit und die Eigenverantwortung von Personen mit Pflege- und Betreuungsbedarf gefördert, erhalten und unterstützt wird, damit stationäre Aufenthalte vermieden oder hinausgezögert werden können, müssen die richtigen Unterstützungsangebote vorhanden sein. Es ist, und das kann in vielen Befragungen belegt werden, der erklärte Wunsch von den meisten Menschen, dass wir alle so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben wollen. Das ist zurzeit nicht immer möglich. So leben zu viele Menschen mit geringem Pflegebedarf in den Altersheimen der Stadt Winterthur.

Es braucht die Gesamtsicht über die Angebote im Altersbereich. Anzustreben ist eine durchgängige Versorgungskette. Nicht vergessen werden darf die Unterstützung und Entlastung der pflegenden Angehörigen. Und ganz wichtig: Es braucht für die komplexen Fragestellungen, die im Alter auftauchen können, geeignete Informations- und Beratungsstellen.

Der Bericht verweist auf die Altersplanung 2014. Dort werden Massnahmen skizziert, die «ambulant vor stationär» fördern. Ich nehme drei Punkte heraus:

Punkt 1: Förderung von nachbarschaftlicher Unterstützung. Wir haben es vorhin beim Postulat der Zeitvorsorge gehört, dass die informelle Nachbarschaftshilfe eine prüfbare Option wäre. Zudem möchte ich die Erkenntnis aus dem Projekt SpitexPlus erwähnen. Auch ein Projekt, das da in Winterthur gemacht wurde. Es wird belegt, dass über 80jährige nicht nur mit ihren eigenen vier Wänden, sondern auch mit dem Quartier verbunden sind. Der öffentliche Raum, die Mobilität, die Infrastruktur und die sozialen Aktivitäten sind ihnen wichtig. Wir müssen heute altersgerechte Quartiere gestalten, und da den Fokus auf das Alter legen. Aber ich würde weitergehen: Wir brauchen den sozialen Bedürfnissen angepasste Quartierarbeit.

Punkt 2: Konzepterarbeitung für besonders verletzbare Personen, z.B. Demenzerkrankte. Das Projekt SpitexPlus zeigt auf, dass der Einsatz von Pflegeexpertinnen, die Personen zuhause besuchen und gezielt Unterstützung anbieten, dazu führt, dass sich die betagten Menschen, die an der Studie teilgenommen haben, zuhause sicherer fühlten. In Zürich gibt es die gerontologische Beratungsstelle SiL, die Menschen mit einer Demenzerkrankung und ihre Angehörigen zuhause besucht und Abklärungen vor Ort durchführt. Auch da gibt es nur positive Rückmeldungen. Wir haben aus der Presse erfahren, dass die Stadt Winterthur bei der Spitex etwas plant, das an SpitexPlus anknüpft, und sind gespannt.

Punkt 3: Ausbau von qualitativer und quantitativer ambulanter Versorgung. Ja, es stimmt, es gibt in der Stadt Winterthur eine Palette von Angeboten im Alter und mit dem Altersforum ist auch eine Vernetzung von Angeboten möglich. Der Lead muss aber bei der Stadt Winterthur liegen und darf nicht an das Altersforum abgegeben werden. Es existieren Lücken. Das hat sicher auch mit unseren Sparrunden zu tun, die eine Weiterentwicklung der Altersplanung an einigen Orten gebremst haben. Wir warten jetzt auf die Erarbeitung der Versorgungsstrategie und die Aktualisierung der Bedarfsplanung, wie schon vorher erwähnt. Und ich hoffe darauf, dass dort gut beachtet wird: Wo gibt es Angebote? Wie werden diese genutzt? Und wo fehlen Angebote? Wie gut ist die Information wirklich? Wie gut ist die Beratungssituation, die Vernetzung und wie sieht es aus mit ausführenden Angeboten?

Ein wichtiger Fokus muss die Lebenswelt der älteren Menschen sein. Ich sage es nochmals: Altersgerechte Quartiere, um unserer älteren Bevölkerung die Versorgung «ambulant vor stationär» zu gewährleisten. Ich hoffe, dass uns allen bewusst ist: Neben dem Gewinn für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur ist es ein Gewinn für die Stadtkasse, die ganz sicher an gewissen Orten investieren muss (d.h. wir als Parlament müssen die Ressourcen sprechen), und dadurch viel teurere stationäre Aufenthalte hinauszögert.

**K. Cometta (GLP):** Der Stadtrat hätte aufzeigen sollen, mit welchen konkreten Massnahmen er das Postulat «ambulant vor stationär» umsetzen will. Das ergibt sich ja nur schon aus der finanziellen Notwendigkeit, dort Lösungen zu finden, aber natürlich auch und v.a. aus der Lebensqualität der Betroffenen, dass sie in der gewohnten Umgebung bleiben können und ein selbständiges Leben führen können.

Ich finde, der Auftrag nach konkreten Massnahmen und wo werden Lücken geschlossen, ist ehrlich gesagt ein bisschen bedingt erfüllt worden. Die Antwort ist mehr im Stil von «Wir haben wenig Handlungsspielraum, wir haben alles im Griff und wir analysieren und prüfen». Aber ich gebe ehrlich gesagt zu, dass ich wahrscheinlich schlechte Laune hatte, als ich das geschrieben habe. Das ist sehr lange her, ich kann mich fast nicht erinnern. Ich habe es erst jetzt wieder hervorgehoben und wollte Euch das nicht vorenthalten.

Aber unsere Erwartung ist wirklich, dass wir bei der Versorgungsstrategie und bei der Bedarfsplanung mit viel Ehrgeiz nach neuen und effektiven Massnahmen suchen, damit man stationäre Aufenthalte vermeiden bzw. möglichst lange hinauszögern kann. Und v.a. auch die Heimaustritte wieder fördern kann.

Bea Helbling hat schon ganz viel gesagt. Es ist uns bewusst, es ist eine komplexe Angelegenheit, es sind ganz viele Akteure, die mitspielen. Es ist auch finanztechnisch relativ anspruchsvoll, wer welche Kosten trägt. Wir teilen aber die Ansicht, dass die Stadt in der Verantwortung ist, hier den Lead zu übernehmen und zu analysieren, wo Lücken sind und dann diese Lücken zu schliessen.

Und nochmals: Ich glaube, im Bereich Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit ist noch ganz viel Potential vorhanden. Nur auf dem professionellen Weg wird diese Sache einfach zu teuer, wenn man die demografische Entwicklung und diese Zahlen anschaut.

**M. Wäckerlin (SVP/PP):** Die Antwort da ist ähnlich wie beim vorherigen, auch wieder eine zustimmende Kenntnisnahme. Den Grundsatz von «ambulant vor stationär» gibt es aber eigentlich heute in dieser Form gar nicht mehr. Heute sagt man eher, dass sich ab 1 Stunde pro Tag stationär lohnt.

Letztlich aber braucht es eine passende und kostengünstige Lösung. Kostengünstig mindestens dort, wo der Staat zahlt – dann sind nämlich die Kosten ein wesentlicher Faktor.

Wir haben das Postulat zu Recht nicht überwiesen. Auch dieses Postulat war ein reines Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung. Es hat nichts bewirkt und der Stadtrat listet auf, was es schon gibt. Es ist alles schon eingespart, die Postulatsantwort listet nochmals den Status quo mit den bisherigen Massnahmen auf. Auch da gilt, dass nicht für alles der Staat und noch weniger die Stadt verantwortlich gemacht werden kann. Privates Wohnen im Alter (bei sich zuhause) funktioniert heute immer länger, ist aber in erster Linie natürlich Privatsache. Gute Unterstützungsangebote sind schon vorhanden (Spitex ist etwas davon).

Fazit: Es ist ein komplexes Zusammenspiel und es gibt schon ganz viele Angebote.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Auch die Fraktion Grüne/AL ist mit der Postulatsantwort zufrieden. Der Stadtrat schreibt, die Risikofaktoren für einen Eintritt könnten in der Stadt Winterthur kaum beeinflusst werden. Da fängt man etwas zu staunen an. Wenn man dann weiterliest, versteht man, was er meint. Er sagt, es gäbe aber durchaus Massnahmen, mit denen ein Heimeintritt zeitlich herausgezögert werden könne. Und diese Massnahmen, die dann aufgezählt werden, die erscheinen mir plausibel. Und das ist eben nicht nur privat, Marc Wäckerlin. Es geht wirklich darum, dass man diese Massnahmen kennt und diesen Massnahmen auch genügend Rechnung trägt.

Weitere Themen, die angesprochen werden und mir wichtig scheinen, sind die durchgängige Versorgungskette (dass man z.B. nicht wegen einem Detail in ein Heim muss, obwohl man grundsätzlich zuhause bleiben könnte) und ganz zentral ist sicher die Entlastung von Angehörigen, die ältere Menschen pflegen.

Meiner Fraktion ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir wirklich wollen, dass die Stadt Nachbarschaftshilfe und weitere Freiwilligenarbeit unterstützt.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen. Für uns stehen zentral die Rahmenbedingungen für die Steuerung der Langzeitpflege im Vordergrund. Das ist etwas, bei dem wir als Stadt nicht wahnsinnig viel dazu beitragen können. Es geht um das Bundesgesetz für Ergänzungsleistungen. Es kommen darin nur zwei Formen vor, Wohnen zuhause und Wohnen in Heimen. Wenn Sie nicht zuhause wohnen können, kommen Sie ins Heim. Ausser Sie haben so viel Geld, dass sie es sich leisten können, eine alternative Wohnform auszusuchen. Heutzutage ist das für die meisten Menschen eine Lücke, dass sie diese Flexibilität nicht haben.

Und bereits heute zahlen wir in der Stadt für die Unflexibilität der nationalen und teilweise auch kantonalen Gesetzgebung. Deshalb ist für uns ganz klar: Wir müssen auf dieser Ebene ansetzen und müssen sicherstellen, dass eine Flexibilisierung stattfinden kann. Gerade in Anbetracht des Votums vorher. Wenn in 20 Jahren doppelt so viele Menschen über 80 Jahre alt sind, wird das massiv an Brisanz zunehmen und unsere Stadtkasse weiterbelasten.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich für die Antwort. Sie gibt uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen guten Überblick über die Vorgaben des Bundes und Kantons und über bestehende Angebote in der Stadt Winterthur.

Die Versorgung der älteren Bevölkerung fordert uns alle, denn die demografische Entwicklung ist nicht zu ignorieren. «ambulant vor stationär» - dieses Bekenntnis ist unbestritten, sowohl aufgrund des vorliegenden Berichtes, der sich auf den Bericht Altersplanung 2014 bezieht, also auf unsere eigene Erfahrung.

Ich gehe da nicht auf den Aspekt ein, der im Moment zwischen Krankenkassen und Kanton geht, bei dem es um die Aufteilung der Kosten geht (um EFAS).

Ist die ältere Bevölkerung eine gesellschaftliche Angelegenheit? Zweifelsohne ja. Wenn die älteren Menschen ambulant betreut werden, können sie in ihren eigenen vier Wänden, d.h. in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Die eigene Freiheit kann so als unschätzbare Gut bewahrt werden.

Für den Fall, dass doch eine stationäre Lösung gesucht wird, erwarten wir unterschiedliche Angebote, die zur Wahl stehen.

Führt die ältere Bevölkerung zu einer finanziellen Belastung? Ja. Die Pflegefinanzierung ist der grosse Kostentreiber in der Produktgruppe Beiträge an Organisationen. Der Beitrag steigt jährlich kontinuierlich, sowohl in Bezug auf die Personenzahl wie auch aufgrund der gestiegenen Krankheitskosten.

Der Bericht zeigt die Steuerungsmechanismen und zeigt betroffene Massnahmen auf. Wir sind auf dem richtigen Weg. Der Stadtrat unterstützt die Devise «ambulant vor stationär». Jetzt geht es darum, das Richtige zu machen.

Die CVP/EDU-Fraktion wartet gespannt auf den neuen Masterplan Pflegefinanzierung, der uns versprochen wird. In der Planung muss dann unbedingt der aktuelle Bedarf beziffert werden. Die Anstrengungen der letzten Jahre erhalten zwar ein gutes Zeugnis. Nichtsdestotrotz müssen wir zum einen die Angebote und zum anderen die Daten der Stadt genau analysieren und besser aufeinander abstimmen und miteinander vernetzen. Die Stadt soll sich auf übergeordneter Ebene, bei Bund und Kanton, bei den Rahmenbedingungen und Regelungen noch mehr einbringen.

Auf jeden Fall: Alle diese Leistungen im Kleinen, die Arbeit von zahlreichen Organisationen und nicht zuletzt die Unterstützung von Nachbarn und Familien, möchte die CVP/EDU-Fraktion im Rat an dieser Stelle gebührend verdanken. Die Gesellschaft gewinnt an Reichtum mit der Generationenvielfalt. Das soll auch in Winterthur spürbar sein.

**Stadtrat N. Galladé:** Katrin Cometta sagte, der Auftrag von konkreten Massnahmen sei nur bedingt erfüllt. Ich danke für diese wohlwollende Formulierung. Es ist tatsächlich so: Wir sind heute eingestiegen mit Vorstössen, die schon ein bisschen überholt sind. Bei diesem Vorstoss ist vielleicht – man kann nicht zu früh sein – aber mit unserer ganzen Masterplanung Pflegeversorgung ist man noch nicht so weit. Es war aber die Möglichkeit, einmal auszubreiten, wie die ganze Pflegefinanzierung funktioniert, was letztlich die Steuerungsmöglichkeiten sind, die man hat (die aber auch vorgegeben sind).

Das Kapitel «Rahmenbedingungen bei der Steuerung der Langzeitpflege auf übergeordneter Ebene» sind eigentlich alle die Sachen, für die man bei Kanton und bei Bund (wenn man vorher von Sozillastenausgleich gesprochen hat bei den anderen Themen) in der Pflegefinanzierung Hebel hat. Und da setzen wir uns laufend bei Vernehmlassungen und auch anderen Themen dafür ein.

Es gibt aber auch einen Teil, bei dem wir als Stadt auch Steuerungsmöglichkeiten haben. Es wurde erwähnt von verschiedenen Seiten. Und da geht es darum – Bea Helbling hat verschiedene Massnahmen erwähnt, die sie sich wünscht, das sind sicher richtige Massnahmen. Es geht da wirklich auch um pflegende Angehörige, es geht da um Nachbarschaftshilfe, es geht da um präventive aufsuchende Angebote, die letztlich «ambulant vor stationär» umsetzen sollen.

Marc Wäckerlin hat es richtig gesagt: Man spricht auch von «ambulant und stationär». Es braucht beides, denn ab einem gewissen Aufwand ist eben tatsächlich stationär finanziell günstiger als ambulant. Aber man hat immer noch, über das Ganze gesehen, ein Substitutionspotential, bei dem man eigentlich sagen muss, man könnte noch mehr ambulant versorgen. Und das ist dann eben nicht nur Privatsache, Marc Wäckerlin, da muss ich Dir widersprechen, denn es hat für uns eben auch finanziell massive Auswirkungen. Dort, wo man

Leute (sei das nur für Monate oder auch länger) in ihrem Umfeld behalten kann, kann man finanziellen Kostenentwicklungen sicher dämpfend entgegengehen. Es gibt kaum einen Bereich wie dieser, in dem die finanziellen Interessen der öffentlichen Hand und der Wunsch der einzelnen Personen (es gibt Ausnahmen, aber meistens), die möglichst lange zuhause bleiben wollen, so zusammengehen.

In dem Sinn ist das eine Auslegeordnung, die aufzeigt, was Möglichkeiten sind, was der Rahmen ist. Es ist nicht vergebene Arbeit, Marc Wäckerlin. Wenn Ihr das bei der weiteren Diskussion lest und berücksichtigt, dann glaube ich, hebt das die Diskussion auf ein ganz anderes Niveau. Und dann wird man auch im Gemeinderat sagen können, man will einen Schwerpunkt da und wir wollen mehr Mittel dort. Diese Diskussion werden wir dann führen können, wenn der Masterplan Pflegeversorgung vorliegt.

In diesem Sinn besten Dank für diese Diskussion und die Anregungen.

**Ratspräsident A. Geering:** Vielen Dank. Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Postulatsbericht mit dem Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme. Ich habe keinen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gehört. Entsprechend habt Ihr diesen Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist damit erledigt und abgeschrieben.

Wir haben aufgrund der Zeit den Schluss der 3. Sitzung dieses Amtsjahres erreicht. Wir haben in der letzten Stunde zwei oder drei Mal das Stichwort «Marathon» gehört. Ich freue mich, dass ein Fünftel dieses Rates das diesen Herbst auch weiter üben wird. Wir werden am 28. September eine Staffel aus dem Grossen Gemeinderat zusammenhaben, die an der SOLA-Stafette teilnehmen wird. Und die anderen sind herzlich eingeladen, um dann dort an den Rand zu stehen und zu fanen, wenn sie wollen. Wer mehr wissen möchte, kann sich bei Barbara Huizinga informieren.

Damit ist die heutige Sitzung beendet und ich wünsche einen guten Abend und eine schöne Woche.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)